

# Magazin der Wirtschaft

★ EINE WOCHENSCHRIFT ★

Neue Folge / Herausgegeben von R. Bernfeld

★  
Inhalt

Der Weg am Abgrund . . . . .	1171	Prozeßsieg der AG für Verkehrswesen . . . . .	1188
<i>Landrat Herman Kranold - Steinhaus,</i> Sachlieferungen als Steuerleistung . . . . .	1174	Eine Fusion in der Krankenversicherung . . . . .	1188
<i>Dr. Leo Stahl,</i> Budgetsorgen auch in Frankreich . . . . .	1178	Groß- oder Kleinsiedlung? . . . . .	1189
<i>Dr. Franz Hering,</i> Die freien Gewerk- schaften in der Depression . . . . .	1180	Ein Animier-Zirkular aus England . . . . .	1190
<i>Dr. Eugen Altschul,</i> Ladislaus v. Bort- kiewicz . . . . .	1185	—	
Glossen		Österreich und die deutsche Krise . . . . .	1190
Das Ergebnis von London . . . . .	1184	Die Schwierigkeiten der Mercurbank . . . . .	1190
Notverordnungen zum Schutz der Reichs- mark . . . . .	1184	Geschäftsergebnisse englischer Aktien- gesellschaften . . . . .	1191
Neues Geld . . . . .	1185	Personalia . . . . .	1191
Das Regieren mit dem Artikel 48 . . . . .	1185	Literatur . . . . .	1192
Das Bankhaus J. F. Schröder schließt die Schalter . . . . .	1186	Die Wirtschaft des Auslands (Spanien: Stabilisierung der Währung?) . . . . .	1192
Zahlungsstockung bei der Landesbank der Rheinprovinz . . . . .	1186	Briefe an den Herausgeber (Kaufkraft- wandlungen infolge der Agrarzölle) . . . . .	1194
Nordwolle in Konkurs . . . . .	1187	Marktberichte (Die Konjunktur / Der Geld- und Kapitalmarkt / Die Waren- märkte / Die Effektenmärkte: London, New York) . . . . .	1197
Der ungültige Aktienrückkauf bei Schubert & Salzer . . . . .	1187	Statistik (Juni-Ausweis der Deutschen Rentenbank / Reichsbank-Ausweis / Aus- weise der Privatnotenbanken / Wochen- zahlen zu den Marktberichten) . . . . .	1200

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1M / VIERTELJÄHRLICH 12M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstenstr. 131



# DRESDNER BANK

DIREKTION BERLIN W 56

EIGENKAPITAL RM 134000000

GENOSSENSCHAFTS - ABTEILUNGEN

IN BERLIN UND FRANKFURT A. M.

ZENTRALKREDITINSTITUT DER GENOSSENSCHAFTLICHEN VOLKSBANKEN

Seit 1701 Gottesberger Brauhaus

Unser Spezialprodukt  
**Gottesberger Pilsner**  
wird von keinem fremdländischen Erzeugnis übertroffen!

*Rund 400 000 RM  
tägliche Schadenszahlung*

**ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN**  
VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESSELLSCHAFT

Aktiva . . über **234 000 000 RM**

**Bayerische** Versicherungsbank  
Aktiengesellschaft, München //

**Badische** Pferdeversich.-Anstalt  
Akt.-Gesellschaft, Karlsruhe i. B.

**Globus** Versicherungs-Aktien-  
Gesellschaft in Hamburg //

**Hermes** Kreditversichers.-Bank  
Aktiengesellschaft in Berlin //

**Kraft** Vers.-A.-G. des Automobil-  
clubs von Deutschland in Berlin

**Neue Frankfurter** Allgem. Vers.-  
A.-G. in Frankfurt a. M. ////

**Union** Allgem. Deutsche Hagel-  
Versicher.-Gesellschaft in Weimar



**ALLIANZ UND STUTTGARTER**  
LEBENSVERSICHERUNGSBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Gesamtversicherungssumme über **3 000 Millionen RM**

## **Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft** (Bristol, Kaiserhof, Bellevue, Baltic, Centralhotel)

Die für das Geschäftsjahr 1930/31 festgesetzte  
Dividende von

**8%**

gelangt bei den bekannten Zahlstellen zur Auszahlung gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 6 der Aktien mit den Nummern 1—7000 und 23801—40800, Nr. 34 für 1930/31 der Aktien mit den Nummern 9801—12300 und für 1930/31 der Aktien mit den Nummern 12301—23800.

Die Ausgabe der neuen Reihe der Gewinnanteilscheinbogen zu unseren Aktien Nr. 9801—12300 erfolgt bei den gleichen Stellen. Die mit dem Namen bzw. Firmenstempel des Einreichers zu versehenen Erneuerungsscheine sind mit doppeltem, in sich geordneten Nummernverzeichnis einzuliefern.

Berlin, den 18. Juli 1931.

**Der Vorstand:** Lüpschütz, Kalveram

Die in der Generalversammlung am 18. Juli 1931 genehmigte Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung ist im Reichsanzeiger vom 20. Juli 1931 zur Veröffentlichung gelangt.

**„UNION“**  
**Baugesellschaft auf Actien**

### Der Weg am Abgrund

*Durch die scharfen Restriktionsmaßnahmen der Reichsbank, durch die Einrichtung der „Bankfeiertage“ und die Einschränkungen des freien Devisenhandels war eine volle Auswirkung der Vertrauenskrise in Deutschland zunächst vermieden worden. Die Lockerungen, die inzwischen bei der Durchführung der Bankfeiertage möglich wurden, haben jedoch bei weitem nicht eine solche Entlastung für die Wirtschaft gebracht, wie notwendig gewesen wäre. Es ist dringend zu wünschen, daß die Leitung der Reichsbank — unter Zurückstellung ihrer Bedenken gegen eine neue Herabsetzung der Notendeckung — ihre Kreditgewährung wesentlich erweitert. Gleichzeitig sollten die Beträge, die von den Banken abgehoben werden dürfen, nach einem festen Plan schrittweise von Tag zu Tag vergrößert werden.*



Der Weg am Abgrund, den die deutsche Wirtschaft nunmehr seit zwei Wochen geht, droht zu einer neuen Katastrophe zu führen. Immer stärker spitzt sich die Lage zu, immer dringender werden die Rufe nach einer Lösung. Vor acht Tagen, als die letzte Nummer dieser Zeitschrift abgeschlossen wurde, durfte man hoffen, daß die Krise zwar *nicht überwunden*, aber stark *gemildert* würde. Damals war die Unterschreitung der Deckungsgrenze zur Tatsache geworden; der Damm schien gebrochen, der Weg zu einer vermehrten Ausgabe von Reichsbanknoten (der einzige Weg zur Vermeidung einer Katastrophe) lag offen. Warum, so müssen wir heute fragen, ist dieser Weg nicht beschritten worden? Warum hat die Reichsbank an der Politik schärfster Restriktion festgehalten, obwohl sich ihr Devisenbestand eher vermehrt als vermindert hat?

Durch Gesetz kann man verbieten, daß Forderungen eingeklagt, Wechsel protestiert und Konkurse eröffnet werden. Durch Gesetz aber kann man *nicht verhindern*, daß die Produktion ins Stocken gerät, daß Fabriken ihre Tore schließen und die Zahl der Arbeitslosen ins Unermeßliche steigt. Wenn das Kreditgebäude erschüttert wird, wenn an irgendeiner Stelle ein Mißtrauensstoß einsetzt, der sich von einem Schuldner zum andern, von den Einlegern zu den Banken, von den Banken zum Handel, vom Handel zur Industrie und wieder zurück zu den Banken fortsetzt, so kann man zwar durch ein Moratorium diesen Stoß provisorisch auffangen, bis sich die Gemüter beruhigt haben; aber nach wenigen Tagen — im äußersten Fall nach wenigen Wochen — müssen die Verhältnisse in der Kreditsphäre geklärt sein, sonst sind Rückwirkungen auf die Produktion unvermeidlich. Mit banger Sorge sieht man in Deutschland der kommenden Entwicklung entgegen. Wird es gelingen, das Moratorium ohne Gefahr für die Währung zu lockern und ein Übergreifen auf die produzierende Wirtschaft zu vermeiden?

Lockerungen des Moratoriums sind bereits vorhanden; aber diesen Erleichterungen stehen Verschär-

fungen an anderen Stellen gegenüber. Ursprünglich erstreckte sich das Moratorium lediglich auf die Banken, und soweit dies der Fall war, sind Erleichterungen in der Tat eingetreten. Aber die Beschränkung auf ein Teilgebiet der Wirtschaft erwies sich schließlich als unhaltbar. Immer wichtigere Ausnahmen auch auf anderen Gebieten der Wirtschaft mußten gemacht werden. Wenn ein Schuldner durch die Erklärung von Bankfeiertagen gehindert wurde, seine Verbindlichkeiten zu erfüllen, so sollten die Rechtsfolgen wegen der Nichtzahlung als nicht eingetreten gelten. Wenn ein Wechsel in diesen Tagen zu protestieren war, so wurde die Protestfrist auf eine spätere Zeit verschoben. Praktisch liegt der größte Teil des Zahlungsverkehrs darnieder. Wie sich die Zahlungsunfähigkeit von dem einen Punkt der Wirtschaft auf alle Nachbargebiete übertragen muß, geht deutlich aus der Regelung hervor, die man für die *Beamtengehälter* wählen mußte. Um die Reichsfinanzen zu entlasten und einer *Notenhamsterung* entgegenzuarbeiten, wurde am 18. Juli bestimmt, daß die Gehälter der Reichs-, Landes- und Kommunalbeamten am 1. August nur zur Hälfte ausgezahlt werden; die andere Hälfte wird erst am 10. August geleistet. Was aber geschieht mit den *Mieten*, zu deren Zahlung die Beamten am 1. August nicht fähig sind? Ein besonderer Paragraph bestimmt, daß auch die *Mietzahlungen* vorläufig nur zur Hälfte zu leisten sind. Und was geschieht mit den *Hypothekenzinsen*, die von den Hausbesitzern jetzt abgeführt werden müssen? Über diese Frage ist noch keine gesetzliche Regelung getroffen. Und wenn auch die *Hypothekenzinsen* gestundet werden, so taucht die weitere Frage auf: Was geschieht mit den *Pfandbriefzinsen*, die ebenfalls teilweise an denselben Terminen fällig werden? — und so setzt sich die Kette der Fragen von einem Glied der Wirtschaft zum andern fort. Auf kurze Frist lassen sich solche Probleme vorübergehend lösen; sei es an dieser, sei es an jener Stelle, irgendwo sind Reserven vorhanden, aus denen die Leistungen erfolgen können, auch ohne daß die ent-

sprechende Zahlung bereits vorher eingegangen ist. Aber schließlich muß ein Punkt erreicht werden, an dem bald hier, bald dort die Zahlungen stocken. Mannigfache Anzeichen sprechen dafür, daß die deutsche Wirtschaft in kurzer Zeit an diesem Punkt angelangt ist.

Unter solchen Umständen müssen die Lockerungen, die im Moratorium der Banken eingetreten sind, als völlig unbedeutend erscheinen. 10% der Sparguthaben der Banken, maximal 200 RM werden ausgezahlt, und bei den Sparkassen beträgt die Höchstsumme, die den Einlegern übergeben wird, sogar nur 30 RM. Ja selbst diese Summen brauchen nur nach einer Prüfung der Bedürftigkeit geleistet zu werden. Sind derart stark einschränkende Bestimmungen, die — je länger je mehr — das Vertrauen zu den deutschen Banken und Sparkassen erschüttern müssen, heute noch notwendig?

Unter dem Druck des großen Bedarfs an *Lohngeldern* wurde den Banken am Ende der vorigen Woche erlaubt, Geldbeträge für Zwecke der Lohn- und Gehaltsleistungen an die Kundschaft auszuführen. Praktisch war dies nur dadurch möglich, daß den Banken ein Rückgriff auf die Reichsbank ermöglicht wurde. Inzwischen hat sich die Lage verschärft. Von neuem sind Lohngehälter fällig, und es ist kein Zweifel, daß sich die Banken am heutigen Freitag in größerem Umfang als während der vorigen Woche für diese Leistungen an die Reichsbank wenden müssen; denn die Barreserven, aus denen sie damals einen Teil der an sie herantretenden Forderungen befriedigen konnten, sind inzwischen zusammengeschrumpft. Ebenso dringend wie der Bedarf an Lohngeldern ist nunmehr die Notwendigkeit, einen größeren Teil der *Bankguthaben* an die Kundschaft auszuführen. Auch diesen Bedarf muß die Reichsbank zu befriedigen trachten; sie muß mehr Wechsel als bisher von den Banken diskontieren, sie muß die Restriktion wesentlich lockern. Die bisherige Politik der Reichsbank zeigt deutlich, aus welchem Grunde sie einer solchen Lockerung widerstrebt: Sie fürchtet sich vor einer weiteren Minderung der Notendeckung. Aber so berechtigt diese Überlegung auch ist, im gegenwärtigen Zeitpunkt darf sie nicht mehr maßgebend sein. In der trügerischen Hoffnung, daß sich eine Herabsetzung der Deckungsgrenze ganz vermeiden lassen würde, hatte die Reichsbank ihre Politik wochenlang darauf eingestellt, den 40 %igen Normalsatz für die Notendeckung einzuhalten. Am 15. Juli aber betrug die Deckung nur noch 35,8 %. Obwohl weder die Reichsbank noch die Presse dafür Sorge getragen hatten, daß die Öffentlichkeit rechtzeitig auf eine Unterschreitung des Normalsatzes vorbereitet wurde, blieb diese Mitteilung ohne nennenswerte Folgen, und wir glauben, daß auch eine noch viel größere Unterschreitung des Deckungssatzes das Vertrauen zur Reichsmark weit weniger erschüttern wird, als die Reichsbank annimmt. Eine Notendeckung ist dazu da, in Zeiten der Gefahr beansprucht zu werden. Wie jedermann weiß, ist die Zeit der Not gekommen. Die Reichsbank

braucht sich nicht zu scheuen, die Konsequenz aus dieser Sachlage zu ziehen. Weit schlimmere Folgen als bei einer Unterschreitung der Deckungsgrenze würden eintreten, wenn sie der Wirtschaft, so wie bisher, jeden zusätzlichen Kredit verweigert.

Allerdings würden wir es für riskant halten, wollte man bereits jetzt durch einen *großen Coup* der Lage Herr zu werden versuchen. Vielleicht wäre es an dem kritischen Montag, dem 13. Juli, als die Schalter der Danatbank geschlossen wurden, noch möglich und richtig gewesen, dem Run auf die Kassen aller Banken durch restlose Auszahlung sämtlicher Guthaben zu begegnen. Damals hätte eine solche Maßnahme — zumal wenn sie durch eifriges Entgegenkommen der Banken (Öffnung einer größeren Schalterzahl, Verlängerung der Kassenstunden, Verzicht auf Kündigungsfristen usw.) gefördert worden wäre — wahrscheinlich den ganzen Mißtrauensstoß auffangen und unschädlich machen können. Jetzt aber wäre ein solches Experiment gefährlich: Die Angst vor einer Inflation ist bereits zu weit verbreitet, als daß man des Erfolges dieser Maßnahme sicher sein dürfte. Ein derartiger Versuch ist auch *überflüssig*. Kein Einleger erwartet, daß sich morgen alle Bankschalter zu unbeschränkten Auszahlungen öffnen. Was erwartet wird, ist vielmehr *ein geregelter Plan*, aus dem der Wille zur Überwindung der Schwierigkeiten deutlich hervorgeht. Man verspreche den Einlegern, daß sie am nächsten Montag 10 %, am Mittwoch 20 %, am Freitag 30 oder 50 % ihrer Guthaben abheben können, und man halte dieses Versprechen strikt ein. Eine solche Staffelung würde unter weit geringeren Opfern das Vertrauen zu den Banken wieder herstellen, als es eine sofortige Vollauszahlung aller Guthaben erreichen könnte.

Dem klassischen Satz der Banktheorie: „Geld muß immer zu haben sein, wenn auch zu hohen Zinssätzen“, braucht man also gegenwärtig nicht zu folgen. Sowohl im Verkehr zwischen Kundschaft und Kreditbanken wie im Verhältnis zwischen Kreditbanken und Reichsbank kann eine gewisse *Rationierung* der Kredite ruhig bestehen bleiben. Ja, wir glauben sogar, daß eine solche Rationierung vorläufig bestehen bleiben muß; denn von dem Versuch, den Geldbedarf statt durch Rationierung allein durch hohe *Zinsforderungen* einzudämmen, versprechen wir uns trotz der wichtigen Argumente, die dafür vorgebracht werden, keinen Erfolg. Wenn man die Nachfrage nach Waren eindämmen will, mag es in ruhigen Zeiten das Beste sein, dies durch Erhöhung der Preise (in diesem Fall: der Zinssätze) zu tun. In einer Vertrauenskrise aber, wie wir sie gegenwärtig erleben, wäre dieses Mittel nicht probat. Der Bedarf nach Geld ist gegenwärtig so groß, daß nur Zinssätze von ungewöhnlicher Höhe einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Geldmarkt herbeiführen könnten. Insbesondere gegenüber dem *Ausland* hätte eine Erhöhung des Diskontsatzes wahrscheinlich keine positive Wirkung. Weder die aus Deutschland geflüchteten Kapitalien noch die im Besitz von Ausländern befindlichen Gelder können

dafür führt zu einer Reform

in der gegenwärtigen Lage durch einen hohen Diskontsatz angereizt werden, nach Deutschland zurückzufließen; im Gegenteil, ein allzu hoher Zins kann eher eine abschreckende als eine anziehende Wirkung ausüben. So sehr es auch dem Ansehen der deutschen Währung schaden muß, daß Deutschland durch die Notverordnungen über den Devisenhandel und die Bankfeiertage praktisch ein Moratorium gegenüber dem Ausland verhängt, während es das inländische Moratorium allmählich lockert, so sicher ist doch diese Konsequenz unvermeidlich.

Auch auf dem *inländischen Geldmarkt* kann eine Zinserhöhung, die sich im Rahmen des Tragbaren hält, kaum einen vollen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage erzielen. Einen wirksamen Druck auf die Steuerzahler verspricht sich z. B. das Reichsfinanzministerium erst dann, wenn es Verzugszinsen von 5 % für jeden halben Monat, also von 120 % im Jahre, fordert. Im Geschäftsleben konnte man während der letzten Wochen erfahren, daß für Barzahlung gegenüber einem 30tägigen Ziel ein Skonto von 5 % und mehr (also von über 60 % im Jahr) gefordert und eingeräumt wurde. Wer in diesen Tagen zu dringenden Zahlungen Geld braucht, wird gern mehrere Prozent Zinsen im Monat gewähren, wenn er dadurch seinen Betrieb aufrecht erhalten kann. Kommt gar eine Inflationsangst hinzu, so müßten die nominellen Zinssätze auf ein geradezu phantastisches Niveau steigen, um den Bedarf einzuschränken; eine (tatsächliche oder gefürchtete) Entwertung des Geldes um 10 % in der Woche kann nur durch einen Zins von 520 % im Jahr ausgeglichen werden! — Praktisch kommen Diskontsätze von einer derartigen Höhe nicht in Frage; sie würden die Produktion allzu stark verteuern. *Nicht allein die Bremse des Diskontsatzes, sondern auch die der Rationierung des Kredits muß eingesetzt werden.*

Außerdem aber sollte man die Restriktion der Reichsbank nicht mehr annähernd in der bisherigen Schärfe durchführen. Lockerung, nicht Aufhebung der Rationierungspolitik, unter gleichzeitiger mäßiger Erhöhung des Diskontsatzes: das ist die Forderung, die eindringlich an die Reichsbank zu stellen ist.

Neben die Forderung an die Reichsbank treten die Wünsche an die *Kreditbanken*. Was von ihnen verlangt werden muß, ist weniger eine Lockerung ihrer „Kreditrestriktion“, des Debitorenabbaus, als vielmehr ein Zusammenschluß zur Ermöglichung eines gut funktionierenden *bargeldlosen Zahlungsverkehrs*. Wichtige Fortschritte sind bereits in dieser Hinsicht erzielt worden: Unter Führung der Reichsbank wurde ein „Überweisungsverband e.V.“ gegründet, eine Clearingstelle für Überweisungen von Bank zu Bank. Die wichtigsten Bankinstitute (mit Ausnahme der Danat-Bank) sind dieser Stelle angeschlossen; sie treffen sich täglich im Gebäude der Reichsbank, um Überweisungen ihrer Kunden von einer Bank auf die andere durch gegenseitige Verrechnung auszugleichen. Das schwierige Problem, wie die so entstehenden Salden zu bereinigen sind — ein *Kreditproblem*, an dem die

Abrechnungsstellen der Reichsbank in der vorigen Woche gescheitert sind —, ist durch strenge Vorschriften über Wertpapierhinterlegungen der einzelnen Mitglieder, durch Errichtung eines Garantiefonds und durch eine relativ enge Begrenzung der einzelnen Überweisungen gelöst worden: Der Gesamtbetrag der Verpflichtungen aller Mitglieder dem Verein gegenüber darf 100 Mill. RM nicht übersteigen, und die täglichen Überweisungen für jedes Konto des einzelnen Mitglieds sollen höchstens 50 000 RM betragen. Diese Abrechnung erstreckt sich vorläufig nur auf Überweisungen; Schecks und Wechsel sind zunächst von ihr ausgeschlossen. Zwischen jenen Bankinstituten, die dem Überweisungsverband bisher nicht angeschlossen sind, können Überweisungen vorläufig nur insoweit vorgenommen werden, als sie weniger als die Hälfte des jeweiligen Guthabens des Auftraggebers und höchstens 4000 RM ausmachen; unbeschränkt sind Überweisungen nur zulässig, wenn sie sich innerhalb desselben Instituts vollziehen oder erforderlich sind, um die erlaubten Barauszahlungen (für Löhne, Gehälter, Steuern, Frachten usw.) zu ermöglichen. Überweisungen auf Postscheck- und Reichsbankgirokonten dürfen nicht vorgenommen werden, da von diesen beiden Kontoarten jederzeit bares Geld in unbegrenzter Höhe abgehoben werden kann. Zweifellos lassen diese engen Bestimmungen noch breiten Raum für eine Ergänzung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, an dessen Wiederherstellung gerade die Banken ein reges Interesse haben. Voraussetzung für einen Ausbau dieser Organisation ist es allerdings, daß die Banken stärker als bisher solidarisch füreinander eintreten und bereit sind, Passivsalden — die sich für dieses oder jenes Institut, das durch übermäßige Abhebungen der Kundschaft in Schwierigkeiten gerät — auf dem Wege des Kredits auszugleichen.

Noch ist die Lage nicht hoffnungslos. Der Überweisungsverkehr zwischen den Banken hat in den letzten Tagen gut funktioniert. Die Kreditorenminderung, die bis Ende Juni bei den deutschen Kreditbanken eingetreten ist, erwies sich — nachdem die Monatsbilanzen veröffentlicht wurden — als überraschend gering. Von der Danat-Bank sind zwar (wie bekannt) 355 Mill. RM abgezogen worden; bei der Deutschen Bank haben sich die Gläubiger indessen nur um 320 Mill. RM (also um einen weit geringeren Prozentsatz), bei der Dresdner Bank um 200 Mill. RM vermindert. Überhaupt bieten die Bilanzen vom Jahresmedio großenteils ein günstigeres Bild, als man im allgemeinen erwartet hatte. Aber dieses Ergebnis darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Situation inzwischen scharf zugespitzt hat. Außerdem stehen neue, wichtige Aufgaben bevor, vor allem die Finanzierung der Erntebewegung. Nur unter großen Anstrengungen und unter Hintansetzung aller sinnlosen Prestige-Gesichtspunkte, die anscheinend trotz der Schwere der Krise selbst heute noch nicht bei allen Banken verschwunden sind, kann der Weg der deutschen Wirtschaft vom Abgrunde weggeführt.

# Sachlieferungen als Steuerleistung

Von Herman Kranold-Steinhaus, Landrat des Kreises Sprottau

*Im letzten Winter hat der Landkreis Sprottau in Schlesien mit Erfolg versucht, Steuerleistungen in Naturalform (Holz, Kartoffeln und Roggen) anzunehmen und die so erhaltenen Güter an die Unterstützungsberechtigten des Kreises zu verteilen. Ein besonderes Interesse verdienen die Maßnahmen, durch die ein möglichst reibungsloser Umsatz in Roggen erzielt wurde. Im Ergebnis hat dies Verfahren dem Kreis 419 RM „Verlust“ gebracht — ein Resultat, das angesichts der Ersparnis an Eintreibungskosten und Zinsverlusten tatsächlich einen Gewinn darstellt. Die Hilfsbedürftigen erhielten das Brot um 16,7 % billiger als vor der Einleitung der Aktion. Müller und Bäcker hatten eine Absatzgarantie, die ihnen sonst in dieser Notzeit gefehlt hätte.*

Erfahrungen über die Annahme von Naturalien zur Erfüllung von Steuerverpflichtungen sind im Bereich unserer Wirtschaft selten, und es erscheint mir deshalb wünschenswert, die Erfahrungen, die damit im Kreis Sprottau während des letzten Winters gemacht worden sind, hier kurz mitzuteilen<sup>1)</sup>. Auf die Frage, wieweit den Erfahrungen allgemeinere Bedeutung zukommen könnte, gehe ich am Schluß ein.

Den äußeren Anstoß zu der Aktion gab ein Antrag des Landbundes an den Kreis Ausschuß Sprottau, er möge die Kreissteuern in denjenigen Fällen, in denen Landwirte ihren Verpflichtungen nicht anders nachkommen könnten, auch in landwirtschaftlichen Erzeugnissen annehmen. Vorher war in dem uns benachbarten Kreis Freystadt bereits ein ähnliches Verlangen gestellt worden, dem der dortige Kreis Ausschuß (unter Vorsitz meines Kollegen von Treskow) stattgab; die dort getroffenen — übrigens von den unsrigen stark verschiedenen — Maßnahmen wurden durch ein Flugblatt, das der dortige Kreis Ausschuß verbreitete, auch bei uns schnell bekannt. Etwa gleichzeitig erging eine Rundverfügung des Regierungspräsidenten in Liegnitz vom 18. Oktober 1930. In dieser empfahl er den Kreisen, einen Teil der Unterstützungen „im Einverständnis mit den Unterstützungsempfängern“ diesen in Naturalien zu gewähren, die Naturalien von einheimischen Landwirten zu „beziehen“ und sie ihnen auf die Steuer anzurechnen. Der Antrag des Landbundes Sprottau ging beim Kreis Ausschuß am 25. Oktober ein und führte zu Richtlinien, die am 4. November erlassen wurden und am 15. November in Kraft traten. Für die Gestaltung dieser Richtlinien waren folgende Überlegungen maßgebend:

1. Der Landwirtschaft kann mit der Abgabe von Gütern, die sie selber produziert, an Stelle von Geld nur dann gelegen sein, wenn der Preis, mit dem die Naturalien angerechnet werden, entweder über dem Marktpreis liegt oder doch wenigstens dem Marktpreis entspricht, dabei aber den Vorteil bietet, einen Preisdruck zu verhüten, der sich in ländlichen Verhältnissen leicht schon bei relativ geringen Angebotsmengen bemerkbar macht, wenn dieses Angebot

unter dem Zwang zustande kommt, unter allen Umständen zu verkaufen. Man mußte sich darüber klar sein, daß der Anreiz, Naturalien an Stelle von Geld zu liefern, um so geringer sein würde, je weniger die Anrechnungspreise über den wirklich erzielten Marktpreisen lagen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Gewährung des ortsüblichen Marktpreises nur in seltenen Fällen einen hinreichenden Anreiz bot, um die Benutzung dieses Verfahrens durch die Landwirte zu erreichen; es war vielmehr eine gewisse Preisüberschreitung notwendig, um eine allgemeinere Beteiligung in größerem Umfang zu erzielen. Infolgedessen ging man nach einiger Zeit dazu über, einen Preis anzurechnen, der etwas über dem Marktpreis lag, obwohl dagegen das Bedenken vorgebracht werden konnte, daß diejenigen Landwirte benachteiligt würden, die rechtzeitig selbst zu unbefriedigenden Marktpreisen ihr Getreide verkauft und mit dem Geldertrag ihre Steuerschuld bezahlt hatten.

2. Es erhob sich die Frage, welche Mengen der Kreis Ausschuß von den einzelnen land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen annehmen könne. Diese Frage hing mit derjenigen nach dem *Verwertungssystem* zusammen. Diese konnte grundsätzlich auf zwei verschiedene Methoden beantwortet werden. Die eine Möglichkeit war die, daß man auf *freiwillige* Abnehmer rechnete. Diese Methode konnte zu drei realisierbaren Formen führen: a) Verkauf der eingegangenen Mengen durch den Kreis Ausschuß auf dem freien Markt; b) freiwillige Annahme durch die Hilfsbedürftigen in Anrechnung auf die ihnen bewilligten Unterstützungen; c) Versenkung an die Hilfsbedürftigen in irgendeiner Form (z. B. Massenspeisungen, Sonderverteilungen) ohne Anrechnung auf die bewilligten Unterstützungen. Wir haben die erste Form (des Verhandeln der „Steuererträge“) von vornherein ausgeschlossen, weil wir dagegen die stärksten, hier nicht näher zu erörternden Bedenken hatten. Von den beiden anderen Formen haben wir bei Kartoffeln und Holz Gebrauch gemacht — mit dem Ergebnis, daß die so untergebrachten Mengen verhältnismäßig gering waren, weil die Hilfsbedürftigen freiwillig nur selten *angerechnete* Naturalien nahmen und weil der Kreis wegen seiner Finanznot mit Extrazulagen nur sehr kurz treten mußte. — Der Hauptabsatz entfiel daher auf den grundsätzlich andern Weg, daß die Hilfsbedürftigen *verpflichtet*

<sup>1)</sup> Zu den folgenden Ausführungen bitte ich diejenigen, die sich für die Entwicklung der zugrundeliegenden Ideen interessieren, folgende Aufsätze vor mir zu vergleichen: *Die Naturalbesteuerung der Landwirtschaft* in der „Dresdener Volkszeitung“ vom 13. und 14. November 1922; *Valutazusammenbruch, Teuerung, Produktionssteigerung und die Naturalbesteuerung der Landwirtschaft* in der „Sozialdemokratischen Agrarkorrespondenz“ (Hannover) vom 29. November 1922; *Produktive Steuerpolitik II* in der „Bremer Volkszeitung“ vom 20. Oktober 1923.

(wenn man so will, „gezwungen“) wurden, die Naturalien unter Anrechnung auf die Unterstützungen anzunehmen. Dieser Weg wurde für die Roggenverwertung eingeschlagen. Er sowohl wie die zweite und dritte Form des ersten Weges hatten aber zur Folge, daß die verwertbare Menge der Naturalien von vornherein begrenzt war. Dem wurde dadurch Rechnung getragen, daß gleichfalls von vornherein die Annahme an Steuer statt angebotener Naturalien von Fall zu Fall in das *Ermessen* des Vorsitzenden des Kreis Ausschusses gestellt wurde; es wurde also in keiner Form ein Recht auf Steuerleistung in Erzeugnissen gewährt.

3. Ferner erhob sich die Frage, *welche Erzeugnisse* zur Lieferung angenommen werden könnten. Denn es erschien nicht ratsam, daß der Kreis beliebige landwirtschaftliche Erzeugnisse auf Lager nahm (zumal er gar keine Lagerräume hatte) und selber verhandelte. Außerhalb des Handels gab es aber für den Kreis nur die Möglichkeit der Verwertung durch Abgabe an die Empfänger von Unterstützung in der Wohlfahrtspflege. Hierzu bot eine Bestimmung des Fürsorgerechts die wichtigste rechtliche Grundlage, nach der nach Wahl des Bezirksfürsorgeverbandes die Unterstützung im Falle der Hilfsbedürftigkeit in Geld oder Sachen gegeben werden kann. Die auf Grund dieser Bestimmung getroffene Entscheidung konnte auch der Stadt Sprottau mit ihren 11 000 Einwohnern (die sich übrigens weiter nicht sträubten) zur Pflicht gemacht werden, weil auch an Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern der Kreis Ausschuß für diejenigen Teile der Fürsorge, die ihnen delegiert sind, allgemeine Grundsätze mit Rechtskraft erlassen kann (§ 16 preußische Ausführungsverordnung zur Fürsorgepflichtverordnung). Durch diese Überlegung schrumpfte aber die Zahl der in Frage kommenden Güter von vornherein stark zusammen. Da Fleisch und Fleischwaren, Milch, Butter, Eier von vornherein ausscheiden, weil sie im allgemeinen nicht zu denjenigen Dingen gehören, die von Hilfsbedürftigen verbraucht werden können, so blieben in unseren Verhältnissen nur noch *Roggen, Kartoffeln und Brennholz* übrig, durch deren Abgabe Kreissteuern abgedeckt werden und die ihrerseits wieder an die Hilfsbedürftigen abgegeben werden konnten. Hierbei konnten Kartoffeln und Brennholz grundsätzlich so abgegeben werden, wie sie geliefert wurden. Es erwies sich aber, daß gerade diese beiden Produkte wegen besonderer Verhältnisse im Landkreis Sprottau in relativ großen Mengen vorrätswise bei den Hilfsbedürftigen vorhanden waren.

4. Es blieb also hauptsächlich der *Roggen*. Nun verzehren zwar Tiere den Roggen roh, Menschen können ihn aber nur in Gestalt von Speisen, die aus Mehl bereitet sind, oder in Gestalt von Brot genießen. Mehl und Brot aber konnten die Landwirte nicht liefern, sie konnten nur Roggen liefern (Weizen spielt in der Landwirtschaft des Kreises Sprottau keine Rolle). Hier klaffte also eine Lücke in dem Kreislauf, die geschlossen werden mußte. Dies geschah dadurch, daß mit den Bäckern und Müllern des Kreises fol-

gendes Verfahren verabredet wurde: Die an Steuer statt zu liefernden Roggenmengen wurden an eine vom Kreis Ausschuß zu bestimmende Mühle im Kreis Sprottau geliefert. Die Mühle nahm die Vermahlung vor und lieferte das Roggenmehl an die Bäcker weiter. Die Kleie wurde den einliefernden Landwirten zurückgegeben. In der Praxis kam dieses Verfahren freilich auf den umgekehrten Gang hinaus: Für den Teil der Unterstützung, den sie in Roggen annehmen mußten, erhielten die Hilfsbedürftigen Gutscheine, die nach ihrer Wahl auf Brot oder Mehl lauteten. Diese Gutscheine gaben sie bei den Bäckern gegen Brot oder Mehl an Zahlungs statt ab. Aus ihren Beständen an Brot oder Mehl schossen die Bäcker diese Lieferungen vor, und wenn sie eine größere Anzahl von Gutscheinen beisammen hatten, reichten sie diese bei der Mühle, mit der sie in üblicher Weise in Geschäftsverbindung standen, ein und erhielten dort den Gegenwert der Gutscheine in Roggenmehl. Dieses Roggenmehl schossen die Mühlen zunächst aus ihren Beständen vor (wie sich nachher herausstellte, blieben die Mühlen während fast der ganzen Zeit, in der das Verfahren angewendet wurde, die Vorschießenden); sie gaben dann dem Kreis Ausschuß an, welche Mengen Roggen bei ihnen nötig waren, um die bei ihnen aufgelaufenen Gutscheine abzudecken, und der Kreis Ausschuß dirigierte seinerseits die abzuliefernden Roggenmengen entsprechend an die Mühlen.

5. Weiter entstand die Frage, *welcher Teil der Unterstützung* statt in bar in Brot- und Mehlgutscheinen gegeben werden sollte. Nach längerem Verhandeln mit den Vertretern der Hilfsbedürftigen wurde folgende Regelung getroffen: 15 % der Unterstützung wurde im allgemeinen in Brotscheinen gegeben; in besonderen Fällen und generell bei Klein- und Sozialrentnern im Alter von mehr als 60 Jahren wurde der Betrag auf 10 % ermäßigt. Diese Lösung hat sich im ganzen bewährt. Aber sie war recht mechanisch, weil 10 % der Unterstützungen keineswegs bei allen Gruppen der Hilfsbedürftigen denselben Prozentsatz des Einkommens ausmachen. Bei den Sozial- und z. T. auch bei den Kleinrentnern ist die Unterstützung nur ein Teil des Einkommens. Hier bedeuten 10 % der Unterstützung vielleicht nur 3 bis 6 % des Einkommens. Bei den Schützlingen der allgemeinen Armenpflege (also auch bei den Wohlfahrtserwerbslosen) dürften dagegen 10 % der Unterstützung fast immer nahezu 10 % des Einkommens bedeuten. Eine allgemeine dauernde Einrichtung dieser Art müßte also viel sorgfältiger differenzieren, als hier geschehen.

6. Es erwies sich, daß der Annahmewang für Roggenmehl bzw. -brot *durchgeführt* werden konnte. Die Vertreter der Hilfsbedürftigen sträubten sich zwar gegen die Neuerung anfänglich etwas, aber schon nach wenigen Tagen legten sich diese Bedenken, und von seiten der Hilfsbedürftigen sind Schwierigkeiten nicht vorgekommen. Erleichtert wurde dies dadurch, daß infolge der Einführung des Verfahrens der allgemeine Brotpreis im Kreise für

den hier üblichen Laib Roggenbrot im Gewicht von 2 kg aus 60 %igem Mehl von 60 auf 55 Rpf herunterging, und daß dank der noch zu schildernden finanziellen Konstruktion des Verfahrens den Hilfsbedürftigen dieselbe Menge nur mit 50 Rpf auf die Unterstützung angerechnet zu werden brauchte. Darin lag eine erhebliche effektive Erhöhung der Unterstützung, die den Hilfsbedürftigen sehr willkommen sein mußte. Die finanzielle Konstruktion des Verfahrens bestand darin, daß grundsätzlich finanzielle Mittel des Kreises (außer für Porti und für die Herstellung von Formularen) nicht angelegt werden sollten. Das nicht unerhebliche Mehr an Schreibarbeit im Kreiswohlfahrtsamt wurde dadurch bewältigt, daß Hilfsbedürftige aus den Kreisen der Angestellten zur *Pflichtarbeit* einberufen wurden. Im übrigen waren die Anrechnungsverhältnisse folgende: Es wurde zunächst der örtliche Roggenpreis mit 7,70 RM je 50 kg zugrunde gelegt und daneben der örtliche Kleiepreis von 5 RM je 50 kg; die Kleie war wegen des niedrigen Ausmahlungssatzes (damals zwangsweise 60 %) sehr stärkereich und konnte deshalb mit einem guten Preise entsprechend ihrem hohen Futterwerte in Anrechnung gebracht werden. Der Kreis Ausschuß legte großen Wert darauf, die Landwirte zu verpflichten, daß sie die Kleie zurücknahmen, weil sonst zu befürchten war, daß das Verfahren zur Verdrängung der Kleie aus der Viehfütterung und zu seinem Ersatz durch importierte Futtermittel führte. In den Verhandlungen fanden sich die Bäcker bereit, für je 4 Pfund von der Mühle geliefertes Roggenmehl ein 4-Pfund-Brot, das ungefähr  $3\frac{1}{4}$  Pfund Roggenmehl enthält, oder  $3\frac{1}{4}$  Pfund Roggenmehl an die Unterstützungsempfänger zu liefern. Sie arbeiteten also mit einem Bruttoverdienst von 18,6 %. Diese Gewinnspanne erscheint immer noch völlig ausreichend, zumal durch das ganze Verfahren dem Brotabsatz der Bäckereien ein Umfang gesichert wurde, den er sonst bei der aufs äußerste geschrumpften Kaufkraft großer Mengen von Hilfsbedürftigen nicht entfernt behalten haben würde. Die Müller ihrerseits lieferten von jedem Zentner Roggen bei 60 %iger Ausmahlung 52 Pfund Mehl und 35 Pfund Kleie; als Mahllohn blieben ihnen also 13 % der Menge Roggen, die an sie geliefert war, aber mit einem etwas höheren Durchschnittswert, als der gelieferte Roggen hatte. Die Bruttogewinnspanne (aus der Mahlkosten, Lagerungsverluste und Versicherungsspesen bezahlt werden mußte) dürfte auch hier nicht viel niedriger gewesen sein als bei den Bäckern. Der Landwirt hatte danach von jedem Zentner Roggen 55 Pfund Kleie zurückzunehmen, die ihm mit 1,75 RM vom Zentnerpreise des gelieferten Roggens abgerechnet wurden. Für jeden gelieferten Zentner Roggen wurden danach 5,95 RM auf die Steuerschuld angerechnet. *Diese 5,95 RM waren die Gesteungskosten des Kreises*, d. h. der Gutschein über 4 Pfund Brot oder  $3\frac{1}{4}$  Pfund Mehl kostete den Kreis 42,5 Rpf. Wenn also, wie es geschah, das Brot dem Hilfsbedürftigen mit 50 Rpf angerechnet wurde, so hatte der Kreis für jedes Brot eine Bruttogewinn-

spanne von 7,5 Rpf, aus der er seine (ganz geringfügigen) Unkosten decken und für spätere Preisveränderungen eine Reserve schaffen konnte.

Diese Reserve mußte vor allem geschaffen werden, weil angesichts der Getreidepolitik der Regierung damit gerechnet werden mußte, daß der Roggenpreis des Marktes in die Höhe gehen würde, und weil sich außerdem von vornherein eine gewisse Skepsis bei uns geltend machte, ob auch wirklich die erforderlichen Roggenmengen geliefert werden würden. In den Anträgen einer radikalen Organisation wie des Landbundes machen sich solche Dinge immer gänzlich anders als nachher in der Wirklichkeit. Nachdem aber einmal das Verfahren eingeführt war, konnte es nicht nach ein paar Wochen ohne weiteres wieder abgeblasen werden. Ein derartiges Umspringen mit den Hilfsbedürftigen hätte sich nicht rechtfertigen lassen. Es zeigte sich auch, daß die Skepsis berechtigt war. So lebhaft zunächst die Forderung gewesen war, es solle Roggen an Stelle der Steuern angenommen werden, so kümmerlich blieben die Ablieferungen, solange für den Roggen nur der Marktpreis gewährt wurde und mit der Ablieferung kein Sondergeschäft zu machen war. Infolgedessen ging der Kreis zu einem *höheren Roggenpreis* über. Der örtliche Roggenpreis pendelte bis Ende Februar um 7,80 RM je 50 kg frei Mühle. Der Kreis Ausschuß setzte seinen Abnahmepreis (bald nach dem ersten Versuch mit 7,80 RM je 50 kg) auf 8,60 RM frei Mühle, d. h. um 80 Rpf je 50 kg über dem örtlichen Preis, fest. Dies ließ sich rechtfertigen, weil es sich im allgemeinen bei der Annahme des Roggens um Fälle handelte, bei denen sonst die Steuern durch Pfändung von Roggen und durch Zwangsversteigerung der gepfändeten Mengen hätten eingetrieben werden müssen. Daß im letzten Winter diese Pfändungen politisch und sicherheitspolizeilich unerwünscht waren, sei nur nebenher bemerkt. Außerdem hätte der Kreis dann riskiert, daß bei der Versteigerung des Roggens kein entsprechender Geldertrag herausgekommen wäre. Die 80 Rpf je 50 kg, die mehr gewährt wurden, erschienen deshalb als eine noch zu rechtfertigende Versicherungsgebühr. Es wurde also der Berechnung nunmehr der Preis von 8,60 RM zugrunde gelegt, auf der andern Seite aber ein Preis von 5,50 RM je 50 kg Kleie. Für jeden gelieferten Zentner Roggen wurde also dem Landwirt 6,68 RM auf Steuern angerechnet. Der Preis des Brotes für die Hilfsbedürftigen *blieb unverändert*. Auf diese Absicht, so lange wie möglich den unter dem ortsüblichen Preise liegenden Brotanrechnungspreis unverändert zu halten, war von vornherein mit der Bildung der Reserve aus der Gewinnspanne des Kreises losgesteuert worden. Bei dem neuen Anrechnungspreis verblieb je 4 Pfund Brot immer noch ein Gewinn für den Kreis von 2,3 Rpf, der der Reserve zugeführt werden konnte. Die Folge dieses neuen Preises war, daß die Angebote nunmehr zahlreich eingingen und der Kreis Ausschuß von seinem Recht Gebrauch machen mußte, Anträge nach seiner Wahl abzulehnen oder anzunehmen.



7. Eine Wendung in dem ganzen Verfahren trat ein, als im März der Roggenpreis *heftig zu steigen* begann. Die Steigerung erfolgte so plötzlich, daß die Anrechnungspreise nicht rechtzeitig heraufgesetzt werden konnten. Infolgedessen stockten die Lieferungen, während die Brotabnahme weiterlief. Auf der andern Seite hörten die Schwierigkeiten mit der Eintreibung der Kommunalsteuern im wesentlichen von dem Augenblick an auf, in dem der von den Landwirten erzielte Roggenpreis 9,50 bis 10 RM je 50 kg betrug, eine Zone, in der der Roggenpreis hier seitdem mit verhältnismäßig geringer Heftigkeit pendelt. Infolgedessen wurde beschlossen, die Aktion zum 15. März einzustellen und den mit Roggenlieferungen nicht gedeckten Teil der im Umlauf befindlichen Gutscheine durch Roggenkauf abzudecken. Der ungedeckte Teil belief sich auf etwa 900 Ztr. Diese wurden zu 9,75 RM frei Mühle gekauft, die Mühlen rechneten 6 RM je Ztr. Kleie zurück. Gegenüber dem Anrechnungspreis für das Brot verblieb bei diesem Roggenpreis für den Schlußposten ein Verlust von 720 RM, gegen den der frühere Gewinn von 301 RM aufgerechnet wurde, so daß das ganze Verfahren 419 RM Nettoverlust gebracht hat.

8. Im ganzen wurden vom 15. November 1930 bis 15. März 1931, also in 4 Monaten, 2025 Ztr. Roggen an Steuer Statt angenommen und mit 7950 RM auf die Steuerschulden angerechnet; umgesetzt wurden im ganzen einschließlich der zugekauften Mengen rund 3000 Ztr. = 150 t. Das erscheint kein bedeutendes Quantum. Andererseits bedeutet diese Menge, da der Kreis Sprottau 40 000 Einwohner hat, wenn man ihn einmal fiktiv als deutschen Durchschnittstyp ansieht und gleich 1:1500 von Deutschland rechnet,  $150 \times 12 \times 1500 : 4 = 675 000$  t, das ist ein Zehntel der Roggenernte. Ferner muß man bedenken, daß mit dem Aufwand von 419 RM Unkosten 8000 RM Steuern hereingebracht wurden, die wahrscheinlich sonst überhaupt nicht oder erst nach sehr langer Zeit eingegangen wären und in der Zwischenzeit erhebliche Zinsverluste und Eintreibungsunkosten verursacht haben würden. Der Verlust des Kreises von 419 RM ist bestimmt nur ein Bruchteil des Verlustes, der eingetreten wäre, wenn das Verfahren nicht eingeschlagen wäre.

\*

*Zusammenfassend* möchte ich meinen, daß die Erfahrungen immerhin nicht schlecht gewesen sind. Das Verfahren war durch besondere Umstände hinsichtlich des Holzes und der Kartoffeln gerade in diesem Jahre und gerade im Kreis Sprottau wesentlich erschwert, weil dadurch die Verwertungsmöglichkeiten für zwei der wichtigsten hiesigen land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse in der Hauptsache abgeschnitten waren. Trotzdem sind, glaube ich, alle Beteiligten bei der Sache gut gefahren. Die Landwirte konnten ihre Steuerschulden abdecken, ohne daß bei ihnen gepfändet werden mußte. Der Kreis hatte es nicht nötig, pfänden und versteigern zu lassen, und sparte an Unkosten und an Verlusten von uneinbringlichen Steuern. Politisch blieb in dem

— stark nationalsozialistisch durchsetzten — Kreise völlige Ruhe; es war eben viel Zündstoff ausgeräumt worden. Die Müller und Bäcker hatten eine Absatzgarantie, die ihnen sonst in dieser Notzeit gefehlt hätte. Und die Hilfsbedürftigen bekamen das Brot um 16,7 % billiger als vor Einleitung der Aktion. Am Tage, nachdem die Einstellung der Aktion bekannt war, setzten die Bäcker den Brotpreis für den Normalmarkt wieder auf 60 Rpf hinauf, so daß die ursächliche Verknüpfung der Brotpreissenkung mit dieser Aktion wohl nicht bezweifelt werden kann. *Wir bereuen das Unternehmen nicht.*

Was nun die Frage der *Verallgemeinerung* dieses Verfahrens angeht, so möchte ich mich auf folgende Bemerkungen beschränken (dabei sehe ich davon ab, die Hinweise dieser Art zu wiederholen, die schon in den vorstehenden Ausführungen enthalten sind):

a) Ich kann mir keine wirksamere *Propaganda* für das Essen von Roggenbrot denken. Vielleicht ist es, neben den „hygienischen“ Ratschlägen, die die „Überlegenheit“ des Roggenbrots über das Weizenbrot „beweisen“ sollen und namentlich für manche Gesundheitshypochonder (deren es mehr gibt, als man gewöhnlich denkt) auch beweisen, das einzige wirksame Propagandamittel dieser Art.

b) Die *Mengen*, die auf diese Weise bei ganzjähriger und allgemeiner Durchführung unter Einbeziehung der Empfänger von Krisen- und Arbeitslosenunterstützung aus dem *Roggenmarkt* genommen werden können, sind nicht unbedeutend; man kann sie vielleicht roh auf 5—10 % der gesamten Unterstützungen schätzen, d. h. auf vielleicht 200—400 Millionen RM in Zeiten schwerster Krise, wie wir sie jetzt durchmachen. Das sind beim gegenwärtigen Roggenpreise die Ankaufskosten für (nach Abrechnung des Kleiewertes) 14—28 Mill. Ztr. = 700 000 bis 1,4 Mill. t, d. h. grob gerechnet ein Zehntel bis ein Fünftel der deutschen Roggenernte. Diese Menge ist natürlich kein einfacher Mehrverbrauch für menschliche Ernährung, wenn als solcher auch ein gewisser, aber nur schwer näher zu berechnender Teil des Ganzen in Frage kommen dürfte. Aber es sind Mengen, die nicht erst auf dem Markt erscheinen, sondern um den Markt herum den Weg zum Verbraucher finden, während sie heute mindestens zu einem großen Teil unter dem Druck, daß aus dem Verkaufsertrag Steuerschulden, die fällig und überfällig sind, gedeckt werden müssen, auf den Markt kommen und namentlich im Herbst zu den so oft zu beobachtenden und die Landwirtschaft so sehr schädigenden Angstverkäufen führen.

c) Bei anderer Lage der Landwirtschaft, also z. B. bei *hohen* Roggen-, Kartoffel- und Holzpreisen, wird die praktische Bedeutung der hier dargelegten Erfahrungen geringer sein. Anders ist es natürlich, wenn man sich Ablieferung von Naturalien als Steuerleistungsform der Landwirtschaft als Normalzustand denkt. Aber das kann hier nicht erörtert werden.

Unsern Versuch und meine Betrachtungen dazu möchte ich in keiner Weise als abschließend betrach-

ten, sondern nur als Beitrag, der insbesondere der *kritischen* Erörterung aller seiner einzelnen Bestandteile bedarf. Es wäre natürlich erwünscht, wenn Erfahrungen mit ähnlichen Versuchen ebenfalls geschildert würden, weil sich aus der Variierung der „Versuchsbedingungen“ wichtige weitere Aufschlüsse ergeben würden. Andererseits ist es besonders erwünscht, wenn für den kommenden, sicherlich wieder sehr schweren Winter eine gewisse Verallgemeinerung des Systems erwogen würde. Dabei erhebt sich

allerdings das Problem der Einschaltung der Groß- und Mittelstädte in ein solches System, da ja in diesen nur ganz untergeordnete Mengen von landwirtschaftlichen Produkten erzeugt werden. Wie ich höre, besteht bei einigen Regierungsstellen Interesse an einer Verallgemeinerung dieses Systems. Es wäre zu wünschen, daß die Erwägungen und Untersuchungen der Publizistik so schnell zutage kommen, daß sie für positive oder negative Entschlüsse der zentralen Behörden noch eine Unterlage liefern können.

## Budgetsorgen auch in Frankreich

Von Dr. Leo Stahl, Paris

*Gegenüber dem Oktober des vorigen Jahres, als wir zuletzt über den Stand der französischen Finanzen berichteten (Nr. 44, S. 2045), hat sich die Wirtschaftslage in Frankreich weiter zugespitzt. In den bisher verflossenen Monaten des neuen Etatsjahres sind die Steuereingänge weit hinter dem Voranschlag zurückgeblieben; die Ausgaben, die künstlich aus dem Budget herausgenommen worden waren, haben die großen Reserven des Staates in Anspruch genommen. Ende 1929 beliefen sich die Reserven noch auf 18 Milliarden Fr.; Anfang April 1931 waren nur noch 4,5 Milliarden vorhanden, die durch die vorübergehende Einstellung der deutschen Reparationszahlungen und durch das auf 4 bis 5 Milliarden geschätzte Defizit des Jahres 1931/32 aufgezehrt werden. Zur Deckung des so entstehenden Fehlbetrages wird der Staat wahrscheinlich in die Politik einer großen Anleihewirtschaft zurückfallen.*

An den finanziellen Sorgen der anderen europäischen Länder gemessen, mögen die Schwierigkeiten, mit denen Frankreichs staatliche Finanzgebarung seit Beginn dieses Jahres zu kämpfen hat, geringfügig erscheinen. Trotz der Weltwirtschaftskrise, deren Rückwirkungen sich Frankreich dank seines Reichtums und seiner privilegierten Situation bis in die zweite Hälfte des vergangenen Jahres zu entziehen vermocht hat, die aber seitdem mit wachsendem Gewicht auch auf der französischen Wirtschaft lastet, ist es Regierung und Parlament gelungen, den Staatshaushalt für das Jahr 1931/32 ohne Rückgriff auf neue Steuern wenigstens auf dem Papier ins Gleichgewicht zu bringen. Die Periode ungewöhnlicher Prosperität, die Frankreichs Finanzpolitik seit dem Krisenjahr 1926 beschieden war, scheint jedoch für absehbare Zeit der Vergangenheit anzugehören.

Eine wirtschaftliche Hochkonjunktur, die ungeachtet der schweren Depression in den Nachbarländern erst im Spätsommer des vergangenen Jahres ihr Ende fand, hatte in Verbindung mit Poincarés rigoroser und ungemein straff durchgeführter Finanzreform die öffentliche Finanzgebarung in Frankreich von Grund auf saniert. Vier Jahre ansehnlicher Budgetüberschüsse haben nicht nur einen erheblichen Abbau der staatlichen Verschuldung, sondern darüber hinaus sogar eine Lockerung der allzu stark angezogenen Steuerschraube ermöglicht, nachdem im Laufe des Etatsjahres 1929 die tatsächlichen Eingänge aus den Steuern und Abgaben infolge der günstigen Wirtschaftslage und der wesentlich verbesserten Veranlagungs- und Erhebungsmethoden die

Voranschläge um nicht weniger als 8 Milliarden Fr. übertroffen hatten.

Die Kehrseite dieser glänzenden Entwicklung der Finanzlage war, daß sie Regierung und Parlament zu einer gewissen Leichtfertigkeit in der Verwaltung der öffentlichen Gelder, zu einer Unbekümmertheit in der Bewilligung neuer Ausgaben verleitete. Das mußte in dem Augenblick zum Verhängnis werden, in dem die Einnahmen infolge des Konjunktumschwungs spärlicher zu fließen begannen. Wie rasch man sich — auch in dem sonst so sparsamen Frankreich — daran gewöhnt hat, aus dem Vollen zu wirtschaften, zeigt das rapide Anwachsen der französischen Budgetzahlen seit dem Jahre 1927: In vier Jahren sind die Ausgaben um nicht weniger als 30 % gestiegen! Das ist um so exorbitanter, als der Dienst der öffentlichen Schuld, der allein fast die Hälfte der französischen Staatseinnahmen beansprucht, keine wesentlichen Veränderungen erfahren hat; es sind also die laufenden Ausgaben für die Bedürfnisse der militärischen Sicherheit, der Zivilverwaltung usw., die sich um mehr als 60 % erhöht haben.

(Mill. Fr.)	Ordentliche Kredite	Ausgaben-erhöhung	Nachtragskredite
1927/28	39 541	—	3 131
1928/29	42 445	2 904	1 614
1929/30	45 366	2 921	3 690
1930/31	50 398	5 032	.

Trotz der 3,7 Milliarden Fr. Nachtragskredite schloß das Finanzjahr 1929/30 dank der Mehreinnahmen aus den Steuern, die sich allein für die

indirekten Steuern und die Erträge der Monopolverwaltungen auf 7,4 Milliarden beliefen, mit einem Überschuß von 3,9 Milliarden Fr. Aber schon das am 31. März 1951 zu Ende gegangene Etatsjahr 1950/51 brachte einen empfindlichen Rückschlag. Obwohl sich der Ausfall aus der von Tardieu durchgeführten Senkung mehrerer direkter und indirekter Abgaben, die nach den Berechnungen des Finanzministeriums eine Verminderung der Einnahmen um 5,8 Milliarden erwarten ließ, infolge der Überschüsse des ersten Semesters auf wenig mehr als 3 Milliarden reduzierte, blieben die Einnahmen zum erstenmal wieder erheblich hinter den Ausgaben zurück. Der Fehlbetrag, der bereits anfangs des Jahres auf etwa 2,2 Milliarden geschätzt wurde (abschließende Rechnungen liegen noch nicht vor), dürfte unter Einschluß der seitdem bewilligten Nachtragsforderungen und der auch in Frankreich üblichen Kreditüberschreitungen mit 3,5—4 Milliarden kaum zu hoch veranschlagt sein. Kein Wunder, wenn man sowohl innerhalb der Regierung wie vor allem auch in den Kreisen des Parlaments der finanziellen Entwicklung im Laufe des neuen Etatsjahres mit einiger Besorgnis entgegen sieht.

Der Voranschlag für das Etatsjahr 1951/52 errechnet bei 50,6 Milliarden Einnahmen und 50,4 Milliarden Ausgaben einen *Überschuß* von rund 200 Mill. Fr. In Wirklichkeit weist er bereits auf dem Papier ein nur schlecht kaschiertes Defizit von annähernd 2 Milliarden auf, das man, um den Etat wenigstens nach außen hin im Gleichgewicht erscheinen zu lassen, kurzerhand auf die im Jahre 1926 von Poincaré ins Leben gerufene autonome Amortisationskasse abgewälzt hat. Wie die Regierung in der Begründung zu ihrem Haushaltentwurf mitteilt, betrogen die Mehrforderungen der einzelnen Ressorts gegenüber dem Vorjahr ursprünglich nicht weniger als 6 Milliarden. Durch rigorose Streichungen sei es aber dem Finanzministerium gelungen, sie auf 1,8 Milliarden zu beschränken. Da angesichts der scharfen Opposition des Parlaments gegen eine Erhöhung der Steuerlast an eine entsprechende Steigerung der Einnahmen nicht zu denken war, hat man zu dem Ausweg seine Zuflucht genommen, daß man für die zur gesetzlich festgelegten Tilgung der Staatsschuld erforderlichen 1,9 Milliarden, die bisher aus den laufenden Einnahmen des Budgets bestritten wurden, die zu ganz anderen Zwecken geschaffene Amortisationskasse herangezogen hat. Die von Poincaré unmittelbar nach dem Ende der Inflation eingeleitete Politik der massiven Schuldentilgung, die in wenigen Jahren zu einer Verminderung der Staatsschuld um fast 55 Milliarden Fr geführt hat, dürfte damit für die nächsten Jahre ihren Abschluß gefunden haben.

Aber selbst das mit Hilfe dieser Abwälzung erzielte Budgetgleichgewicht ist in so hohem Maße prekär, daß die Berichterstatter von Kammer und Senat ihre Besorgnisse hinsichtlich der Zuverlässigkeit der von der Regierung aufgestellten Rechnung nicht ganz zu unterdrücken vermochten. „Wir befürchten“, heißt

es in dem Kommissionsbericht der Kammer, „daß zahlreiche Bedürfnisse noch zu befriedigen sind, für die im Haushaltentwurf keine oder nur unzulängliche Mittel vorgesehen sind.“ Nicht minder scharf ist die Finanzkommission des Senats in ihrem Urteil. Sie macht keinerlei Hehl aus ihrem Zweifel an der Stichfestigkeit der von der Regierung vorgelegten Schätzungen der Einnahmen und Ausgaben und gibt unumwunden der Befürchtung Ausdruck, daß das neue Finanzjahr dem Land recht unangenehme Überraschungen bringen könne. Diese Besorgnisse sind um so mehr gerechtfertigt, als die Regierung — unbekümmert um die Verschlechterung der Wirtschaftslage und die daraus resultierende erheblich geringere Ergiebigkeit der Steuerquellen — der Schätzung der Einnahmen die ungewöhnlich günstigen Ergebnisse des vorletzten Jahres (1929) zugrunde gelegt hat.

Auf wie schwachen Füßen dieser Optimismus steht, zeigt die tatsächliche Entwicklung der letzten Monate. So ist, um nur einige Beispiele herauszugreifen, das Aufkommen aus der Kapitalertragsteuer mit 3,6 Milliarden in das Budget eingesetzt, während nach den effektiven Ergebnissen der letzten sechs Monate mit kaum 3 Milliarden zu rechnen ist. Die Börsensteuer, die in den letzten sechs Monaten kaum 50 Millionen abgeworfen hat, steht mit 290 Millionen zu Buch. Die Umsatzsteuer, die mit einem jährlichen Ertrag von über 8 Milliarden einen der Haupteinnahmeposten bildet, ist seit Beginn des Jahres um mehrere hundert Millionen hinter dem Aufkommen des Vorjahrs zurückgeblieben. Für die direkten Steuern, die durch die wirtschaftliche Depression am stärksten in Mitleidenschaft gezogen werden, die aber trotzdem in der vollen Höhe der letztjährigen Ergebnisse in dem Voranschlag figurieren, wird man mit nicht minder großen Ausfällen rechnen müssen.

Auch die Ausgabenseite des Etats hält einer kritischen Prüfung kaum stand. Die Einschränkung der Ausgaben, deren sich die Regierung in der Begründung zum Haushaltsvoranschlag rühmt, ist zum großen Teil nur fiktiv. Um die in die Milliarden gehenden Mehrforderungen, vor allem der Heeres- und Marineverwaltung, nicht im Budget in Erscheinung treten zu lassen, hat man sie zum Gegenstand besonderer Gesetzesvorlagen gemacht, die früher oder später in Form von Nachtragskrediten ihren finanziellen Niederschlag finden werden. So sind für den im vergangenen Jahr begonnenen Ausbau der Grenzbefestigungen, der einen Gesamtaufwand von 3,3 Milliarden erfordert, bisher nur 300 Mill. Fr durch das Budget gelaufen, und eine weitere Milliarde ist dem Kriegsministerium aus den Reserven des Schatzamtes zur Verfügung gestellt worden, so daß an ordentlichen Budgetmitteln im Laufe dieses und des nächsten Jahres noch rund zwei Milliarden erforderlich sind, für die im neuen Etat auch nicht ein Centime vorgesehen ist. Für die Befestigung der Küsten hat die Regierung den Betrag von einer Milliarde angefordert und bewilligt erhalten; im Budget ist davon keine Spur zu finden, obwohl die Arbeiten seit

Jahr und Tag im Gange sind. Ein im vergangenen Jahr angenommenes Gesetz ermächtigt das Luftfahrtministerium, innerhalb der nächsten fünf Jahre für die Ergänzung und Erneuerung des Flugzeugparkes 1 Milliarde auszugeben; dieses Beschaffungsprogramm ist bereits in voller Durchführung begriffen, im Budget für 1931/32 sind dafür jedoch nur 80 Millionen ausgeworfen worden.

Was hier getrieben wird, würde man bei einem privaten Unternehmen als *Bilanzverschleierung* bezeichnen. Die Finanzierung all dieser Ausgaben erfolgt aus den der parlamentarischen Kontrolle entzogenen Reserven des Schatzamts; die Verrechnung bleibt der Zukunft vorbehalten. Diese Reserven, die von Poincaré und Chéron angesammelt wurden und zum Teil aus den früheren Budgetüberschüssen, zum Teil aus den beträchtlichen Devisengewinnen bei der Stabilisierung der Währung stammen, beliefen sich Ende 1929 auf die stattliche Summe von über 18 Milliarden Fr. Sie sind seitdem erheblich zusammengeschmolzen. 3 oder 4 Milliarden sind an die Amortisationskasse für die außeretatmäßige Schuldentilgung überwiesen worden; reichlich 10 Milliarden wurden von den Kabinetten Tardieu und Laval in Ermangelung ordentlicher Budgeteinnahmen für die außerordentlichen Ausgaben der Heeres- und Zivilverwaltung verbraucht. Eine Ende Januar vom Finanzministerium veröffentlichte Aufstellung gab den noch verfügbaren Rest der Tresorreserven auf 9,9 Milliarden an. Dieser Überschuß ist aber schon jetzt nach den ergänzenden Mitteilungen der Finanz-

kommission des Senats für den Ausbau der Befestigungen, die Durchführung des Tardieuschen Fünfjahresplans zur Förderung von Handel, Industrie und Landwirtschaft und durch das Defizit des letzten Budgets mit 5,4 Milliarden belastet, so daß Anfang April nur noch 4,5 Milliarden übrig waren. Davon werden rund 2,5 Milliarden durch den Ausfall beansprucht werden, den das französische Budget (bzw. die Amortisationskasse) durch die *vorübergehende Einstellung der deutschen Reparationszahlungen* auf Grund des Hoover-Moratoriums erleidet. Es verbleiben also zur freien Verfügung des französischen Fiskus im besten Falle noch 2 Milliarden, die sicher nicht ausreichen werden, das im laufenden Jahre zu erwartende, von vorsichtigen Beurteilern auf mindestens 4—5 Milliarden geschätzte Defizit zu decken. Die Möglichkeiten zur Schaffung neuer Einnahmen sind angesichts der Wirtschaftslage und der im Hinblick auf die Neuwahlen zur Kammer doppelt großen Steuerfeindlichkeit des Parlaments mehr als gering. Die Regierung hat bisher nicht einmal gewagt, die Konvertierung der 5 und 6 %igen Anleihen, die seit Beginn dieses Jahres möglich wäre und bei Herabsetzung des Zinsfußes auf 4,5 % eine Ersparnis von 900 Mill. Fr, bei der Herabsetzung auf 4 % sogar eine Ersparnis von 1200 Mill. Fr bedeuten würde, ernsthaft in Angriff zu nehmen. Frankreich steht also wieder einmal vor der Gefahr eines Rückfalls in die Politik der *Anleiherwirtschaft*, die seinen Finanzen in den Kriegs- und Nachkriegsjahren so verhängnisvoll geworden ist.

## Die freien Gewerkschaften in der Depression

Von Dr. Franz Hering

*Das Depressionsjahr 1930 ist von den freien Gewerkschaften relativ leicht überwunden worden: Die Mitgliederzahl hat nicht abgenommen, die finanzielle Stärke wurde zwar beeinträchtigt, aber keineswegs erschüttert. Noch immer verfügen die Gewerkschaften über ein beträchtliches Vermögen. Die Versuche der Nationalsozialisten und der Kommunisten, durch eigene Gewerkschaftsorganisationen und durch Zellenbildung innerhalb der Gewerkschaften die Gewerkschaftsarbeit zu stören, sind im allgemeinen mit Erfolg abgewehrt worden. Das schwierigste Problem für die freien Gewerkschaften besteht zur Zeit in der Frage, wie die Verbindung mit den arbeitslosen Mitgliedern aufrechterhalten werden kann.*

Die Verschlechterung der Lebensbedingungen, die der Arbeiterschaft durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabbau, erhöhte öffentliche Lasten und die Hochhaltung der Lebensmittelpreise auferlegt worden ist, konnte auf den Bestand und die Leistungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen nicht ohne Einfluß bleiben. Mit Recht oder Unrecht werden die Gewerkschaften von den Teilen der Arbeiterschaft, die von ihnen größere Leistungen und Erfolge erwartet hatten, für die ungünstigen Auswirkungen der Krise mit verantwortlich gemacht. *Die Verluste an Mitgliedern*, die von fast allen Verbänden berichtet werden, halten sich indessen in engen Grenzen. Zwar haben noch nicht alle Verbände die abschließenden

Statistiken für das Jahr 1930 vorgelegt; doch läßt sich schon jetzt mit Sicherheit sagen, daß die Gewerkschaften kaum mehr als 5 % ihres Mitgliederbestandes eingebüßt haben. Im Vergleich mit dem Rückgang der Mitgliederzahl in der leichteren und viel kürzeren Depression der Jahre 1925 und 1926 sind die gegenwärtigen Verluste durchaus geringfügig. Damals kehrten viele Mitglieder, die unter den außergewöhnlichen Bedingungen der Inflationszeit den Gewerkschaften beigetreten waren, ihnen wieder den Rücken. Für die Verbände, die den Zustrom der Vielzuvielen organisatorisch nie recht erfassen konnten, bedeuteten die Mitgliederverluste dieser Jahre eher einen Gewinn an innerer Geschlossenheit und Kampfkraft, als eine

Schwächung. Gegenwärtig sind die Gewerkschaften in langsamem Wachstum dauerhafter gefügt und deshalb krisenfester.

Auch die *Finanzen* der Verbände sind noch in geordneter Verfassung. Freilich haben die Ausgaben die Einnahmen wohl bei fast allen Verbänden erheblich überschritten. Die entstehenden Fehlbeträge konnten jedoch mühelos aus den Reserven gedeckt werden, die von den Gewerkschaften im Laufe der vergangenen Jahre angesammelt worden sind.

Die finanzielle Ausrüstung der Verbände war beim Eintritt der Krise außergewöhnlich stark. Der langsame und stetige Zuwachs an Mitgliedern sowie die Lohnerhöhungen steigerten die Einnahmen der Verbände von Jahr zu Jahr, während die Ausgaben hinter den Einnahmen zurückblieben. Sicherlich hat auch das staatliche Schlichtungswesen ungewollt dazu beigetragen, die Ausgabenseite der gewerkschaftlichen Etats zu entlasten, indem es schwere und für die Gewerkschaften kostspielige Lohnkämpfe nach Möglichkeit vermied. Welche Reserven die Gewerkschaften zur Bekämpfung der Notlage ihrer Mitglieder einsetzen konnten, erhellt aus der folgenden Tabelle, in der die Überschüsse der Einnahmen über die Ausgaben in den Jahren 1924 bis 1929 dargestellt werden. Die Überschüsse haben sich natürlich durch sachgemäße Anlage und Verwaltung noch wesentlich erhöht.

*Einnahmen und Ausgaben der freien Gewerkschaften  
1924 bis 1929*

(Mill. RM)	Einnahmen	Ausgaben	Überschuß
1924	97,0	69,0	28,0
1925	147,5	125,9	22,4
1926	148,1	135,5	12,6
1927	182,3	129,5	52,8
1928	221,7	189,4	31,3
1929	251,4	202,9	48,5

Die Ansammlung dieser Reserven hat es den Gewerkschaften ermöglicht, auch in dieser außerordentlich schweren Depression ihr Unterstützungssystem voll aufrecht zu erhalten. Nur der Metallarbeiterverband hat seine Unterstützungen in mäßigem Umfange abbauen müssen. Die von den einzelnen Verbänden ausgeschütteten Summen sind von imponierender Größe: Der Metallarbeiterverband (884 000 Mitglieder), der im Jahre 1929 schon 28 Mill. RM an Unterstützungen auszahlte, hatte 1930 etwa 40 Mill. RM verteilt. Im Holzarbeiterverband (300 000 Mitglieder) stieg die Unterstützungsleistung von 5,8 auf 9 Mill. RM, im Fabrikarbeiterverband (460 000 Mitglieder) von 6,7 auf 10 Mill. RM usw. Alles in allem dürften etwa 120 Mill. RM an Unterstützungen verteilt worden sein.

Es ist selbstverständlich, daß die *Verbandstreue* der Mitgliedschaft zum erheblichen Teil durch die finanzielle Leistungskraft der Verbände erklärt wird. Von besonderer Bedeutung ist es, daß die *Invalidenversicherung* von den meisten Verbänden im Laufe der letzten Jahre eingeführt wurde: wegen der langen Wartezeiten und der dauernd steigenden Unterstützungsansprüche ist sie in besonderem Maße geeignet, die Mitglieder fest an die Organisation zu binden.

Neben der sachgemäßen Führung der Versicherungs- und Verwaltungsgeschäfte hat wahrscheinlich die Bewährung des geschulten *Funktionärkörpers* im gewerkschaftlichen Tageskampf in erster Linie das Vertrauen in die Gewerkschaften gestützt. Bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 1931 sind fast überall die Funktionäre der freien Gewerkschaften mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt worden. Eine Ausnahme stellt lediglich der Ruhrbergbau dar, wo die Kommunisten einen beachtlichen Wahlerfolg erzielen konnten<sup>1)</sup>. Die Vorzüge der *arbeitsrechtlichen* Schulung und Erfahrung, die die freigewerkschaftlichen Funktionäre besitzen, sind den Belegschaften in Tausenden von Arbeitsgerichtsverhandlungen demonstriert worden. Besonders hoch wird in der Gegenwart begreiflicherweise die Mitwirkung des Betriebsrats bei Entlassungen bewertet (BRG § 74 ff.).

Die Versuche der Kommunisten und Nationalsozialisten, in die Gewerkschaften einzudringen, mußten allein schon daran scheitern, daß beide zur Vertretung der vitalsten Interessen der Arbeiterschaft weder die Mittel noch Fähigkeiten mitbrachten. Die *Nationalsozialisten*, die unter den unorganisierten Arbeitern mindestens zeitweise eine zahlenmäßig starke Anhängerschaft geworben hatten, haben für die freien Gewerkschaften niemals eine ernste Gefahr dargestellt. Methoden und Inhalt ihrer Agitation sind der Vorstellungswelt des Industriearbeiters wenig angepaßt; das Mißtrauen in die Aufrichtigkeit ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Bekundungen, das durch den nur teilweise proletarischen Charakter der Bewegung geben war, ist bei der Arbeiterschaft nie beseitigt worden.

Die *kommunistische* Gewerkschaftsarbeit ist immer wieder zu ihrer revolutionären Theorie in Widerspruch geraten und hat deshalb in der täglichen — notwendig reformistischen — Gewerkschaftsarbeit keine Leistungen hervorbringen können. Beide Wege der kommunistischen Gewerkschaftspraxis — Gründung eigener Verbände und Zersetzung der großen Organisationen durch Bildung von Oppositionsgruppen — haben zu keinem nennenswerten Erfolg geführt. Nach ihren eigenen Angaben sollen den kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen 250 000 Arbeiter angehören. Seit dem Jahre 1929 ist es wiederholt zur Gründung kommunistischer Gewerkschaftsverbände gekommen, deren Mitgliederbestand und finanzieller Status als Betriebsgeheimnis gehütet werden. Ihr Einfluß macht sich nur selten bemerkbar, da sie meist ihre Kräfte schnell in hoffnungslosen, ungenügend vorbereiteten Kämpfen verpulvern. In jeder neuen Wendung der Depression wird — geleitet von der Theorie der kommunistischen Revolution — „der Eintritt einer neuen revolutio-

<sup>1)</sup> Zusammensetzung der Betriebsräte im Ruhrbergbau:

	1930	1931
Freie Gewerkschaften.....	43,6	37,2
Christl. Gewerkschaften .....	26,2	24,5
Hirsch-Dunckersche Gewerksch... ..	1,1	0,8
Polnische Berufsvereinigung .....	0,1	0,1
Kommunisten .....	23,6	28,3
Nationalsozialisten .....	—	5,5
Wirtschaftsfeindliche .....	2,9	4,8
Syndikalisten .....	1,1	0,8
Sonstige .....	1,1	—

nären Situation“ erblickt, die durch „Mobilisierung der Massen“ ausgenutzt werden müsse. Es ist sogar vorgekommen, daß kommunistische Streiks bei Notstandsarbeiten, für die der Zeitpunkt der Fertigstellung völlig gleichgültig ist, entfesselt wurden, ohne daß man den Streikenden eine auch nur halbwegs genügende Unterstützung hätte bieten können. Die Finanzen der Verbände und die Energien der Mitglieder werden durch diese Kämpfe schnell verschwendet — ehe die Verbände auch nur den Grundstock einer festen Gewerkschaftsorganisation gebildet haben.

Auch die Bildung von *Oppositionsgruppen* innerhalb der Gewerkschaften macht kaum Fortschritte — nicht zuletzt wegen des geringen Kredits, den die kommunistischen Gewerkschafts-Funktionäre in der Arbeiterschaft besitzen. Die Gewerkschaften haben zur Abwehr der kommunistischen Propaganda die Regelung getroffen, daß jedes sich für die revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) betätigende Mitglied aus dem Verbandsauschluß ist. Das Risiko, sämtliche Unterstützungsansprüche zu verlieren, wird in vielen Fällen schwer genug wiegen, um Sympathiekundgebungen für die kommunistische Gewerkschaftsarbeit zu unterdrücken. Die Zahl der Ausschlüsse aus den freien Gewerkschaften wird leider nicht von allen Verbänden publiziert. Soweit sich ein Einblick gewinnen läßt, scheinen solche Ausschlüsse nicht sehr zahlreich zu sein. Die Taktik der Kommunisten gegenüber den Gewerkschaften wird auch in der Arbeiterschaft selbst wenig gebilligt. In den freien Gewerkschaften arbeiten nicht wenige kommunistische Parteimitglieder als Betriebsräte oder auch als Funktionäre, die ihren rein gewerkschaftlichen Aufgaben durchaus gerecht werden, ohne sich für die Gewerkschaftspolitik ihrer Partei einzusetzen.

Die Gewerkschaften wollen jedoch nicht nur durch ihre organisatorischen und wirtschaftlichen Leistungen die Arbeiterschaft für sich gewinnen. Wenn sie auch allen Arbeitern ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit offen stehen, so beanspruchen sie doch, in der Gegenwart mehr denn je, auch die *politische Führung* der Mitgliedschaft. Zum ersten Male seit ihrem Bestehen haben die freien Gewerkschaften bei den Septemberwahlen 1930 ihre Mitglieder aufgefordert, für die sozialdemokratische Partei zu stimmen, und 1 Mill. RM für die Wahlpropaganda zur Verfügung gestellt. Seitdem haben sie immer wieder die Politik der Partei vor ihren Mitgliedern vertreten, sie verständlich gemacht und verteidigt.

Die viel beachtete sozialstatistische Analyse des Wahlergebnisses von Dr. *Hans Neisser*<sup>2)</sup> hat ergeben, daß ein erheblicher Teil der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter dennoch kommunistisch gewählt hat. Wenn die vom Bundesvorstand des ADGB mit großer Eindringlichkeit verkündeten Parolen von den Mit-

gliedern vielfach nicht befolgt wurden, so darf dafür nicht allein die zuweilen sicherlich wenig populäre Politik der sozialdemokratischen Partei verantwortlich gemacht werden. In der Tat ist auch — trotz der großen positiven Leistungen der Verbände — ihr innerer Zusammenhalt geschwächt worden. Ihre Erklärung findet diese Erscheinung vorwiegend in der Arbeitslosigkeit. Zahlreiche Mitglieder werden in den Kartotheken der Verbände noch verzeichnet, haben aber seit vielen Monaten oder auch Jahren jede Verbindung mit der Gewerkschaft verloren. Die gewerkschaftlichen Unterstützungen können nur über eine kurzfristige Arbeitslosigkeit hinüberhelfen; schon wenige Monate nach Eintritt der Erwerbslosigkeit müssen die arbeitslosen Mitglieder „ausgesteuert“ werden. Wenn alle Ansprüche erfüllt sind, fällt für den Erwerbslosen das materielle Interesse an der Zugehörigkeit zum Verbandsauschluß fort — und nur, wo starke innere Bindungen der Mitglieder zur Gewerkschaft bestehen, nehmen diese auch weiter noch am Verbandsleben teil.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß solche Fälle sehr zahlreich sind. Nach den Berichten aus den sozialen Ämtern zu urteilen, hat sich ein großer Teil der langfristig Arbeitslosen damit abgefunden, seine Existenz als eine dauernde zu betrachten. Der Erwerbslose wird dem Arbeitsleben entfremdet und verliert damit vielfach das Interesse an der Gewerkschaft; seine Interessen konzentrieren sich auf das Wohlfahrtsamt, nicht auf den Betrieb. Es bildet sich allmählich eine besondere Arbeitslosen-Mentalität, die aus stumper Resignation und einer gewissen Animosität gegen die im Betrieb stehenden Arbeiter gemischt ist<sup>3)</sup>. Besonders in den Großstädten — weniger in der Kleinstadt und auf dem flachen Lande — hat sich ein Gegensatz zwischen Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gebildet, der die gewerkschaftlichen Veranstaltungen beeinträchtigt.

Einige Gewerkschaftsverbände haben durch die Bewilligung besonderer Weihnachtsgratifikationen für die langfristig Erwerbslosen der wachsenden Interesselosigkeit zu steuern gesucht. Andere Verbände tragen dafür Sorge, daß die Erwerbslosen wenigstens in den Besitz der Verbandszeitung gelangen. Vielfach wird eine Verstärkung der Bildungsarbeit unter den Erwerbslosen gefordert. Für die jüngeren Arbeitslosen können sich die Probleme vielleicht auf diese Weise lösen lassen. Für die älteren Mitglieder bleibt hingegen nur die Hoffnung, daß sich die Konjunkturlage bald bessert und den Arbeitsmarkt entlastet; davon dürfen auch die Gewerkschaften eine Wiedergewinnung ihrer inneren Geschlossenheit erwarten.

<sup>2)</sup> „Die Arbeit“, 1930, Nr. 10.

<sup>3)</sup> Günzburg, Dr. L.: *Im Schatten der Arbeitslosigkeit*. „Frankfurter Zeitung“, Nr. 311 und 314, vom 28. und 29. April 1931. — Achinger, Dr. H.: *Jugendliche Arbeitslose*. „Frankfurter Zeitung“, Nr. 505, vom 10. Juli 1931.

# Ladislaus v. Bortkiewicz

Von Dr. Eugen Altschul

Am 15. Juli ist Ladislaus v. Bortkiewicz, einer der hervorragendsten deutschen Nationalökonomien, der das Verdienst hat, die Wirtschaftstheorie in den Jahrzehnten ihrer verhängnisvollen Vernachlässigung besonders gepflegt und gefördert zu haben, und — als Interpret der Wahrscheinlichkeitstheorie — ein Mathematiker von internationalem Ruf war, mitten aus einer ungewöhnlich vielseitigen, fruchtbaren und bis in die letzte Zeit hinein in neue Gebiete vordringenden Forscherarbeit kurz vor Vollendung seines 63. Lebensjahres der Wissenschaft entrissen worden.

Seine schöpferische Tätigkeit auf so divergenten Gebieten wie Wirtschaftstheorie und Mathematik, sein enzyklopädisches Wissen, seine erstaunliche Belesenheit auch auf entlegenen Gebieten, sein klares und sicheres Urteil, seine Fähigkeit, minutiöse Kleinarbeit mit tiefeschürfender und umfassender Analyse zu vereinigen, hat ihm eine ganz einzigartige Autorität in der internationalen Wissenschaft verliehen.

Die Eigenart seines Denkens und Schreibens machte es aber — ganz abgesehen von seiner Vorliebe für eine mathematische Betrachtungsweise — erklärlich, daß er breiteren Leserschichten unbekannt und unzugänglich geblieben ist. Außerordentlich kritisch veranlagt, hat er sein Leben lang scharfe Polemik geliebt. Bereits mit 21 Jahren setzte er sich (in der *Revue D'Économie Politique* 1890) mit keinem Geringeren als Léon Walras auseinander. Wie treffsicher schon damals sein Urteil war, ergibt sich daraus, daß Walras, der um drei Jahrzehnte ältere Forscher und das anerkannte Haupt der Lausanner Schule, mit ihm, dem Anfänger, in einen langjährigen Briefwechsel eintritt, der die schwierigsten Probleme der mathematischen Ökonomik umfaßt. Indessen nicht die Polemik als solche lockte Bortkiewicz — zeugt doch jede seiner Zeilen von dem großen Verantwortungsgefühl des wahren Forschers —, vielmehr wählte er nur deshalb die polemische Auseinandersetzung, weil sie ihm am ehesten geeignet erschien, die letzten logischen Zusammenhänge zu klären. Zu vielgestaltig sind die Probleme, die er behandelt hat, um sie hier auch nur kurz charakterisieren zu können.

Ein Schüler von Wilhelm Lexis, dem Mitschöpfer der neueren mathematischen Statistik, wendet sich Bortkiewicz zunächst wahrscheinlichkeitstheoretischen Studien zu, die ihren Niederschlag in grundlegenden Untersuchungen finden. Trotz der Verschiedenheit der mathematischen Einstellung wird er von G. F. Knapp, mit dem er ebenso wie mit Lexis dauernd eng befreundet bleibt, gefördert und habilitiert sich 1895 in Straßburg. In diese Zeit fallen die Veröffentlichung der später so berühmt gewordenen Schrift „Das Gesetz der kleinen Zahlen“, Leipzig 1898, und seine (in den Jahren 1894/96 in Conrads Jahrbüchern erschienenen) bahnbrechenden Abhandlungen zur theoretischen Statistik. Erst Bortkiewicz ist es, die von Lexis eingeschlagene Bahn weiter ver-

folgend, gelungen, durch eine scharfsinnige mathematische und erkenntnistheoretische Analyse der Poissonschen Verallgemeinerung des Bernoullischen Theorems eine strenge logische Basis für die sinn-gemäße Anwendung der Wahrscheinlichkeitsrechnung auf die Statistik zu schaffen. Einen vorläufigen Abschluß finden diese Arbeiten in der Abhandlung über „Die Anwendung der Wahrscheinlichkeitsrechnung auf Statistik“ in der „Enzyklopädie der mathematischen Wissenschaften“ (1900).

Nach vorübergehender Lehrtätigkeit in seiner Vaterstadt Petersburg wird Bortkiewicz 1901 nach Deutschland zurückberufen, und zwar an die Universität Berlin, an der er drei Jahrzehnte gewirkt hat, seit 1920 als ordentlicher Professor für Nationalökonomie und Statistik.

Kennzeichnend für seine Stellung in der Wirtschaftstheorie ist die Abhandlung über Böhmer-Bawerk mit dem für Bortkiewicz so charakteristischen Titel: „Der Kardinalfehler der Böhmer-Bawerkschen Zins-theorie“ (*Schmollers Jahrbuch* 1906) und die auch heute noch viel diskutierte Untersuchung „Wert- und Preisrechnung im Marxschen System“ (*Archiv für Sozialwissenschaft* 1906/07). Erst anderthalb Jahrzehnte später hat er in der Festschrift für Knud Wicksell — „Objektivismus und Subjektivismus in der Werttheorie“ — eine systematische Darstellung seiner auf eine Synthese beider Richtungen hinzielenden werttheoretischen Untersuchungen versucht. Eine wichtige Abhandlung über die Geldtheorie von Knapp und zahlreiche geldtheoretische, bevölkerungsstatistische, wahrscheinlichkeitstheoretische und versicherungsmathematische Aufsätze sind in den verschiedensten in- und ausländischen Fachzeitschriften erschienen.

Wie ein roter Faden geht aber durch seine ganze literarische Tätigkeit die Behandlung von wahrscheinlichkeitstheoretischen Problemen und der mathematischen Statistik in ihren verschiedenen Anwendungen. Selbst deren Anwendung auf die Physik hat er eine besondere Monographie („Die radioaktive Strahlung als Gegenstand wahrscheinlichkeitstheoretischer Untersuchungen“, Berlin 1913) gewidmet, eine mathematisch-methodologische Untersuchung, die in Kreisen der Physiker großes Ansehen genießt. Seinen Veröffentlichungen auf dem Gebiet der mathematischen Statistik schließt sich eine programmatische Arbeit über Zweck und Struktur einer Preisindexzahl (leider in der schwer zugänglichen schwedischen Zeitschrift „Nordisk Statistisk Tidskrift“ 1923/24 erschienen) und eine einkommensstatistische Untersuchung an, vorgelegt dem Kongreß des „Internationalen Statistischen Instituts“ in Tokio (1930), in der, wie meist bei Bortkiewicz, die mathematische Analyse der Frage zu einem vorläufigen Abschluß gebracht wird.

Bortkiewicz war offensichtlich mehr analytisch als synthetisch veranlagt. Daraus erklärt sich, daß er

kein System geschaffen hat. Zu allen entscheidenden Fragen der Wirtschaftstheorie hat er aber kritisch Stellung genommen und durch Aufdeckung der Problematik die Forschung wesentlich gefördert. Noch viele Jahre werden vergehen, ehe die Ideen von Bortkiewicz in ihrer vollen Tragweite erkannt und in die Wirtschaftstheorie systematisch eingebaut sein werden.

Unendlich viele Mühe und Sorgfalt hat Bortkiewicz auf die Durcharbeitung und ständige Ergänzung seiner Vorlesungen verwandt. Die eigentliche pädagogische Wirksamkeit lag ihm aber nicht. Er sah keine Möglichkeit, seine fein differenzierten Gedankengänge in adäquater Weise einem größeren Kreise zugänglich zu machen. Um so nachhaltiger war sein Einfluß auf einzelne ihm nahestehende Gelehrte. So scharfkantig er in der Literatur sein konnte, so ungewöhnlich liebevoll war er in seinem Berliner Heim, das Jahrzehnte hindurch ein Sammelpunkt der bedeutendsten Forscher aus allen Ländern war. Die internationale Wissenschaft trauert um einen Mann von ungewöhnlichen Qualitäten.

## Glossen

### Das Ergebnis von London

Nach dem Verlauf, den die Pariser Verhandlungen genommen hatten, und den täglichen Meldungen über die Londoner Besprechungen, kann das Ergebnis der Londoner Konferenz nicht überraschen. Die politische Atmosphäre ist etwas bereinigt worden, und das stellt zweifellos einen Erfolg dar, aber *ein unmittelbares, praktisch greifbares wirtschaftliches Resultat hat die Konferenz nicht gebracht*. Die Situation bleibt zunächst unverändert. Die leichte Entspannung zwischen Paris und Berlin, die zweifellos eingetreten ist, und die zwischen allen Beteiligten ausgetauschten Beteuerungen des guten Willens fallen wirtschaftlich nicht ins Gewicht, weil sie nicht begleitet waren von der Rückkehr des allgemeinen Vertrauens zu der wirtschaftlichen Widerstandskraft Deutschlands. Große Hoffnungen hatte man allerdings auf die Londoner Siebenmächte-Konferenz nicht gesetzt. Im günstigsten Fall erwartete man einen kurzfristigen Überbrückungskredit für die Reichsbank; an eine langfristige Anleihe hat man nicht gedacht. Zugebilligt wurde Deutschland nur, was selbstverständlich war: die Verlängerung des 100 Millionen \$-Kredits der Notenbanken um drei Monate. Darüber hinaus wurde der Beschluß gefaßt, zu untersuchen, wie die fremden Notenbanken auf die privaten Kreditinstitute ihrer Länder einwirken können, damit diese mit den kurzfristigen, nach Deutschland gegebenen Krediten für einige Monate stillhalten. Wie die Notenbanken in den einzelnen Ländern die privaten Kreditinstitute zum Stillhalten veranlassen wollen, ist noch nicht bekannt. Namentlich ist nicht ersichtlich, wie man etwa Holland oder die Schweiz zum Anschluß an die Stillhalteaktion bewegen will. Daß man sich in London auch etwas eingehender mit der von der deutschen Industrie im Rahmen der Golddiskontbank-Aktion übernommenen Garantie befaßt hat, ist erfreulich, doch glauben wir nicht, daß diese Aktion in absehbarer Zeit die Grundlage für eine größere Kreditgewährung abgeben kann. Ebenso wenig dürften die zur Beobachtung der deutschen Wirtschaftslage berufenen Sachverständigen und die anderen in Aussicht genommenen Kommissionen in der Lage sein, rasche Hilfsmaßnahmen zugunsten Deutschlands herbeizuführen. Zunächst heißt es also für Deutschland: Hilf dir selbst. Es war ein schwerer Fehler, so lange auf die Hilfe des Auslands zu hoffen, es wäre verhängnisvoll, wenn man nicht aus dem Ergebnis von London rasch die Konsequenzen ziehen würde.

### Notverordnungen zum Schutz der Reichsmark

Der Ansturm auf die Reichsbank geht in Zeiten der Krise in doppelter Form vor sich: Erstens ist es ein Sturm auf bares Geld, Reichsbanknoten und Giro Guthaben, zweitens ein Sturm auf Devisen. Den Anforderungen der ersten Art kann die Bank durch Kreditrestriktion begegnen; denn praktisch ist nur durch Aufnahme neuer Kredite Reichsbankgeld zu beschaffen (daß die Reichsbank mit dieser Restriktion nicht zu weit gehen sollte, wird im Leitartikel dieser Nummer dargelegt). Wie aber stellt sich die Reichsbank zu der *Devisen-Nachfrage*? Nach wie vor werden an ihren Schaltern Noten gegen Schecks in ausländischer Währung eingelöst. Trotzdem hat die Bank den freien Devisenverkehr stark beschnitten. Der börsenmäßige *Devisen-Terminhandel* ist verboten worden; der Umfang, in dem Wechselstuben und Banken einen *Sortenhandel* („Geldwechsel“) vornehmen dürfen, wurde stark beengt (maximale Tauschsumme einer Person je Woche nur 100 RM), *Reisen ins Ausland* werden durch eine Gebühr von 100 RM weitgehend verhindert, die Befugnis zum *kommis-sionsweisen* An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln wurde auf Kreditinstitute, die Reichsbank-Girokonten besitzen, beschränkt. Noch wichtiger als diese Bestimmungen, durch die man die Nachfrage nach Devisen einzudämmen versucht, ist die Regelung, die zur Erfassung der im In- und Ausland vorhandenen *Devisenvorräte* getroffen wurde. Wir denken dabei nicht nur an den wirtschaftlichen Druck, der durch die Restriktionsmaßnahmen auf alle Besitzer von Devisen, die einen dringenden Reichsmark-Bedarf haben, ausgeübt wird, sondern vor allem an die Verordnung des Reichspräsidenten „gegen die Kapital- und Steuerflucht“ vom 18. Juli. Durch diese Verordnung werden alle Inländer, die Forderungen in ausländischer Währung oder ausländische Zahlungsmittel besitzen, verpflichtet, diese Werte bei der Reichsbank anzumelden und ihr auf Verlangen zu verkaufen. Befreit ist von dieser Abgabepflicht nur derjenige, der zu beweisen vermag, daß er die Devisen zu volkswirtschaftlich gerechtfertigten Zwecken braucht. Die Entscheidung darüber, welcher Zweck als volkswirtschaftlich gerechtfertigt anzuerkennen ist, liegt bei der Reichsbank. Von dem Recht, die angemeldeten Devisen einzufordern, hat die Reichsbank bisher dadurch Gebrauch gemacht, daß sie alle Personen und Firmen, die mehr als 20 000 RM Devisen besitzen, zur Ablieferung ihrer



Bestände zwingt. Durch diese Verordnung werden langfristige Forderungen (mit einer Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten) nicht erfaßt; dasselbe gilt von ausländischen Wertpapieren, es sei denn, daß sie erst nach dem 12. Juli 1931 gegen ausländische Zahlungsmittel erworben worden sind. Die wichtigsten Formen der Kapitalflucht werden also nicht erfaßt — anscheinend deshalb, weil die Reichsbank sich nicht zutrauen kann, hinreichend sicher einen Unterschied zwischen berechtigten Auslandsbeteiligungen und unberechtigten Kapitalfluchtgeldern zu machen. Ein — im einzelnen abgegrenzter — Teil der Auslandsbeteiligungen muß zwar ebenfalls bei den Finanzämtern gemeldet werden; ein Zwang zur Abstoßung derartiger Vermögensstücke besteht hingegen nicht. So unsicher wie die Erfolge, die sich in Hinsicht auf den Steuerertrag und auf die Devisenkurse durch diese Maßnahmen erzielen lassen, sind auch die Wirkungen, die mit der weitgehenden *Steueramnestie* des Reichs verbunden sein können: Steuerpflichtiges Vermögen und Einkommen, das bisher den Finanzämtern nicht gemeldet war, bleibt nach § 8 der betreffenden Verordnung von der Steuerlast frei, wenn es bis zum 31. Juli angezeigt wird, und die Strafen, die mit der bisherigen Nichtanmeldung verknüpft sind, sollen in Fortfall kommen. Vom Standpunkt der Steuermoral ist eine solche Amnestie in höchstem Grade verwerflich; sie gibt nachträglich jedem Schwindler recht, der sein Vermögen bisher dem Zugriff des Staates entzog. Aber gegenwärtig, da die prompte Erfassung derartiger Summen für die Reichsfinanzen von großer Bedeutung ist, muß man selbst eine solche Verordnung als ein Mittel zur Hilfe aus der Not anerkennen.

---

### Neues Geld

---

Der Zahlungsmittelknappheit, so hat man in der vorigen Woche beschlossen, ist in erster Linie durch vermehrte Ausgabe von Reichsbanknoten zu begegnen. Zwei Gefahren können mit diesem Weg verbunden sein: die Gefahr einer Preissteigerung, wenn die zusätzlich geschaffene Kaufkraft wirksam wird, und die Gefahr eines Mißtrauens in die Währung, wenn die Deckung der Reichsbanknoten allzu stark die bisherige Normalhöhe von 40 % unterschreitet. Beide Gefahren werden u. E. von der Reichsbank überschätzt: Intensiv bemüht sich die Reichsbank, den Geldumlauf klein zu halten, und ebenso sehr ist sie bestrebt, jene Geldsummen, die trotzdem in den Verkehr gelangen, in einer solchen Form auszugeben, daß die Notendeckung davon nicht berührt wird. Da man auf den Weg, Rentenbankscheine auszugeben, verzichtet hat, bleibt nur die Möglichkeit, in größerem Umfang *Münzen* in den Verkehr zu bringen. Eine Notverordnung vom 18. Juli hat deshalb die Reichsregierung ermächtigt, den Münzumlauf in Deutschland von 20 auf 30 RM je Einwohner zu erhöhen. An die Stelle des bisherigen Kontingents von 1,29 Milliarden RM tritt also eine Höchstgrenze von 1,94 Milliarden. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob dieses Kontingent voll ausgenutzt werden kann. Mitte Juni besaß die Reichsbank noch etwa 200 Mill. RM Scheidemünzen, die ihr der Verkehr nicht abverlangte; bis Mitte Juli konnte sie zwar rund 120 Mill. RM dieser Summe in den Verkehr bringen, aber dies geschah auf einem etwas

gewaltsamen Wege: Sie ließ in erheblichem Umfang *Beamtengehälter* in Silbergeld auszahlen. Ohne Zwangsmaßnahmen wird es sicherlich nicht gelingen, einen nennenswerten Teil der jetzt noch zur Verfügung stehenden über 700 Mill. RM Münzen in den Verkehr zu pressen. Wir hoffen, daß die Reichsbank von einem Versuch dieser Art absehen wird; denn sie könnte damit dem Vertrauen zum Papiergeld mehr schaden als durch eine entsprechende Unterschreitung der Notendeckung. — Noch eine andere Geldart ist neuerdings verbreitet: *Bestätigte Schecks*. Nach Artikel 5 der „Dritten Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen“ (vom 18. Juli 1931) können nämlich Schecks, die vor dem 1. August dieses Jahres ausgestellt sind, von der bezogenen Bank mit einem *Bestätigungsvermerk* versehen werden. Ein solches Akzept verpflichtet den Bezogenen gegenüber Aussteller, Indossanten und Inhaber zur Einlösung des Schecks. Durch diese Erlaubnis soll die Umlauffähigkeit des Schecks gesteigert werden. Die Absicht geht in diesem Fall allerdings weniger dahin, *Reichsbanknoten* durch Schecks zu ersetzen, als vielmehr dahin, einen Ersatz für den mangelhaften *Überweisungsverkehr* und die geringen Auszahlungen der Banken zu schaffen. Da die kurze Vorlegungsfrist des Scheckgesetzes (zehn Tage) auch für den bestätigten Scheck gilt, und da die Einlösung eines solchen Schecks nur durch eine Person erfolgen kann, die bei der bezogenen Bank ein Konto hat und nicht selbst ein Kreditinstitut ist, wird indes auch diese Geldart kaum eine große Bedeutung gewinnen.

---

### Das Regieren mit dem Artikel 48

---

Der Reichstag, der sich zur Zeit in Ferien befindet und vorläufig auch nicht einberufen wird, ist aus der gegenwärtigen Regierungstätigkeit praktisch vollkommen ausgeschaltet worden. Regiert wird ausschließlich mit Notverordnungen, die sämtlich auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen werden. So wenig demokratisch eine derartige Regierungsmethode auch ist, so unvermeidlich ist sie doch unter den obwaltenden Umständen. Neuerdings ist sie sogar weit erträglicher als noch vor wenigen Wochen. Die großen Notverordnungen vom Juni und Dezember 1930 sowie vom 7. Juni 1931 enthielten noch eine Unzahl von Kapiteln, Abschnitten und Paragraphen, die sich mit weit abliegenden Problemen beschäftigten, und mit Recht konnte damals die Frage aufgeworfen werden, ob manche der dort vorgesehenen Regelungen in einer Notverordnung (zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) ihren richtigen Platz gefunden habe. Anders steht es mit den zahlreichen Verordnungen, die anläßlich der neuen Krise erlassen worden sind. Sieht man von einigen minder wichtigen Fällen ab — so insbesondere von der verschärften Buchführungspflicht, die durch § 9 der Devisen-Verordnung vom 18. Juli begründet wird —, so sind bisher kaum Übergriffe auf Gebiete, die nicht dringend einer Notregelung bedürfen, festzustellen. An Anregungen zu Übergriffen dieser Art hat es freilich nicht gefehlt. Offenbar mit vollem Ernst ist vorgeschlagen worden, das Problem der *Reichsreform* auf diesem Wege zu lösen; auch eine Änderung des Systems der *Lohn- und Tarife*, ja sogar die Reform des *Aktienrechts* nach

dem Entwurf des Reichsjustizministeriums (vgl. MdW, Jahrg. 1930, Nr. 35) sollte durch Notverordnung erfolgen. Es bedarf keines Beweises, daß derartige Pläne zu verwerfen sind. In so unsicheren Zeiten wie den gegenwärtigen tun Gesetzgeber und Verwaltung gut daran, sich auf eine möglichst einwandfreie Lösung der dringendsten Aufgaben zu beschränken und nicht Gesetztexte herauszugeben, die in der öffentlichen Diskussion nur unzureichend bearbeitet worden sind. Dies gilt insbesondere für die Aktienrechts-Reform, zu deren Gestaltung die Ereignisse der letzten Wochen manchen positiven Beitrag bringen können; einige Probleme — wie z. B. das der nennwertlosen Aktie — sind von neuem aufgetaucht, andere — wie die Frage der Vorzugsaktien — haben ein neues Gesicht bekommen. In dieser Lage wäre es unverantwortlich, wollte man den Entwurf plötzlich zum Gesetz erheben und dadurch den Weg zu einer *sinnvollen* Reform verbauen.

#### Das Bankhaus J. F. Schröder schließt die Schalter

Die J. F. Schröder Bank KGaA in Bremen und Hamburg, hat bald nach der Danat-Bank ihre Schalter schließen müssen. Die Schwierigkeiten des Instituts waren seit längerer Zeit bekannt, und wie bei der Danat-Bank fürchtete man seit Wochen die Insolvenzerklärung. Die J. F. Schröder Bank, deren leitender Kopf Johann Friedrich Schröder ist, gehört zu den beweglichsten und unternehmungslustigsten Privatbanken Deutschlands. Sie arbeitet mit 30 Mill. RM eigenen Mitteln und annähernd 200 Mill. RM fremden Geldern. Schröder sitzt in etwa 50 Aufsichtsräten und übt bei den meisten Gesellschaften, deren Verwaltung er angehört, erheblichen Einfluß aus. Er ist ein Mann von konstruktiven Ideen und nicht nur der Aktienaufkäufer und Pakethändler, als den ihn jetzt manche Kritiker darzustellen suchen. Am bekanntesten sind Schröders Versuche, die Verhältnisse in der *Wertindustrie*, die an einer starken Übersetzung litt, zu bereinigen. Sein Mißerfolg bei diesen Transaktionen hat der Bank erhebliche Verluste gebracht. Auch seine großen Engagements in Schiffsaktien scheinen ihn infolge der stark gesunkenen Kurse sehr geschwächt zu haben. Freilich hat Schröder gerade im Reedereigewerbe mit einer beispiellosen Zähigkeit sein Ziel verfolgt. Er hat das Gewicht Bremens gegenüber Hamburg gewaltig verstärkt und nach erbittertem Kampf mit der Hamburg Süd-Verwaltung dieses große Schiffsverkehrsunternehmen in die Kombination Hapag-Lloyd einbezogen. In Hamburg wurde Schröder lange Zeit geradezu als eine feindliche Macht betrachtet. Bei seinen großen Transaktionen hat sich Schröder oft weit über seine Kräfte engagiert und in zu großem Umfange seine Unternehmungen mit kurzfristigen Auslandsmitteln finanziert. Neben den Wertbeteiligungen hat die Schröder Bank offenbar besonders viel Geld durch ihre Engagements bei Hansa-Lloyd, bei Deutsche Linoleum und bei Hamburg Süd verloren. Auch die großen Bestände an Norddeutschen Lloyd-Aktien, die Schröder aufgehäuft hatte, erfordern wohl große Abschreibungen. Ebenso sind anscheinend bei Karstadt Kredite eingefroren, und schließlich kam der Fall Nordwolle hinzu. Ob die Bestrebungen zur Stützung von Schröder Erfolg haben werden, läßt sich noch nicht übersehen, da erhebliche Barmittel zur Weiterführung des Geschäfts erforderlich wären.

#### Zahlungsstockung bei der Landesbank der Rheinprovinz

Schon bevor die Krise bei der Danatbank ausbrach, wurde gelegentlich behauptet, ein großes öffentliches Finanzinstitut leiste seine Zahlungen nur sehr zögernd; hinter den Kulissen wurde bereits der Name der *Landesbank der Rheinprovinz* genannt. Diese Schwierigkeiten, um deren Beilegung u. a. die Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank in Berlin bemüht worden war, sind inzwischen ernster geworden; nachdem der Generaldirektor Bernegau beurlaubt und durch Staatsfinanzrat Weltzin von der Girozentrale ersetzt worden ist, haben sie einen offiziellen Ausdruck in den Bemühungen um eine *Stützungsaktion* gefunden. Diese Hilfe wird nach zwei Richtungen hin betrieben. Erstens sollen die mit der Landesbank der Rheinprovinz in Geschäftsbeziehungen stehenden rheinischen Städte dem Institut neue Unterlagen für eine Kreditbeschaffung — offenbar auf dem Lombardwege — zur Verfügung stellen; diese Städte, zu denen auch Düsseldorf gehört, geben aus ihrem Portefeuille Effekten (u. a. Aktien der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG), anscheinend leihweise zur Verfügung der Landesbank, die darauf Kredite aufnehmen soll. Zweitens beabsichtigt die Rheinprovinz, eine neue Provinzanleihe zu emittieren, die — ebenfalls als Kreditunterlage — der Landesbank ausgehändigt werden soll. Diese bemerkenswerten Maßnahmen genügen aber nicht, um die Landesbank wieder liquide zu machen; man rechnet vielmehr mit der Notwendigkeit eines Stillhaltens der Gläubiger, wofür diese aus den erwähnten neuen Anleihe- und Effektedepots Sicherheitsunterlagen erhalten könnten. Die jetzt eingetretene Illiquidität der Landesbank hat zur Folge, daß die rheinischen Sparkassen, die unter ihrer finanziellen Obhut stehen, ihre liquiden Mittel nicht mehr der Landesbank, sondern einer anderen Stelle zur Verfügung stellen, um auf diese Mittel jederzeit bei Bedarf zurückgreifen zu können. Auch ist geplant, eine neue Girozentrale für die Rheinprovinz ins Leben zu rufen. An dem Kapital von 20 Mill. RM der Landesbank der Rheinprovinz, das Ende 1930 bestanden hatte — inzwischen ist eine Erhöhung auf 40 Mill. RM beschlossen worden —, sind zu gleichen Teilen die Rheinprovinz und die rheinischen Sparkassen beteiligt. Die Landesbank zeigte in ihrer letzten Bilanz 582,2 Mill. RM hinausgegebene langfristige Darlehen und 98 Mill. RM diverse Debitoren, davon 69,2 Mill. RM Außenstände bei Kommunen; sie hatte ferner 107,3 Mill. RM in Wechseln und 37,9 Mill. RM in Wertpapieren angelegt; an Kassa und Bankguthaben waren damals 62,7 Mill. RM vorhanden. Außer dem verhältnismäßig nicht bedeutenden Aktienkapital waren die Mittel für die Landesbank der Rheinprovinz aufgebracht durch 486,6 Mill. RM ausgegebene Obligationen und aufgenommene langfristige Darlehen; daneben bestanden 373 Mill. RM Kreditoren. Allein im Jahre 1930 wurden 40 Mill. RM 8%ige und 23,5 Mill. RM 7%ige Pfandbriefe und Kommunal-Obligationen emittiert; ferner wurden 8,2 Mill. RM zurückgeflossene Stücke wieder verkauft; daneben waren in dem letzten Jahre 18,5 Mill. RM fremde Kreditgelder mit Rückzahlungsfristen von vier, fünf und zehn Jahren herangezogen worden. Es sind aber etwa 90 Mill. RM neue Gelder in diesem einen Jahr aufgenommen worden; dazu trat im Jahre 1931

die Kapitalsverdoppelung auf 40 Mill. RM. Das alles hat die Landesbank der Rheinprovinz nicht vor der Illiquidität bewahrt. Dieser Fall zeigt, daß die Schwierigkeiten der Gegenwart die öffentliche Finanzwirtschaft ebensowenig unberührt lassen wie die private. Bei der Landesbank der Rheinprovinz wird nur ein opferwilliges Zusammenarbeiten aller beteiligten Kreise die entstandenen Schwierigkeiten lösen können.

### Nordwolle in Konkurs

Der Zusammenbruch der Norddeutschen Wollkämmererei und Kammgarnspinnerei hat sich nicht mehr aufhalten lassen. Am vergangenen Dienstag mußte auf gemeinsamen Antrag der stellvertretenden Vorstandsmitglieder und eines ausländischen Gläubigers der Konkurs über das zahlungsunfähige Unternehmen verhängt werden. Gewiß hat auch die Zuspitzung der allgemeinen Kreditkrise dazu beigetragen, daß die Bemühungen um eine schonendere Sanierung illusorisch wurden; aber es spricht doch vieles für die Annahme, daß die entscheidenden Gründe in der *inneren Situation* des Konzerns zu suchen sind. Falls Mißwirtschaft und Unredlichkeit zum Zusammenbruch eines Schuldners führen, besteht meist wenig Neigung zu Entgegenkommen bei Gläubigern, die sich (mit oder ohne Recht) betrogen fühlen, kein besonderes Interesse am Fortbestand des Unternehmens haben und zugleich in der Lage sind, das erhöhte Risiko eines Konkurses zu tragen. In solcher Lage befand sich mindestens ein erheblicher Teil der ausländischen Banken, auf die — direkt und indirekt — ein bedeutender Teil der Schulden von Nordwolle entfällt. Auch ohne die Kreditkrise hätte man wohl manche Bank kaum zum freiwilligen Verzicht auf einen erheblichen Teil ihrer Forderungen bewegen können; denn die *Empörung* über den Vorfall fiel schwerer ins Gewicht als die Rücksicht auf die freien Aktionäre, die Angestellten und die Arbeiter, die alle ebenso unschuldige Opfer sind wie die Gläubiger. Die deutschen Banken, die in die Bresche springen sollten, weil ihr Vertrauen zur Leitung der Nordwolle auch für die Ausländer von entscheidender Bedeutung war, sind dazu beim besten Willen gegenwärtig nicht mehr in der Lage, zumal inzwischen die Schwierigkeiten bei der Danat-Bank ausgebrochen sind, der Führerin des Konsortiums, für die übrigens gerade der Fall Nordwolle zu einer der wichtigsten Mißtrauensursachen geworden war. Selbst die von den deutschen Banken erbetene *Reichshilfe* hätte wohl kaum die Rettung bringen können, wenn man sich wirklich zu einer solchen problematischen Subvention entschlossen hätte, und die noch vor ein paar Wochen hilfsbereiten Bremer Kreise haben jetzt ebenfalls genug mit ihren eigenen Sorgen zu tun. So nahm das Verhängnis seinen Lauf. Durch den Konkurs ergeben sich Konsequenzen in doppelter Richtung: *rückwärts* und *vormwärts*. Für die Feststellung und Verfolgung der Verfehlungen, die zum Zusammenbruch geführt haben, sind nunmehr klare Voraussetzungen geschaffen, was sehr zu begrüßen ist. Dabei handelt es sich nicht etwa nur um die beiden Brüder Lahusen, die man nach einigem Zögern in Untersuchungshaft genommen hat und wohl auch zur Verantwortung gezogen hätte, wenn es *nicht* zum Konkurs gekommen wäre. Die Konkursverwaltung

wird vielmehr auch gezwungen sein, den *Aufsichtsrat* regreßpflichtig zu machen, was die Aktionäre und die Gläubiger bei einem Vergleich vielleicht unterlassen hätten. Es ist gut, daß ein derartiger Fall, an dessen Klärung die Öffentlichkeit wegen der großen Zahl freier Aktionäre ein Interesse hat, zum Ausstrag kommt — hoffentlich rasch und energisch. Für die Betriebe und die zahlreichen Interessenten an ihrer Fortexistenz ist allerdings der Konkurs eine schwere Bedrohung. An sich sind wohl die meisten Betriebe rentabel; denn sie gelten als vorbildlich organisiert, und die Kammgarnspinnerei liegt innerhalb der Textilindustrie gegenwärtig noch mit am besten. Aber es wird doch einer sehr geschickten und vorurteilsfreien Verhandlungsführung bedürfen, um die industriellen Werte aus dem Strudel zu retten.

### Der ungültige Aktienrückkauf bei Schubert & Salzer

Die soeben veröffentlichte Begründung, die das Landgericht Chemnitz seinem Urteil über die Ungültigkeit des Aktienrückkaufs der Schubert & Salzer Maschinenfabrik AG beifügt, stellt ein wichtiges Dokument in der Geschichte des deutschen Aktienrechts dar. Im Anschluß an den Wortlaut des § 226 Abs. 1 HGB („Die Aktiengesellschaft soll eigene Aktien im regelmäßigen Geschäftsbetriebe, sofern nicht eine Kommission zum Einkauf ausgeführt wird, weder erwerben noch zum Pfand nehmen“) beschäftigt sich das Gericht zunächst mit dem Begriff des „regelmäßigen Geschäftsbetriebs“. Es tritt dabei im wesentlichen der von Staub-Pinner vertretenen Auffassung bei, nach der entscheidend ist, „ob der nächste und eigentliche Zweck der ist, durch den Erwerb ein gewinnbringendes Geschäft zu machen“; außerhalb des regelmäßigen Geschäftsbetriebs liegen nach dieser Ansicht nur solche Handlungen, die lediglich zur Schadensabwendung dienen (Zwangsvollstreckung, Vergleich) oder überhaupt keine geschäftlichen Maßnahmen darstellen (z. B. Erbfall, Schenkung). Beide Fälle lagen jedoch bei Schubert & Salzer nicht vor. Hier handelte es sich vielmehr um ein gewinnbringendes Geschäft mit stark spekulativem Einschlag: Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden nicht für die Produktion, sondern zum Rückkauf eigener Aktien verwendet, und dies geschah in der Absicht, die Aktien im günstigen Augenblick wieder zu veräußern. Daß der oben zitierte § 226 HGB nur eine *Sollvorschrift* darstellt, ist nach Ansicht des Gerichts ohne größere Bedeutung; denn die Verletzung einer *Sollvorschrift* stelle ebenso wie die Verletzung einer *Mußvorschrift* einen Vorstoß gegen eine Gesetzesnorm dar. Der Beschluß der Generalversammlung (dessen Anfechtung der Inhalt des Rechtsstreits war), den Vorstand zum Ankauf weiterer 2¼ Mill. RM Aktien zu ermächtigen, sei *nichtig*. Denn damit werde dem Vorstand im Voraus die Zustimmung dazu erteilt, gegen eine gesetzliche Norm zu verstoßen; wegen einer solchen Übertretung könnten Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft sogar ersatzpflichtig gemacht werden. Keineswegs kann nach Ansicht des Gerichts die Nichtigkeit eines Beschlusses dieser Art dadurch beseitigt werden, daß eine *wirtschaftliche Notwendigkeit* zu einer solchen Maßnahme vorgelegen habe. „Was gesetzwidrig ist, kann dadurch nicht zulässig

werden, daß es wirtschaftlich nützlich und geboten erscheint." In der Tat war es notwendig, daß dieser Gedanke endlich einmal deutlich ausgesprochen wurde. Ganz abgesehen davon, daß u. E. in diesem Fall keine wirtschaftliche Notwendigkeit vorgelegen hat (vgl. Nr. 28, S. 1121), kann die Frage der rechtlichen Zulässigkeit nicht nach dem Kriterium des ökonomisch-Wünschenswerten entschieden werden. Solange § 226 gilt, ist ein Aktienrückkauf im regelmäßigen Geschäftsbetrieb unzulässig. Es ist nicht die Aufgabe der Rechtsprechung, sondern Pflicht des Gesetzgebers, den Inhalt des Gesetzes den wirtschaftlichen Notwendigkeiten anzupassen. Dabei darf die Tatsache allein, daß in den letzten Monaten immer mehr Gesellschaften eigene Aktien gekauft haben, nicht ohne weiteres als ein Beweis für das Bedürfnis nach einer Neuordnung aufgefaßt werden. Nur in wenigen der vielen Fälle leuchtete die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit des Aktienrückkaufs ein. Sollte sich der Gesetzgeber dennoch zu einer Sanktionierung der vielen Verstöße gegen den § 226 veranlaßt sehen, so müßten vor allem hinreichende Sicherungen zum Schutz der Kleinaktionäre und der Gläubiger getroffen werden. Der Versuch der Praxis, durch Verstoß gegen § 226 ohne Schutz der Aktionäre und Gläubiger ein neues Recht zu schaffen, muß an dem Widerstand der deutschen Rechtsprechung scheitern.

---

#### Prozeßsieg der AG für Verkehrswesen

---

Frisch im Gedächtnis sind noch die lebhaften Kämpfe, die sich im vorigen Jahr innerhalb der AG für Verkehrswesen abspielten. Damals waren Gerüchte über große Verluste bei einigen Tochtergesellschaften — vor allem bei der Industriebau Held & Francke AG — aufgetaucht, und anlässlich dieser Gerüchte, die später in einem erschreckend großen Umfang bestätigt wurden, entstanden Differenzen und Schwierigkeiten, bei denen wohl kaum jemand die Stellung der Fronten durchschauen konnte. Rechter Hand, linker Hand, alles war vertauscht. Nachdem aber die Bankenvertreter im Aufsichtsrat ihre Ämter einen Tag vor der entscheidenden Generalversammlung niedergelegt hatten, nachdem ferner Dr. Lübbert, der führende Mann unter den Direktoren, auf dieser Generalversammlung einen beachtlichen Teilsieg erringen konnte (der Aufsichtsrat wurde mit Persönlichkeiten ergänzt, die kaum zur Opposition gerechnet werden können), war die „Atmosphäre“ einigermaßen geklärt. Nur eine Kampfstellung blieb deutlich bestehen: der Gegensatz zum Ostwerke-Konzern. Dieser soll der AG für Verkehrswesen den maßgebenden Teil der Held & Francke-Aktien unter Vortäuschung einer nicht vorhandenen Rentabilität aufgedrängt haben — wenigstens stellte es Direktor Lübbert auf der Generalversammlung so dar. Eine Prüfung des Werts der Aktien durch die AG für Verkehrswesen sei damals unmöglich gewesen; man habe sich vielmehr auf den Bericht des Vertrauensrevisors der Verkäuferin, des Ostwerke-Konzerns, verlassen, und dieser Bericht enthielt Fehler von grundsätzlicher Bedeutung. Inzwischen ist ein Jahr verflossen. Die AG für Verkehrswesen hat sich aus dem verlustbringenden Baugeschäft mehr und mehr zurückgezogen; die Industriebau Held & Francke eröffnete den Konkurs; eine andere

Tochtergesellschaft, die Allgemeine Baugesellschaft Lenz & Co., setzte ihr Kapital von 11¼ auf 6 Mill. RM herab; die Beteiligung an der Firma Dyckerhoff & Widmann wurde abgestoßen. Die Versuche der AG für Verkehrswesen, für die am Held & Francke-Geschäft verlorenen Summen von den Vorbesitzern entschädigt zu werden, wurden jedoch fortgesetzt, und zwar mit einem gewissen Erfolg. Direktor Lübbert konnte auf der Generalversammlung dieses Jahres mitteilen, daß die Schlesische Portland-Cement-Industrie AG sowie Direktor von Bentivegni vom Landgericht I (in erster Instanz) verurteilt worden seien, 2,96 Mill. RM Aktien der AG für Verkehrswesen gegen Rückgabe der seinerzeit übernommenen Held & Francke-Aktien auszuliefern; außerdem müssen sie 500 000 RM Entschädigung für jene Verluste zahlen, die der AG für Verkehrswesen durch Minderung des Dividendenertrags und durch den Erwerb von Vorzugsaktien der Firma Held & Francke entstanden; denn dieser Erwerb war ebenfalls auf Grund der Bilanzunterlagen des Ostwerke-Konzerns zustande gekommen. Die Schlesische Portland-Cement-Industrie AG hat zwar gegen dieses Urteil Berufung eingelegt; dennoch bedeutet es einen vorläufigen Sieg der AG für Verkehrswesen.

---

#### Eine Fusion in der Krankenversicherung

---

Zwei der größten Firmen der deutschen Krankenversicherung, der Leipziger Verein für Krankenversicherung der Beamten und freien Berufe auf Gegenseitigkeit (Firmenname bis 1930: Leipziger Fürsorge Versicherungs-Anstalt für Beamte und freie Berufe VaG) und die Barmenia Versicherungsbank für Mittelstand und Beamte VaG in Barmen treten zu einer Einheitsgesellschaft zusammen, welche die Firma „Leipziger Verein—Barmenia Krankenversicherung für Beamte, freie Berufe und Mittelstand“ tragen wird. Der größere Partner bei dieser Fusion ist der Leipziger Verein; von den künftig in der Einheitsfirma versicherten 550 000 Personen entfallen auf die Barmenia etwa 190 000. Rechtlich vollzieht sich die Transaktion in der Form einer Übertragung des Versicherungsbestandes unter Ausschluß der gewöhnlichen Liquidation, wobei der Leipziger Verein (das ältere, 1905 gegründete Unternehmen) den Bestand der erst im Jahr 1922 errichteten Barmenia übernimmt. Die bei der Barmenia bisher bestehende Nachschußpflicht fällt fort. Einschließlich des Überschusses des Leipziger Vereins aus 1930 und zuzüglich des Ergebnisses des ersten Quartals 1931 wird die neue Firma zunächst etwa 5,3 Mill. RM Reserven usw. haben. Die bei der Barmenia besonders bestehende Barmenia *Lebensversicherungs-AG* überträgt ihren Versicherungsbestand gleichzeitig auf den Leipziger Verein für Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit und tritt dann in Liquidation; die neue Lebensversicherungsfirma, deren Versicherungsbestand zunächst 150 Mill. RM ist, erhält die Firma „Leipziger Verein—Barmenia Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit“. Bisher hatte der Leipziger Verein in der Krankenversicherung 16,9 Mill. RM, die Barmenia 13,3 Mill. RM Beitragseinnahmen. Die Schadensquote machte beim Leipziger Verein 74,9 %, bei der Barmenia 76,1 % der Beiträge aus. Wenn diese beiden großen Firmen der deutschen Krankenversicherung — die übrigens schon bisher miteinander

in enger Föhlung standen, ähnliche Arbeitsbereiche hatten und die Konkurrenz untereinander durch Übereinkommen zu mildern versucht hatten — sich jetzt vereinigen, so liegt zunächst auch bei diesem Rationalisierungsvorgang das Bedürfnis vor, die *Verwaltungskosten* herabzudrücken. Diese Kosten betragen beim Leipziger Verein im Jahre 1930 einschließlich Werbungs- und Schadensregulierungskosten 19,6 % der Einnahmen aus Beiträgen und Erträgen; die Gewinn- und Verlustrechnung gab die Verwaltungskosten auf 3,9 Mill. RM an. Bei der Barmenia beanspruchten Verwaltungs- und Werbekosten im Jahre 1930 etwa 3 Mill. RM; sie waren etwas gestiegen, während gleichzeitig die Beitragseinnahmen etwas zurückgegangen waren. Die Herabdrückung der Verwaltungskosten ist in der Krankenversicherung ein ernstes Problem. Aber auch andere Folgen der Wirtschaftskrise belasten diese Versicherungsart, so z. B. die große Arbeitslosigkeit, die es zahllosen Menschen unmöglich macht, die notwendige Sicherung für Krankheitsfälle finanziell aufzubringen. Außerdem liegt noch ein besonderer Grund vor, der eine Zusammenfassung der Krankenversicherungsfirnen zu stärkeren Einheiten zweckmäßig erscheinen läßt, nämlich die Entwicklung der Sozialversicherung mit den wiederholten Erhöhungen der Versicherungs-Pflichtgrenze und der Tendenz, auch die freien Berufe in die Sozialversicherung einzubeziehen. Dadurch droht der Kreis der für die Krankenversicherung in Betracht kommenden Personen immer enger zu werden, so daß eine Zusammenlegung der Versicherungsfirnen als durchaus zweckmäßig erscheint.

---

### Groß- oder Kleinsiedlung?

---

Herr Landrat *Kranold-Steinhaus* in Sprottau (N. S.), schreibt uns: „Von landwirtschaftlicher Seite

wird in dem Streit um Klein- und Großsiedlungen häufig gefordert, daß die Siedlungsstellen möglichst groß gemacht werden, d. h., daß ihnen möglichst eine Größe von 60—100 Morgen gegeben wird. Die Erfahrungen der letzten Zeit lehren aber, daß diejenigen Landwirte, die durch Hergabe der Anzahlung selber über die von ihnen bevorzugte Stellengröße entscheiden sollen, heute in wachsendem Maße dem Erwerb einer Kleinstelle zuneigen. In der Provinz Niederschlesien erweist sich, daß Stellen, die größer als 60—70 Morgen (auf schwerem bzw. leichtem Boden) sind, mit dem Fortschreiten der Agrarkrise immer unverkäuflicher werden, und auch die sogenannten Vollbauernstellen, die je nach der Schwere des Bodens hier 40—60 Morgen groß sind, erweisen sich in wachsendem Maße als schwer absetzbar, ja als unverkäuflich, während die Halbbauernstellen (25—35 Morgen) im vorigen und in diesem Jahr in einem Tempo verkauft werden konnten, das in früheren Jahren niemand für möglich gehalten hätte. Bei einer ganzen Reihe von schlesischen Siedlungen ist bereits heute der Zustand eingetreten, daß die Vollbauernstellen unverkäuflich bleiben, während die mit ihnen zusammenliegenden Halbbauernstellen längst verkauft und bezogen sind. Die Siedlungsgesellschaften haben diese von der Verwaltung vorausgesagte Entwicklung nicht glauben wollen, haben

sich aber, zum Teil sehr zu ihrem Schaden, nun von ihrem Irrtum überzeugen müssen und daraus auch die praktischen Folgerungen gezogen, indem sie nunmehr vorwiegend Kleinbauernstellen, d. h. Stellen von 25—30 Morgen und darunter, auslegen lassen. Diese Erfahrung paßt auch sehr gut dazu, daß der Staat als Käufer im Siedlungswesen neuerdings keineswegs teuer kauft. Bei der großen Anzahl von Zwangsversteigerungen größerer Güter im deutschen Osten ist der Staat in der Lage, durch die ihm nahestehenden Siedlungsgesellschaften die Zwangsversteigerungsergebnisse direkt auszunutzen, soweit es sich um Güter handelt, bei denen ein Vorkaufsrecht der Landes-Lieferungs-Verbände besteht. Daneben aber muß beachtet werden, daß ein sehr erheblicher Teil der Ostsiedlung in Formen abgewickelt wird, bei denen der Staat auch durch eine Gesellschaft der öffentlichen Hand gar nicht als Käufer auftritt, bei denen vielmehr Privatunternehmungen aller Art die Versiedlung vornehmen. Ein Überblick über den Markt der Siedlungskäufe lehrt, daß im vorigen und erst recht in diesem Jahr in einer größeren Anzahl von Fällen das so erworbene Siedlungsland in der Zwangsversteigerung zu einem Preis erworben worden ist, der die Staatsrente ganz oder zum Teil ausfallen, ja Zinsforderungen oder Kapitalsanteile der erststelligen landschaftlichen Beleihung ungedeckt ließ. Alle diese Käufe liegen im Preis zweifellos weit unter den Friedenspreisen. Dies ist heute um so wichtiger, als der Ertragswert gerade für die Siedlungsländereien nicht in dem Maße gesunken ist, wie das bei anderen landwirtschaftlichen Unternehmungen der Fall zu sein pflegt. An sich führt die Verdoppelung des Landeszinssatzes zu einer ungefähren Halbierung des kapitalisierten Ertragswertes. Diese Verdoppelung des Zinssatzes liegt aber wegen der besonderen Zinsbedingungen heute für die Siedlungsländereien nicht vor, denn die Zinsermäßigungen sind so groß, daß der gewogene Durchschnitt aus dem Zinssatz der Hauszinssteuer-Hypothek und des Eigenkapitals des Siedlers und dem Rentenbetrag einen Zins für die gesamte Siedlungsstelle ergibt, der eher unter als über dem früheren Zinssatz für die Landwirtschaft liegt. Infolgedessen erscheinen die heute für Siedlungsland gezahlten Preise als durchaus erträglich. Dazu kommt der Einfluß einer außerordentlich langsamen Tilgung. Das Restkaufgeld wird in ungefähr 70 Jahren, das Hauszinssteuer-Darlehen (je nach dem Zinsfuß) in etwa 50—60 Jahren getilgt; d. h. es wird ein Tilgungsverfahren angewendet, bei dem der Siedler langsam und sicher Besitzer der Stelle wird, ohne sich an ein Tempo der Tilgung binden zu müssen, das er vielleicht nicht immer durchhalten kann. Wenn er schneller tilgen will und nach den Erträgen seines Betriebs kann, so ist ihm dies unbenommen, er kann auch wahlweise, statt für erhöhte Tilgung Raten abzuführen, seine Erübrigungen bei einer Sparkasse auf Zinseszins anlegen. Wichtig aber ist an der heutigen Regelung, daß er nicht schneller tilgen muß, als er bei vernünftiger Wirtschaft auch unter allen Umständen tilgen zu können erwarten darf. Dieselben Überlegungen, die für den Wohnungsbau in Nr. 29 des MdW in dem Aufsatz von Dr. Weisser (Seite 1149 ff.) vorgetragen sind, gelten in dieser Beziehung auch für die landwirtschaftlichen Siedlungen.“

---

### Ein Animier-Zirkular aus England

---

Die starke Unruhe, die nach der Schalterschließung bei der Danat-Bank und der Einstellung des Börsenverkehrs große Teile des Anlage suchenden Kapitalistenpublikums befallen hat, wird von ausländischen Stellen, die in seriösen deutschen Bankkreisen völlig unbekannt sind, ausgenutzt, um mit Hilfe von Animierzirkularen zum Ankauf ausländischer Werte anzureizen. Uns liegt ein Rundschreiben aus den letzten Tagen vor, das offenbar in zahlreichen Exemplaren an Wertpapierbesitzer und Kleinkapitalisten verbreitet worden ist. Absenderin ist eine Firma in London, die den pompösen Namen „The Bank of London Ltd.“ führt. In dem Rundschreiben heißt es:

„Trotz der letzten Ereignisse in Deutschland haben wir die feste Zuversicht, daß sich die Verhältnisse in Ihrem Lande in nächster Zeit bessern werden und eine Beruhigung eintreten wird.

Wir machen die erfreuliche Beobachtung, daß in England die deutsche Lage viel optimistischer beurteilt wird als in Deutschland selbst. Diese unsere Auffassung veranlaßt uns, Ihnen folgende Proposition zu machen:

Wir sind gern bereit, für Sie ausländische Werte zu kaufen, wenn Sie einen entsprechenden Betrag in Reichsmark oder in amtlich notierten *deutschen Effekten* bei unserer Berliner Repräsentanz erlegen. Ihre Order wird sofort zum offiziellen Kurs ausgeführt, wovon Sie briefliche oder auf Wunsch telegraphische Mitteilung von uns erhalten werden.

Die Berechnung erfolgt in Reichsmark, so daß die Ausführung der Aufträge *gegen keine gesetzliche Bestimmung* verstößt und nicht zum Schaden der deutschen Währung beiträgt.

In der bestimmten Annahme, daß unser Angebot Ihr Interesse findet, bitten wir Sie um umgehende Rückäußerung (möglichst unter Angabe Ihrer speziellen Wünsche), nach deren Erhalt wir mit Vorschlägen dienen werden.“

### Oesterreich und die deutsche Krise

Man schreibt uns aus *Wien*: „Als die ersten Nachrichten vom Schalterschuß der Danat-Bank und den deutschen Bank- und Börsenfeiertagen in Österreich eintrafen, lebte wieder eine *Panikstimmung* auf. Merkwürdigerweise wurde von ihr viel mehr die Regierung als die Wirtschaft erfaßt. Die Regierung war es, die aus Furcht vor den Folgen der deutschen Krise auf Österreich ein *Moratorium* vorschlug. Es ist der zweite Vorschlag dieser Art (das erste Mal plante sie ein Moratorium, als es im Zuge der Stützungsaktion der Credit-Anstalt feststand, daß die Schatzscheinanleihe von Frankreich nicht übernommen werde). In beiden Fällen haben die Banken das Moratorium verhindert. Auch jetzt, da nicht allein in Deutschland, sondern auch in Ungarn Moratorien in Kraft sind, glaubt sich die österreichische Wirtschaft stark genug, ohne Zahlungsaufschub durchhalten zu können. Die politischen Verhältnisse im Lande haben sich schon seit längerer Zeit entspannt, so daß von dieser Seite her keine Gefahren einer neuen Panikstimmung zu befürchten sind. Wichtig ist ferner, daß für die Credit-Anstalt der Stillhaltevertrag unter Dach gebracht worden ist; damit wurde der größte Teil der kurzfristigen Auslandsgelder in längerfristige umgewandelt. Die übrigen Wiener Banken haben schon während der Credit-Anstalts-Krise einen großen Teil ihrer Auslandsverschuldung zurückgezahlt. Die Summe, die sie noch verwalten, dürfte vielleicht die Hälfte der bei der Credit-Anstalt gebundenen Auslandskredite sein, also 30 bis 40 Mill. \$. Damit sind die Gefahren eines neuerlichen Runes des Auslands stark verringert. Die inländischen Gläubiger halten sich vorläufig ruhig. Das Miß-

Man erbiethet sich also, gegen Reichsmark oder amtlich notierte deutsche Effekten ausländische Werte zu liefern. So erfreulich auch die von der Bank of London gemachte Beobachtung ist, „daß in England die deutsche Lage viel optimistischer beurteilt wird als in Deutschland selbst“, so entschieden muß man vor dem Angebot warnen. Abgesehen davon, daß das gänzlich unbekannt Londoner Unternehmen in der ungeniertesten Weise zur Kapitalflucht auffordert, besteht keinerlei Gewähr dafür, daß die Vorschläge der Bank of London nicht darauf hinauslaufen, den deutschen Effektenbesitzern für gute deutsche Werte minderwertige ausländische Papiere anzuhängen. Auch ein anderer Umstand mahnt zu besonderer Vorsicht. Wie wir festgestellt haben, ist das Animierschreiben der Londoner Firma großenteils an Abonnenten oder frühere Abonnenten der Berliner Wochenschrift „Wirtschaftlicher Ratgeber“ versandt worden. Dieses Blatt ist vor einiger Zeit an einen neuen Verlag übergegangen und wird jetzt auch von einem andern Herausgeber geleitet. Wie uns erklärt wird, hat der neue Verlag und der neue Herausgeber mit der ganzen Angelegenheit nicht das geringste zu tun. Nach unserer Kenntnis der Dinge unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Erklärung zutrifft. Man muß deshalb annehmen, daß die früheren Besitzer des Blattes, der Verlag „Die Wirtschaft“, vor dem Verkauf das Adressenmaterial der Zeitschrift in andere Hände gegeben haben, so daß Außenstehende an die Leser des Blattes, das besonders unter Kleinkapitalisten verbreitet war, mit undurchsichtigen Geschäften herantreten können. Derartige Versuche sind auch von den früheren Besitzern der Zeitschrift wiederholt gemacht worden, und die Einzelheiten, die darüber bekannt wurden, können das Mißtrauen gegenüber dem Angebot der Bank of London nur verstärken.

trauen ist freilich noch wach, wie der Fall der Mercurbank deutlich gezeigt hat. Mehr als das ist aber eine große *Niedergeschlagenheit* das Kennzeichen der Lage. Der sich immer mehr verschärfende Konjunkturdruck hat den Kreditbedarf der Wirtschaft stark eingeschränkt, aber auch der geringe Bedarf, der noch besteht, wird von den Banken und Sparkassen, die für alle Eventualitäten gerüstet sein müssen und sich liquide halten, nur teilweise befriedigt. Die ohnedies stark eingeschränkte Geschäftstätigkeit wird so weiter eingengt. Dazu kommt der neue Schlag der Eindämmung des Fremdenverkehrs aus Deutschland. Der Fremdenverkehr spielt in der Zahlungsbilanz Österreichs eine bedeutende Rolle: Die Bruttoeinnahmen dieses Wirtschaftszweiges werden auf 400 bis 500 Mill. S im Jahr geschätzt. Dazu trugen bisher die Reisenden aus Deutschland rund 100 Mill. S bei. Die deutsche Krise muß diesen Einnahmeposten stark schmälern. Außerdem wird die gewaltsame Drosselung der Reise Reichsdeutscher nach Österreich durch die Ausreisegebühr von 100 RM als außerordentlich hart empfunden.“

### Die Schwierigkeiten der Mercurbank

Man schreibt uns aus *Wien*: „In einem mußte Österreich dem deutschen Beispiel doch folgen, in dem *Schalterschuß der Wiener Mercurbank*. Dieses Institut ist bekanntlich eine Niederlassung der Danat-Bank. Sie ist die einzige noch bestehende Wiener Mittelbank, die als solche wichtige wirtschaftliche Funktionen ausübte. In sich durchaus gesund, brach bei ihr eben wegen der Verbindung mit der Danat-Bank ein Run aus, der sie am ersten Tag 10 Mill. S Einlagen und Kreditoren kostete. Die Leitung glaubte den

Kassensturm auf die Dauer nicht aushalten zu können, und so schloß sie im Einvernehmen mit der Nationalbank und der Regierung die Schalter. Der Mercur besitzt 20 Mill. S Aktienkapital und 5 Mill. Reserven, ferner nach der letzten Bilanz 89 Mill. Kreditoren und 23 Mill. S Einlagen und Kassenscheine. Von den fremden Geldern sind 47 Mill. S oder rd. 42 % in liquiden Aktien erster Ordnung angelegt. Außer einigen 100 000 \$ von der Danat-Bank, dürfte der Mercur keine Auslandsgelder haben. Seine industriellen Beteiligungen sind gering, und die Kredite gut verteilt. Trotzdem ist es unmöglich, alle Kredite sofort zurückzuziehen und die mißtrauischen Einleger und Kreditoren zu befriedigen. Die Bank hat der Regierung einen *neuen Status* vorgelegt. Danach betrogen die gesamten — nunmehr besonders vorsichtig bewerteten — Aktiven 62 Mill. S, die Passiven 50 Mill. S. Bei ruhiger Liquidation verbleibt also nach Ansicht der Verwaltung im schlechtesten Falle ein Überschuß von 12 Mill. S. Eine Liquidation glaubte die Verwaltung durch ein dreimonatiges Moratorium vermeiden zu können. Sie hofft, daß das Vertrauen zu den deutschen und österreichischen Banken in drei Monaten wieder hergestellt sei. Die Regierung hat das Moratoriumsgesuch abgelehnt, weil sie einen direkten Anschluß an die deutsche Bankenkrise vermeiden will. Man hat aber der Bank auf Grund eines alten Kriegsermächtigungsgesetzes die *Geschäftsaufsicht* zugestanden. Interessant ist die Begründung für diese Maßnahme: Der Schalterschuß des Mercur sei eine Folge des Schalterschlusses der Danat-Bank. Der Schalterschuß der Danat-Bank sei eine Folge der in Deutschland durch die Reparationen bewirkten Krise, er sei daher eine Kriegsfolge, also sei auch der Schalterschuß der Mercurbank eine Kriegsfolge, die eine Verhängung der Geschäftsaufsicht nach der kaiserlichen Verordnung von 1914 begründe! Die Geschäftsaufsicht, die einem Vertrauensmann der Regierung übertragen wird, läßt die *Einschränkung der Auszahlungspflicht* zu; man wird von diesem Recht Gebrauch machen. Das heißt: Die Mercurbank erhält das verlangte Moratorium unter einem anderen Namen."

### Geschäftsergebnisse englischer Aktiengesellschaften

Einen interessanten Einblick in die Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die Gewinne der Unternehmen in England gewährt eine Zusammenstellung des „Economist“ (vom 11. Juli 1931) über 2053 industrielle Aktiengesellschaften, die in der Zeit vom 1. Juli 1930 bis zum 30. Juni 1931 ihre Abschlüsse vorgelegt haben. Obwohl die von Aktiengesellschaften *ausgewiesenen* Überschüsse nicht mit den tatsächlich *erzielten* Gewinnen übereinstimmen, dürfte das Bild, das die Zusammenstellung des „Economist“ vermittelt, doch im wesentlichen richtig sein. Es wird dadurch ein aus anderen Daten bereits bekanntes charakteristisches Merkmal der englischen Krise bestätigt, nämlich die Tatsache, daß in England die *Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise weit stärker* fühlbar sind als in den meisten anderen Ländern, besonders in Deutschland und in den Vereinigten Staaten, während sich der *Binnenmarkt* den von außen kommenden Einflüssen gegenüber bisher sehr widerstandsfähig gezeigt hat. Die Gesamtgewinne der Gesellschaften sind gegenüber dem Vorjahr von 22,0 auf 18,8 Mill. £ (d. h. um 14,7 %) gesunken. Der Rückgang hält sich also in engen Grenzen. Daß die Gesellschaften im ganzen noch verhältnismäßig günstig gearbeitet haben, zeigt noch deutlich die Höhe der ausbezahlten Dividenden; durchschnittlich betrug die Dividende auf das Stammkapital 8,4 % gegenüber 10,3 % im Vorjahr. Allerdings wurde ein größerer Teil des Reingewinns für Dividenden- und Zinszahlungen verwandt, so daß nur 15,7 % des Reingewinns den Reserven zugewiesen werden konnten (im Vorjahr 18,6 %). Im einzelnen sind starke Verschiedenheiten in den Unternehmungszweigen festzustellen. Diejenigen Gesellschaften, die ausschließlich oder in der Hauptsache *inländischen* Bedarf befriedigen, haben erheblich günstiger gearbeitet als die eng mit dem Aus-

### Geschäftsgebarung englischer Aktiengesellschaften

Geschäftszweig	Zahl der Gesellschaften	Reingewinn		Veränderung (%)	Dividende	
		1929/30	1930/31		1929/30	1930/31
		Mill. £		(%)		
Elektrizitätswerke ..	44	7,1	7,5	+ 6,5	7,4	7,2
Gaswerke .....	52	4,4	4,6	+ 4,8	6,3	6,3
Brauereien .....	108	18,4	18,7	+ 1,6	16,4	16,6
Straßenbahnen .....	25	1,6	1,6	+ 1,2	5,0	5,0
Wasserwerke .....	29	1,2	1,2	— 0,8	7,3	7,4
Telegraphie usw. ....	12	1,8	1,8	+ 1,2	6,9	6,9
Hotels usw. ....	38	2,4	2,3	— 2,9	10,9	10,3
Treuhand .....	193	14,8	14,2	— 4,3	9,2	7,6
Einzelhandel .....	69	10,4	9,7	— 6,7	13,8	13,5
Verschiedenes .....	635	90,2	80,8	— 10,4	12,6	10,5
Eisen, Stahl, Kohle ..	134	10,5	8,7	— 17,6	5,9	3,0
Öl .....	23	19,1	15,7	— 17,7	19,6	12,7
Kanäle .....	7	0,6	0,5	— 22,8	4,3	2,4
Motoren und Räder ..	36	4,8	36,5	— 23,3	11,8	8,4
Finanzierungs-, Investment- u. Grundstücks-Gesellschaften .....	92	6,6	4,7	— 27,9	7,9	4,6
Tee .....	106	3,1	2,2	— 28,2	14,3	10,6
Schiffahrt .....	42	5,3	3,6	— 31,3	5,8	4,5
Textilien .....	59	11,5	4,9	— 57,3	9,3	6,5
Kautschuk .....	340	5,0	0,9	— 81,4	5,8	1,2
Salpeter .....	9	0,8	0,0	— 95,8	3,2	
Insgesamt .....	2053	219,8	187,6	— 14,7	10,3	8,4

land verflochtenen Industrien. Zu der ersten Gruppe, die teilweise sogar noch höhere Gewinne ausweist als im Vorjahre, gehören insbesondere Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Brauereien, Hotels, Warenhäuser. Dagegen haben sich die Gewinne in den großen Ausfuhrindustrien erheblich vermindert, vor allem in der Textilindustrie, die einen großen Teil ihrer Dividendenzahlungen durch Rückgriff auf die Reserven bestritt. Auch die vom Umfang des internationalen Warenaustausches abhängigen und in großem Maße unter dem Einfluß der Rohstoffpreisentwicklung stehenden Gesellschaften (Schiffahrt, Kautschuk usw.) haben weit niedrigere Gewinne als im Vorjahre erzielen können.

### Personalia

Die Reichsregierung hat Reichsbankdirektor *Schippe* in Hamburg zum zweiten Treuhänder für die Darmstädter und Nationalbank bestellt. Staatssekretär a. D. *Bergmann*, der erste Treuhänder, ist aus dem Aufsichtsrat der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft ausgetreten.

Geheimer Kommerzienrat *Theodor Freiherr von Guilleaume*, der seit dem Jahre 1900 ununterbrochen den Vorsitz im Aufsichtsrat der Felten & Guilleaume Carlswerk AG in Köln-Mülheim führt, vollendete am 17. Juli das 70. Lebensjahr.

Aus dem Aufsichtsrat der Bamag-Méguin AG in Berlin sind Geheimrat *Felix Heimann* und Generaldirektor *August Rosterg* ausgeschieden.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Concordia, Lebens-Versicherungs-Bank AG in Köln, nahm im Zusammenhang mit dem Übergang des bisher beim Nordstern-Konzern ruhenden Aktienpakets an die Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft Änderungen im Aufsichtsrat vor. Ausgeschieden sind Geheimrat *Hans Riese*, Dr. *W. Springorum* (Elberfeld) und Dr. *Wilhelm de Weerth*. Neugewählt wurden Dr. *C. von Joest*, Bankdirektor Dr. *Robert Pferdenges*, Bankier *Eugen von Rautenstrauch*, Dr. *Paul Seligmann* (Köln) und Baron *Kurt von Schröder* (Köln).

Das stellvertretende Vorstandsmitglied der Gebr. Stollwerck AG in Köln, Direktor *Peter Harnisch*, starb im Alter von 71 Jahren.

Aus dem Vorstand der zum Nordwolle-Konzern gehörenden Alrowa Deutsche Strickerei AG ist Direktor *Hans Kleemann* ausgeschieden. Dafür wurde Kaufmann *Curt Altmann* in den Vorstand berufen.

Die Universität Breslau hat den Generaldirektor der Gräflich Schaffgotsch'schen Werke GmbH in Gleiwitz, Dr. *Otto Berve*, zum Ehrensenator ernannt.

Das Ordinariat für deutsches und bürgerliches Recht, für Handelsrecht und Kirchenrecht an der Universität Tübingen ist dem ordentlichen Professor Dr. *H. E. Feine* in Rostock übertragen worden.

## Literatur

**Raab, Prof. Dr. Friedrich:** *Der Neue Plan.* Systematische Darstellung und kritische Würdigung der nach Ingangsetzung des Neuen Planes geltenden Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen. Berlin 1930. Verlag Reimar Hobbing. 415 Seiten. — Preis 10 RM.

In Ergänzung seiner verschiedenen früheren Veröffentlichungen über Dawes- und Young-Plan gibt der bekannte Verfasser einen systematischen Überblick über den Inhalt des Neuen Plans und der mit diesem zusammenhängenden Abkommen nach der Fassung, in der sie nunmehr Gesetz geworden sind. Vorausgeschickt ist dieser Darstellung — die etwa die Hälfte des Buches einnimmt — eine kurze Einleitung, die einen Abriß der Geschichte der Reparationen von Versailles bis zur Haager Konferenz gibt. Der letzte Teil enthält eine kritische Würdigung der geltenden Regelung und mündet in „Richtlinien für die künftige Reparationspolitik“ aus.

Zu den rein deskriptiven Teilen der Arbeit, deren Klarheit hervorgehoben sei, ist im allgemeinen nichts zu bemerken. Ich habe lediglich eine Berücksichtigung der Frage vermißt, welche Bedeutung dem Fortfall der „Goldklausel“ des Dawes-Plans zukommt. Die Kritik des Verfassers bewegt sich durchweg auf einer „mittleren Linie“ und ist nach Form und Inhalt maßvoll. Zuzustimmen ist namentlich der wiederholt geäußerten und wohlbegründeten Ansicht, daß eine *Revisionsaktion* mit Aussicht auf Erfolg erst dann eingeleitet werden kann, wenn zuvor eine „umfassende Ordnung der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft“ erfolgt ist. Weniger befriedigt haben mich die Ausführungen zum *Transferproblem*, die die komplizierten Zusammenhänge nur eben andeuten und nicht ganz klar sind. Als Hauptziel künftiger Reparationspolitik bezeichnet Raab die Herabsetzung der deutschen Verpflichtungen auf das durch den Vorfriedensvertrag begründete Maß, ein Ziel, das durch unablässige Aufklärungsarbeit dem Inland und namentlich dem Ausland vorgeführt und motiviert werden müsse.

Frankfurt a. M.

Fritz Neumark

**Jeske, Dr. jur. G.:** *Das Recht auf Einsichtnahme in Handelsbücher.* Hamburg 1931, Johannes Schreier Verlag. 72 S. Preis 3,60 RM.

Die Broschüre bezweckt eine Zusammenfassung und Erläuterung derjenigen Gesetzesbestimmungen, die das Recht auf Einsichtnahme in Handelsbücher regeln. Damit soll den Bedürfnissen der Juristen und der Handelskreise, für die diese Frage praktisch wird, Rechnung getragen werden. Die schuldrechtlichen Ansprüche des Rechtes auf Einsichtnahme haben als die am häufigsten auftretenden Fälle die ausführlichste Regelung gefunden. Die behördlichen Kontrollrechte, insbesondere das Buchprüfungsrecht der Steuerbehörden, sind dagegen nur kurz

gestreift, da über diese Probleme eine umfangreiche Spezialliteratur existiert.

**Schmidt-Stötting, Dr. rer. pol. Hans:** *Das Problem des Ausbaues der deutschen Wasserkräfte.* Berlin 1930, Verlag Georg Stilke. 79 S. Preis 2,— RM.

Die Bedeutung der Heranziehung von Wasserkraften für die deutsche Volkswirtschaft. — Die privatwirtschaftlichen Verhältnisse des Wasserkraftausbaues. — Das Verhalten des Staates gegenüber der Wasserkraftnutzung.

## Zeitschriften - Literatur

**Kahn, Ernst, und Wolfgang, Dr. Ernst:** *Die wirtschaftlichen Folgen überhöhter Zinsen.* „Die Wirtschaftskurve mit Indexzahlen der Frankfurter Zeitung.“ 10. Jahrgang 1931, Heft 1, Seite 49—58.

Die Erörterungen über die Folgen hoher Zinssätze sind gerade in diesen Tagen anlässlich der Diskussion um die Politik der Reichsbank besonders aktuell. In dem vorliegenden Aufsatz werden diese Fragen nicht unter dem Gesichtspunkt der kurzfristigen Wirkung in Zeiten einer Krise, sondern im Hinblick auf die langfristigen Wirkungen auf die Produktion untersucht. Normale Zinssätze bewirken strukturelle Veränderungen in der Volkswirtschaft, denn der Kapitalumschlag, der „Umsatz der Kapitalanlagen“, ist in den einzelnen Produktionszweigen stark verschieden. Ein Unternehmen mit raschem Kapitalumschlag — wie z. B. unter Umständen eine Gerberei — hat unter hohen Zinssätzen weit weniger zu leiden als z. B. der Häuserbau, für den die Höhe der Zinsen von entscheidender Bedeutung ist.

### Produktionsverteuerung durch Zinserhöhung

Zinserhöhung gegen den „Normalstand“	Viermaliger	Zweimaliger	Einmaliger	Halber	Viertel	Zehntel
	Jahresumschlag des Gesamtkapitals					
	Veredlungsindustrie	Bekleidungs- oder Tabakgewerbe	Elektrobranche, Eisen, Stahl	Braunkohle	Wasser-, Gas-, Stromlieferung	Wohnungsbau
1 %	0,25 %	0,5 %	1 %	2 %	4 %	10 %
2 %	0,50 %	1,0 %	2 %	4 %	8 %	20 %
3 %	0,75 %	1,5 %	3 %	6 %	12 %	30 %
4 %	1,00 %	2,0 %	4 %	8 %	16 %	40 %
5 %	1,25 %	2,5 %	5 %	10 %	20 %	50 %

Im allgemeinen kann man sagen, daß die Belastung durch hohe Zinsen um so größer ist, je „schwerer“ ein Unternehmen ist. Bei Gesellschaften der Elektrotechnik, der Eisen-, Stahl- und Metallwarenfabrikation, der Stein- und der Fahrzeugindustrie bedeutet jedes Prozent Zinsverteuerung etwa 1 % Kostenverteuerung. In diesen Branchen ist also eine Zinserhöhung von z. B. 3 oder 4 % schon fühlbar, wenn auch zunächst „ohne katastrophale Folgen“. An Hand einzelner, der Wirklichkeit entnommener Beispiele (landwirtschaftlicher Betrieb, Steinkohlenbergwerk, Gasfabrik, Kraftwerk) werden diese Fragen im einzelnen dargestellt.

## Die Wirtschaft des Auslands

### Spanien

#### Stabilisierung der Währung?

Von Dr. Hans Hiss

Der Übergang Spaniens von der Monarchie zur Republik hat die Erwartung belebt, daß nunmehr auch in Spanien ein Problem seiner Lösung zugeführt wird, dessen schicksalhafte Bedeutung in Zeiten politischer Spannung gegenwärtig wieder dem deutschen Volke mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt wird: das Währungsproblem. Die Umwälzung führte in Spanien naturgemäß auch zur Neu-

besetzung der für die Währungspolitik verantwortlichen Stellen im Finanzministerium und in der Bank von Spanien, und damit vermutlich zur Abkehr von denjenigen Doktrinen, die zehn Jahre lang eine Stabilisierung des Kurses der spanischen Peseta verhindert haben.

Die Währungsgeschichte Spaniens nach dem Kriege und besonders in der Zeit der „Diktatur“ bietet geradezu ein Musterbeispiel für die Hartnäckigkeit jener Doktrinen und die Wirkungslosigkeit der aus ihnen folgenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Währung, die immer wieder von den Regierungen in Zeiten von Währungsschwierigkeiten befolgt werden, obwohl sie ebensooft durch die



Wissenschaft wie durch die Wirkungen widerlegt worden sind.

Die wichtigsten falschen Doktrinen, von denen die spanische Währungspolitik des letzten Jahrzehnts beherrscht war, waren die These von der *Unantastbarkeit des Goldschatzes* der Bank von Spanien, der Glaube an die währungspolitische Bedeutung des *Silbers* als Deckungsmittel, der Glaube, daß die nationale Ehre die Rückkehr zur *Vorkriegsparität* erfordere, sowie die Ansicht, daß *Passivität der Handelsbilanz*, Devisenspekulation und Kapitalflucht Ursachen der Wechselkursverschlechterung seien, und daß deshalb eine Stabilisierung erst dann vorgenommen werden könne, wenn die Handelsbilanz durch protektionistische Maßnahmen ausgeglichen und Spekulation und Kapitalflucht durch Devisenkontrolle eingedämmt seien. —

Das spanische Währungsgesetz sieht vor, daß bei Überschreitung eines Notenumlaufs von 4 Milliarden Peseten mindestens 50 % durch Gold und überdies 10 % durch Silber gedeckt sein müssen; diese Bestimmung ist kurz nach dem Kriege erlassen worden, als die Kriegsgewinne der spanischen Volkswirtschaft einen erheblichen Goldbestand zugeführt hatten. Dieser betrug (in Millionen Goldpeseten gerechnet):

im Jahre 1915	653	im Jahre 1921	2 532
„ „ 1918	2 196	„ „ 1930	2 545*)

\*) Durchschnitt für neun Monate. Zum gegenwärtigen Pesetenkurs gerechnet, macht dieser Betrag etwa 4 Milliarden Peseten aus.

Die Anschauung, daß das Vorhandensein dieses Goldbestandes und seine unangetastete Erhaltung für die Stabilisierung der spanischen Währung unbedingte Voraussetzung seien, hat bis vor kurzem die spanische Währungspolitik beherrscht, obwohl ein derart „finsterner Metallismus“ in den meisten übrigen Ländern wohl als überwunden angesehen werden kann. Zudem war die Leitung des „Banco de Espana“ mit den Aktionären der Ansicht, daß der Goldschatz ihr persönliches Eigentum sei, so daß seine Einsetzung für die Währungsverteidigung eine Schädigung ihres Vermögens bedeute, die man nicht zulassen wollte.

Der metallistischen Einstellung zum Golde entspricht bzw. entsprach die Stellung zum Silber. In Erinnerung an die längst überwundene Zeit des Bimetallismus hat Spanien gegenwärtig einen erheblichen Umlauf an Silbermünzen, der z. B. Anfang 1930 etwa 235 Mill. Peseten betrug, die nicht nur „Scheidegeld“, sondern volle gesetzliche Zahlungsmittel sind; außerdem liegt in der Zentralbank ein erheblicher Deckungsfonds in Silber, dessen *Nominalbestand* — im Gegensatz zum Goldbestand — gegenüber 1914 in einer Höhe von 700 Millionen (in Goldpeseten gerechnet) so gut wie unverändert geblieben ist. Seine währungsgesetzliche Berechtigung leitet dieser Silberfonds aus der oben angeführten Deckungsbestimmung her. Da dieser Fonds irgendeine währungspolitische Funktion niemals wird ausüben können, so wird man sich bei der Neuordnung der spanischen Währung dazu entschließen müssen, die durch den Silberpreissturz entstandenen Verluste anzuerkennen und die Zentralbank von dieser rein fiktiven „Deckung“ zu befreien.

Einer der wesentlichen Gründe, die eine Stabilisierung der spanischen Währung bisher verhinderten, war der Glaube, daß die nationale Ehre Spaniens die Rückkehr zur *Vorkriegsparität*, also die sogenannte *Revalorisierung* der Peseta erfordere. Diese Ansicht mag zeitweise eine Unterstützung durch das englische Vorgehen im Jahre 1925 gefunden haben, in völliger Verkennung der Tatsache, daß die englische Währungspolitik von dem Wunsche diktiert war, die außerordentliche Stellung des Londoner Geld- und Kapitalmarktes in der Weltwirtschaft gegenüber dem Vordringen New Yorks zu halten, und daß England erhebliche innerwirtschaftliche Opfer dafür bringen müssen. Trotz vielfacher Erklärungen, daß das Ziel der spanischen Währungspolitik die Rückkehr zur

Vorkriegsparität sei, hat keine spanische Regierung (auch nicht zur Zeit des Direktoriums) deflationistische Maßnahmen durchzuführen und sich durch eine Deflationskrise unpopulär zu machen gewagt. Heute dürfte man auch in Spanien erkannt haben, daß die Revalorisierung in der Lage Spaniens ein falsches Ziel darstellt und daß ein Aufschieben der Stabilisierung des Pesetakurses bis zu einem Zeitpunkt, der eine Deflation ermöglicht, nicht mehr in Frage kommt.

Es ist selbstverständlich, daß in einem Lande mit derart metallistischen Anschauungen vom Geldwesen auch die Ansicht, daß die Passivität der Handelsbilanz und die internationale Devisenspekulation sowie die Kapitalflucht aus dem eigenen Lande die *Ursachen* der Währungsverschlechterung seien, den Hauptinhalt der Argumentation der offiziellen Stellen in Spanien bildeten, um zu begründen, daß eine Stabilisierung nicht eher vorgenommen werden könne, als bis ein Ausgleich der Handelsbilanz erzielt sei und Kapitalflucht und Devisenspekulation abgedämmt seien. Tatsächlich wies die spanische Außenhandelsbilanz in den vergangenen Jahren bis 1929 einen Passivsaldo auf; erst im Jahre 1930 trat ein Ausgleich der Handelsbilanz in Erscheinung.

Spaniens Außenhandel 1925 bis 1930

(Mill. Pes.)	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr-Übersch.
1925	2249,5	1584,7	664,8
1926	2153,5	1605,5	548,0
1927	2585,5	1895,2	690,3
1928*)	3005,0	2183,5	821,5
1929*)	2737,0	2112,9	624,1
1930*)	2456,7	2447,6	**) — 9,2

\*) Wegen veränderter Wertberechnungsmethoden sind die Zahlen für 1925 bis 1927 nicht genau mit den Zahlen für 1928 bis 1930 vergleichbar.

\*\*) Ausfuhrüberschuß.

Im Jahre 1930 wurde der Ausgleich der Handelsbilanz durch ein fast gleichmäßiges Sinken der Einfuhr und Steigen der Ausfuhr um je etwa 300 Mill. Peseten herbeigeführt. Für die *Zahlungsbilanz* Spaniens ergab sich jedoch in den früheren Jahren ein weitgehender Ausgleich des Defizits der Handelsbilanz durch erhebliche Geldrücksendungen der in Amerika lebenden Spanier, die von sachverständiger Seite<sup>4)</sup> auf etwa 400 Mill. Goldpeseten jährlich geschätzt sind und erst im Jahre 1930 durch die Weltwirtschaftskrise, die sich in den lateinamerikanischen Ländern besonders schwer auswirkte, einen Rückschlag erlitten haben dürften. —

Die Unsicherheit der spanischen Währungspolitik und die vielfachen Erklärungen der verantwortlichen Stellen haben im Laufe der Jahre, in denen diese falschen Doktrinen verkündet wurden, Spekulation und Kapitalflucht angeregt, und dadurch wurden die Ausschläge der Devisenkursschwankungen häufig verstärkt. Die *tatsächlichen Ursachen* der spanischen Währungsschwierigkeiten liegen jedoch tiefer.

Der *Notenumlauf* der Bank von Spanien betrug

im Jahre 1913	. . .	1389 Mill. Peseten
„ „ 1918	. . .	2977 „ „
„ „ 1921	. . .	4245 „ „

und ist seitdem nur geringen Schwankungen ausgesetzt gewesen; im Durchschnitt des Jahres 1930 belief er sich auf 4440 Mill. Peseten. Das bedeutet, daß Kreditvolumen und Zahlungsmittelumlauf in Spanien nach 1921, als der während des Krieges aufgeblähte spanische Produktionsapparat wieder einschrumpfte, nicht entsprechend eingeschränkt wurden. Der *Diskontsatz* der Bank von Spanien wurde die ganzen Jahre hindurch starr auf 5 % und 5½ % gehalten; es bestand also dauernd eine „Kreditinflation“, wegen Nichtabbaus der Kredite, deren Wirkung in dem — im Gegensatz zu der sinkenden Tendenz in den Goldwährungsländern stehenden — fast unveränderten Großhandelsindex zum Ausdruck kommt.

<sup>4)</sup> La Situación Financiera de España y el Cambio de la Peseta. Herausgegeben von der Banco Exterior de España, 1930, S. 29.

## Großhandelspreisindizes in Spanien und Großbritannien

(1913 = 100)	Spanien	Groß-britannien	(1913 = 100)	Spanien	Groß-britannien
1921	190	197,2	1927	172	141,6
1922	176	158,8	1928	167	140,3
1923	172	158,9	1929	171	136,5
1924	183	166,2	1930	172	119,5
1925	188	159,1	1931 Jan.	173	106,9
1926	181	148,1	1931 Febr.	175	106,2

Spanien hat es demnach verstanden, sich von der Preisbewegung des Weltmarkts auszuschließen, wobei die stark protektionistische Handelspolitik des Direktoriums von besonderem Einfluß war.

Ein erheblicher Teil der Schuld an der Währungsentwicklung in Spanien ist auch der *Finanzwirtschaft* in der Zeit der Diktatoren, besonders in den Jahren 1923 bis 1929, zuzuschreiben. Durch die Führung eines außerordentlichen Haushalts neben einem dauernd ausgeglichenen und für die Öffentlichkeit bestimmten ordentlichen Etat gelang es der Diktatur, nach außen das Bild einer stabilen Finanzwirtschaft zu erwecken, während tatsächlich in starkem Maße mit schwebenden Schulden gewirtschaftet wurde! Die Staatsschuld erhöhte sich in den sechs Jahren der Diktatur von 9,3 um 10,7 auf über 20 Milliarden Peseten. Mit diesen Mitteln finanzierte die Diktatur ein großes System öffentlicher Bauten, besonders auf dem Gebiet des Verkehrswesens, die großartigen Ausstellungen in Barcelona und Sevilla und den sonstigen öffentlichen Aufwand des Systems. Ohne Zweifel stellte die Zeit der Diktatur für Spanien eine Periode der *Scheinblüte* dar, und es wird der neuen republikanischen Regierung ihre Aufgabe nicht erleichtern, daß sie in ihrer Finanzwirtschaft die Grundsätze der Einfachheit und der Sparsamkeit befolgen muß.

Wesentlichen Anteil an den Schwankungen des Pesetenkurses trägt die Nichteinsetzung des Goldbestandes. Die spanische Ausfuhr besteht zu fast drei Vierteln aus Agrarprodukten und ist demgemäß starken jahreszeitlichen Schwankungen unterworfen; in diesem Fall stellt ein zeitweiliges Abgeben von Gold ein ebenso ungefährliches, wie dem Sinn der Goldreserve entsprechendes Mittel der Zentralbankpolitik dar.

Im Laufe der letzten Jahre wurden mehrfach *Anläufe* zu einer *Stabilisierung* des Pesetenkurses in Spanien gemacht. Im Frühjahr 1930 wurde eine Stützungsaktion mit Hilfe eines amerikanisch-englischen Kredits von 10 Mill. £ vorgenommen, deren Ergebnis ein Devisenverlust von etwa 17 Mill. £ war; dieser Kredit konnte nur unter Schwierigkeiten durch eine innere Anleihe von

350 Mill. Goldpeseten konsolidiert werden. Die Berufung Professor *Rists* von der Bank von Frankreich zur Ausarbeitung eines Gutachtens über die Voraussetzungen und Möglichkeiten der spanischen Stabilisierung blieb damals ergebnislos, da das Gutachten der Regierung unbequem war und monatelang nicht veröffentlicht wurde. Prof. Rist war der Ansicht, daß seinerzeit eine Stabilisierung auf einem wenig unter dem Tageskurs liegenden Kurs durchführbar war und der spanischen Wirtschaft keine außergewöhnlichen Schwierigkeiten auferlegen würde.

Zu Beginn des Jahres 1931 wurde ein neuer Schritt getan mit der Schaffung eines *Golddepots in London* von 3 Mill. £, gegen das die „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ in Basel der Bank von Spanien einen Kredit eröffnete. Der Antritt der Regierung Aznar und eines neuen Finanzministers im Februar führte nach einer Kurssteigerung zu einer relativen Stabilität des Pesetenkurses, im März von etwa 45 Pes. für 1 £ (Vorkriegsparität 25,2 Pes. für 1 £). Um auch jetzt nicht den Goldschatz angreifen zu müssen, verhandelte die Regierung mit dem Hause *Morgan* über die Gewährung eines neuen Kredits von 60 Mill. \$. Der Übergang Spaniens zur Republik im April führte zu einem erneuten Sturz des Pesetenkurses auf über 50 Pes. für 1 £. Die neue Regierung verzichtete auf den Kredit Morgans. Da der von der BIZ gewährte Kredit nur auf drei Monate und nur gegen die Verpflichtung zur Stabilisierung gewährt war, und da die republikanische Regierung die Entscheidung über die Stabilisierung den später zusammentretenden Cortes überlassen wollte, trat die BIZ Mitte Juni von diesem Kredit zurück; sie wurde durch die Bank von *Frankreich* ersetzt. Das Golddepot verblieb in London. Darüber hinaus ist Frankreich (nach Zeitungsmeldungen) gewillt, die bis zum Herbst notwendigen weiteren Kredite an Spanien gegen Hinterlegung von Golddepots in Paris zur Verfügung zu stellen.

Dieser Hilfeleistung Frankreichs für die neue spanische Regierung kommt eine gleich große wirtschaftliche wie politische Bedeutung zu. Es ist anzunehmen, daß nunmehr eine Stabilisierung der spanischen Währung auf Grund der von Prof. Rist ausgearbeiteten Vorschläge, die sich besonders auf die Wahl eines in der Nähe des Tageskurses liegenden Stabilisierungskurses, auf ein Einsetzen des Goldbestandes für den notwendigen Zahlungsbilanzausgleich, auf eine Liquidation der Silberbestände der Bank von Spanien und auf eine einheitliche geordnete Finanzpolitik beziehen, vorgenommen werden wird.

## Briefe an den Herausgeber

### Kaufkraftwandlungen infolge der Agrarzölle

Berlin, den 11. Juli 1931

Unter der Überschrift „Kaufkraftwandlungen im Gefolge der Agrarzölle“ hat kürzlich Dr. *Martin Rauterberg* an dieser Stelle (MdW, 7. Jahrg. 1931, Nr. 25, S. 943) einen Aufsatz veröffentlicht, der eine Reihe von Feststellungen enthält, die nicht unwidersprochen bleiben können. Eine Auseinandersetzung mit den Argumenten Rauterbergs erscheint um so notwendiger, als es sich hierbei um Probleme handelt, die für die deutsche Volkswirtschaft und insbesondere für die deutsche Landwirtschaft von größter Bedeutung sind und die, wie die bisher in der Öffentlichkeit geführten Erörterungen gezeigt haben, noch sehr wenig geklärt sind.

Rauterberg stellt zunächst Berechnungen an über die Kosten des handelspolitischen Schutzes der deutschen Landwirtschaft. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß die Ernährungskosten der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung in der Zeit vom 1. April 1930 bis zum 31. März 1931 um rund 2,5 Milliarden über den *Weltmarktpreisen* liegen. Auf die Problematik dieser Berechnungen soll hier nicht näher eingegangen werden. Es sei nur darauf hin-

gewiesen, daß die durch die Weltagrarkrise bedingten Weltmarktpreise keine geeignete Basis für derartige Berechnungen abgeben können. Nur für sehr wenige Länder sind diese Weltmarktpreise überhaupt von Bedeutung; denn mit dem Rückgang der Agrarpreise haben fast alle Zuschußländer in verstärktem Umfang Schutzmaßnahmen ergriffen. So lag z. B. nach Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung der *Weizenpreis* im März 1931 in der Tschechoslowakei um 100 %, in Italien um 140 %, in Deutschland um 200 %, in Frankreich um 210 % über dem Weltmarktpreis, während sich noch im Juli 1928 der inländische Weizenpreis in Deutschland, Frankreich, Australien und der Tschechoslowakei nur bis zu etwa 20 % über dem Weltmarktpreis bewegte. Auch beim *Roggen* erscheinen die Berechnungen auf Grund von Weltmarktpreisen insofern problematisch, als das Volumen des Weltmarktes bei diesem Agrarprodukt — gemessen an der Gesamtroggenerzeugung und an der deutschen Produktion — verschwindend gering ist. Bei den übrigen Agrarprodukten sind ebenfalls nahezu alle Zuschußländer dazu übergegangen, den Schutz der heimischen Landwirtschaft zu erhöhen, so daß die Inlandspreise von den Weltmarktpreisen auch hier weitgehend losgelöst wurden. Wenn man

unter diesen Umständen Berechnungen über die Kosten des deutschen Zollschatzes anstellen will, so sind die gegenwärtigen Weltmarktpreise, deren krisenhafter Charakter deutlich zu Tage tritt, als Vergleichsbasis irreführend. Der einzig mögliche Weg wäre ein Vergleich des deutschen *Großhandelsindex für Agrarprodukte* mit dem anderer Länder. Dabei würden sich naturgemäß von Land zu Land große Unterschiede herausstellen, wobei jedoch im allgemeinen die Verteuerung des deutschen Konsums durch die Agrarzölle sehr erheblich unter den von Rauterberg errechneten Zahlen liegen dürfte. So ist z. B. die Indexziffer für die Lebenshaltungskosten für die Zeit vom Dezember 1950 bis März 1931 in England nur um rund 6 % höher gewesen als in Deutschland.

Der Ansicht Dr. Rauterbergs, daß das Ziel der deutschen Zollpolitik, die Erhaltung der Kaufkraft der Landwirtschaft, als voll erreicht angesehen werden könnte, wird man ebenfalls nicht zustimmen können. Für die vier Monate Januar bis April 1931 stellt das Institut für Konjunkturforschung fest, daß die Preisrückgänge für Vieh und tierische Produkte durch die von Rauterberg besonders hervorgehobene Senkung der Kraftfuttermittelpreise nur scheinbar etwas gemildert werden: „Der Index für Vieh und Vieherzeugnisse lag im ersten Vierteljahr um 19 % niedriger als im ersten Vierteljahr 1930. Dafür zeigte aber der Index der gesamten Futtermittelpreise wegen der erhöhten Getreidepreise eine Steigerung um 5 %. Bei den Futtermitteln, die 60 % der Gesamtproduktionskosten betragen, ist also eine Erleichterung nicht oder jedenfalls nicht fühlbar eingetreten. Ebensowenig ist ein nennenswerter Ausgleich durch Preisabschläge bei industriellen Produktionsmitteln, Maschinen und Geräten, erfolgt“ (Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, Jahrg. 1931, Heft 1, Teil A, S. 60). Abschließend stellt das Institut für Konjunkturforschung zu diesen Berechnungen entgegen der Behauptung Rauterbergs von der Erhaltung der Kaufkraft der Landwirtschaft folgendes fest: „Da der Rest der Kosten meist auf fixe Kosten, Löhne, Zinsen, Amortisation, entfällt und diese sich unwesentlich oder gar nicht verändert haben, kann man zusammenfassend sagen, daß sich die Einkommenslage der deutschen Landwirtschaft im laufenden Jahr beträchtlich verschlechtert hat.“ Wenn Rauterberg glaubt, daß der bei sinkendem Preisniveau zunehmende Druck der langfristigen Kredite und Pachten kein Sonderproblem der Landwirtschaft darstelle, sondern daß die Frage einer Krediterleichterung und Pachtherabsetzung die Lage der Landwirtschaft als solche grundsätzlich nicht mehr berührt als die der anderen Wirtschaftszweige, so erscheint auch diese Ansicht irrig. Die Lage der Landwirtschaft unterscheidet sich von der anderer Berufszweige hinsichtlich der Verschuldung vor allem dadurch, daß diese in den letzten Jahren in weitem Umfang ihre Kredite nicht mehr zu produktiven Zwecken, sondern vorwiegend zur Abdeckung von Betriebsverlusten aufnehmen mußte. Daß aber solche unproduktive Verschuldung drückender wirkt als eine zur Verbesserung der Produktivität aufgenommene Schuld, wie sie in der Industrie allgemein vorherrschen dürfte, bedarf keines Beweises.

Sieht man von der Problematik dieser Berechnungen und Folgerungen Rauterbergs vollständig ab, so ist ohne weiteres zuzugeben, daß durch den Zollschatz für die Agrarprodukte eine *Kaufkraftverschiebung zugunsten der Landwirtschaft* eingetreten ist. Nebenbei sei bemerkt, daß solche Kaufkraftverschiebungen als Folgen staatlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik durchaus keine Seltenheit darstellen. So wird z. B. durch die Besteuerung des Reichs, der Länder und Gemeinden eine Kaufkraftverschiebung gewaltigen Umfangs herbeigeführt. Auch die Erwerbslosenfürsorge der Gegenwart ruft eine Kaufkraftverschiebung hervor, die an Umfang die der Agrarzölle weit übersteigt. Schließlich wird man die durch die industriellen Schutzzölle hervorgerufenen Verschiebungen der Kaufkraft, die Rauterberg in seinem Aufsatz vollständig unberücksichtigt läßt, ebenfalls nicht gering einschätzen dürfen. In dem genannten Aufsatz wird nun aber die

Auffassung vertreten, daß die zusätzliche Kaufkraft, die der Landwirtschaft auf Kosten der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung zugeführt wird, keine Änderung in der Produktions- und Kaufpolitik der Landwirtschaft hervorbringt, oder, deutlicher ausgedrückt, daß durch die Agrarzölle keine Kaufkraftverschiebung, sondern eine *Kaufkraftminderung* eintritt. Rauterberg nimmt also an, die der Landwirtschaft vermehrt zugebrachte Kaufkraft gehe der deutschen Volkswirtschaft verloren, oder, wie er es an anderer Stelle ausdrückt, sie werde in den Händen der Landwirtschaft „aufgestaut“. Er übersieht dabei vollständig, daß ein Kaufkraftverlust für die gesamte Volkswirtschaft nur dann eintreten könnte, wenn die diese Kaufkraft repräsentierenden Zahlungsmittel in irgendeiner Weise gehortet würden. Es wird nun wohl kaum jemand ernsthaft annehmen können, daß die der Landwirtschaft zusätzlich zugeführten Gelder sämtlich oder auch nur zu einem beträchtlichen Teil in den Sparstrumpf wandern. Wenn die Landwirtschaft, wie Rauterberg entgegen allen Beobachtungen annimmt, diese Mittel nicht selbst verausgabt, „weil die Entwicklung der Kapitalverzinsung ebenso wie in anderen Produktionszweigen zur Einschränkung des Betriebes drängt“, so würden die freiwerdenden Gelder selbstverständlich als Spargelder Anlage suchen und damit über die Kreditinstitute der Wirtschaft wieder zugänglich gemacht werden. Entweder direkt durch die Landwirtschaft selbst oder indirekt durch den Umweg über die Spargelder muß die der Landwirtschaft zugeführte Kaufkraft für die deutsche Volkswirtschaft nutzbar werden.

Gerade in dieser (von Rauterberg anscheinend völlig verkannten) Tatsache liegt die große volkswirtschaftliche Bedeutung einer Kaufkraftverschiebung von der nichtlandwirtschaftlichen zur landwirtschaftlichen Bevölkerung. Rauterberg sagt selbst, daß die Volksmassen ihre gesamte Kaufkraft umgehend in Konsumgüter umsetzen würden, während es sich bei den Ausgaben der Landwirtschaft größtenteils um *Produktionsmittel* handelt. Insofern bedeutet also eine Kaufkraftverschiebung zunächst eine Verstärkung der Nachfrage nach Produktionsmitteln, die jedoch nur scheinbar zu Lasten der Nachfrage nach Konsumgütern geht. Eine solche Verschiebung der Nachfrage ist aber besonders im Augenblick insofern erstrebenswert, als sie durch Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten die Eingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß zu beschleunigen vermag und damit gleichzeitig die von Rauterberg befürwortete Belegung des Massenkonsums herbeiführt. Selbst wenn die Annahme Rauterbergs richtig wäre, daß die Landwirtschaft selbst mit der Nachfrage nach Produktivgütern gegenwärtig zurückhält, so würde die geschilderte Wirkung auch dann eintreten, wenn die der Landwirtschaft zusätzlich zugeführten Gelder über die Sparkasse anderen Produktionszweigen nutzbar gemacht würden. Auch in diesem Falle würde eine Verstärkung der Nachfrage nach Produktivgütern einsetzen und durch die Beschreitung von Produktionsumwegen die brachliegende Arbeitskraft wieder Verwendung finden können.

Nur der irrümlichen Auffassung, daß „die gestärkte Kaufkraft der Landwirtschaft nicht zur Betätigung kommt“, ist es zuzuschreiben, daß der Verfasser die Kaufkraftminderung durch die Agrarzölle den Schäden gleichstellen konnte, die der deutschen Volkswirtschaft durch die Reparationen zugefügt werden. Unverständlich bleibt es allerdings, daß Rauterberg bei diesem Vergleich den offensiblen Trugschluß seiner Gedankengänge nicht sogleich erkannt hat; denn in den zahlreichen Untersuchungen über die *Reparationsfrage* ist überall mit seltener Einmütigkeit betont worden, daß sich die Reparationen von den Steuern, die ebenso wie die Zölle Kaufkraftverschiebungen zur Folge haben, dadurch unterscheiden, daß hier ein Kaufkraftverlust für die Volkswirtschaft und keine Kaufkraftverschiebung innerhalb der Volkswirtschaft eintritt.

Die Einwände, die gegen die weiteren Ausführungen Rauterbergs noch vorzubringen sind, können hier nur kurz angedeutet werden. So ist es offenbar unrichtig, daß die

Landwirtschaft die schwersten Wirtschaftskrisen vor allem deshalb überstehen könne, weil 98 % der eigentlichen landwirtschaftlichen Betriebe als Familienbetriebe anzusehen sind und deren Besitzer einen erheblichen Teil ihres Einkommens in Form von Naturerzeugnissen unmittelbar aus dem Betriebe erhalten. Es ist richtig, daß der in Naturalien bestehende Teil des landwirtschaftlichen Einkommens krisenfest ist. Rauterberg übersieht aber, daß mit der zunehmenden Intensivierung und der stärkeren Eingliederung der deutschen Landwirtschaft in die moderne Verkehrswirtschaft, vor allem aber mit dem Anwachsen der Verschuldung, die große Mehrzahl aller Betriebe zu einem verstärkten Verkauf ihrer Erzeugnisse gezwungen wird und daß damit ein immer größerer Rückgang des krisenfesten Teils des landwirtschaftlichen Einkommens eintritt. Auch die neuerdings von den Rauterberg nahestehenden Agrarpolitikern immer stärker propagierte Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion muß naturgemäß in derselben Richtung wirken. Schon heute haben Erhebungen über die landwirtschaftliche Verschuldung ergeben, daß unter den Gläubigern bäuerlicher Betriebe in großer Zahl Bäcker und Fleischer zu finden sind. Der von Rauterberg geforderte Abbau des Zollschutzes würde deshalb nicht nur größere Betriebe in ihrem Bestand gefährden, sondern zu einem Ruin der großen Masse der landwirtschaftlichen Betriebe führen. Welche Folgen eine solche Vernichtung der Landwirtschaft nicht nur in materieller, sondern vor allem in ideeller Hinsicht für die deutsche Volkswirtschaft nach sich ziehen würde, bedarf an dieser Stelle keiner weiteren Erläuterung.

Dr. Fritz Lübkes.

#### Erwiderung von Dr. Martin Rauterberg

Der Widerspruch gegen den Aufsatz „Kaufkraftwandlungen im Gefolge der Agrarzölle“ bewegt sich in den bekannten Agrarschutz verteidigenden Gedankengängen, mit denen eine Auseinandersetzung an dieser Stelle schwerlich zu einer allseitig befriedigenden Klärung führen dürfte. Bemerkenswert ist, daß das Hauptergebnis meines Aufsatzes unangetastet bleibt und sogar mit voller Zustimmung bedacht wird: Die Feststellung, „daß durch den Zollschutz für die Agrarprodukte eine Kaufkraftverschiebung zugunsten der Landwirtschaft eingetreten ist“. Dieses Zugeständnis billigt den Kern jener Ausführungen und bestätigt den Ausgangspunkt für die weiteren Überlegungen, deren Ergebnisse trotz folgerichtiger Ableitung den Unwillen der Kritiker hervorrufen. In der Bestätigung der Tatsache, daß der Agrarschutz bedeutende Kaufkraftverschiebungen nach sich zieht, ist vielleicht ein erster Schimmer des Verständnisses dafür zu erblicken, daß seine rücksichtslose Anwendung wie andere gewaltsame Eingriffe dem Organismus der Volkswirtschaft eher schädlich als nützlich sei. Im Verhältnis zu dieser wesentlichen Übereinstimmung treten die Beanstandungen an allgemeiner Bedeutung zurück. Trotzdem sollen im Interesse der mit den Zusammenhängen weniger vertrauten Leser die größten Irrtümer dieser Kritik aufgezeigt werden.

Es wird darin gesagt, daß die durch die Weltagrarkrise bedingten Weltmarktpreise wegen ihres krisenhaften Charakters keine geeignete Basis für die Berechnung der Preisunterschiede abgeben. Nun hatte sich aber der Verfasser gerade jene zweifellos wichtige Frage vorgelegt, wie die Dinge im soeben abgelaufenen Jahr der schwersten Wirtschaftskrisen und Landwirtschaftskrisen lagen, also wie groß der Preisunterschied zwischen deutschen Preisen und den infolge der Agrarkrise außergewöhnlich niedrigen Weltmarktpreisen war. Die Tatsache, daß es sich in dem herangezogenen Jahr um Preisunterschiede handelt, die für die Gesamtheit der Nahrungsmittel eine Summe von 2,5 Milliarden RM ergibt, wird dadurch, daß außergewöhnliche Zustände herrschen, eher noch interessanter. Auch der Einwand, daß die Weltmarktpreise in zahlreichen europäischen Ländern infolge ähnlicher Zollmaß-

nahmen nicht maßgebend seien, läßt die Bedeutung jener Frage unberührt, in welchem Maße sich die deutschen Preise von denen des Weltmarkts entfernt haben, und in welcher Größenordnung mithin das von der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung zugunsten der Landwirtschaft getragene Opfer liegt, als welches der Verzicht auf die niedrigen Weltmarktpreise angesehen wurde. Eine andere Frage, die allerdings nicht in dem genannten Aufsatz aufgeworfen wird, ist die, ob die Weltmarktpreise bei Aufhebung zunächst der deutschen Zollschranken anziehen und dadurch den Preisunterschied gegenüber den gegenwärtigen deutschen Preisen verkleinern würden. Eine derartige Preisbesserung auf dem Weltmarkt und damit eine Besserung der gesamten agrarwirtschaftlichen Lage würde zweifellos eintreten. Trotzdem würde die Verbilligung der Ernährungskosten gegenüber den durch Agrarzölle geschützten Preisen nicht wesentlich von der unter Voraussetzung gleichbleibender Weltmarktpreise berechneten Preisdifferenz von 2,5 Milliarden RM abweichen. Warum gerade beim Roggen der Vergleich mit den Weltmarktpreisen problematisch sein soll, ist nicht einzusehen; gerade bei dieser Getreideart ist das Überangebot durchweg so groß, daß die Preise ohne stützende Maßnahmen zweifellos auf das Niveau der Weltmarktpreise sinken würden.

Der Kritiker verkennt ferner die Bedeutung und das Wesen der Indexzahlen, wenn er den Großhandelsindex für Agrarprodukte für die Berechnung der Kosten des Agrarschutzes heranziehen will und diesen Weg sogar für geeigneter hält als den von mir eingeschlagenen. Indexzahlen werden berechnet auf der Grundlage von Verbrauchs- und Produktionszahlen zurückliegender Jahre und enthalten infolgedessen gewisse im Schema bedingte Abweichungen von der gegenwärtigen Lage. Eine Berechnung, welcher — wie im vorliegenden Falle — der tatsächliche gegenwärtige Verbrauch zugrunde liegt, stellt ohne Frage das Optimum aller Möglichkeiten dar.

Besonders irreführend ist der Hinweis auf die Berechnung des landwirtschaftlichen Einkommens, die vom Institut für Konjunkturforschung für die vier Monate Januar bis April 1931 durchgeführt ist. Daß diese Rechnung zu gänzlich anderen Ergebnissen führen muß als die von mir für die zwölf Monate April 1930 bis März 1931 durchgeführte Berechnung, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Außerordentlich gering scheint das Verständnis des Kritikers auch für jene Folgerungen zu sein, die sich aus der von ihm selbst zugegebenen Kaufkraftverschiebung ergeben. Ist es so schwer einzusehen, daß bei einer anhaltenden Stockung des Konsums, die teilweise als Folge der relativen Verteuerung der Ernährung eingetreten ist, eine Vermehrung der Produktionsmittel in hohem Maße unwirtschaftlich und überflüssig sein muß, so daß die Kapitalinvestierung — die Tatsachen beweisen es — nur eine relativ geringe Ausdehnung annehmen kann? Ohne Belebung des Konsums oder zum mindesten ohne die Aussicht darauf, ist eine Überwindung der Depression nach den Gesetzen der Wirtschaftsdynamik undenkbar. In der gegenwärtigen Lage ist eine solche Konsumbelebung auf dem Umweg über Zinsverbilligung und dadurch bewirkte Produktionskostensenkung unwahrscheinlicher denn je. Um so tiefer würden gerade im gegenwärtigen aussichtslosen Stadium des Wirtschaftsablaufs die günstigen Auswirkungen eines Zollabbaus greifen. Sie würden sich nicht in einer unmittelbaren und kräftigen Belebung des Konsums an industriellen Verbrauchsgütern erschöpfen, sondern eine fühlbare Senkung der Produktionskosten ermöglichen, von der unser künftiger Export in hohem Maße abhängig ist. Schließlich würde mit wiederkehrendem Vertrauen ein Zufluß von Kapital einsetzen, der den Umfang des gegenwärtig von der zollgeschützten Landwirtschaft zur Herstellung von Produktionsmitteln direkt oder indirekt bereitgestellten Kapitals weit übertreffen würde.

# Marktberichte

## Die Konjunktur

Selten war das Schicksal der deutschen Wirtschaft so ungewiß wie in diesen Wochen. Die schwere Vertrauenskrise, deren Ausmaß weit über die Krisen der letzten Jahre hinausgeht, macht es unmöglich, den wirtschaftlichen Ereignissen unter dem Gesichtspunkt einer Konjunkturbetrachtung zu folgen. Noch können sich in den statistischen Daten die Folgen der Krise nicht auswirken. Das Bild, das die Statistik bisher vermittelt, ist vielmehr im allgemeinen das einer Depression. Welche Stellung in diesem Zusammenhang der neuen Krise zukommt, läßt sich vorläufig nicht übersehen. Sicher ist nur, daß diese Krise nicht am Schlusse eines Aufschwungs steht; vielleicht ist sie das Ergebnis einer „verschleppten“ Krisis, die sich nunmehr gerade wegen ihrer Verschleppung besonders scharf auswirkt. —

Nach den Zahlen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich die Lage des *Arbeitsmarkts* im Juni konjunkturell ein wenig verschlechtert. Die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder stieg in der „Konjunkturgruppe“ von 24,7 auf 24,8 % der Mitglieder, und die Zahl der Kurzarbeiter erhöhte sich von 20,6 auf 20,9. Durch die Besserung bei den Saisonarbeitern wurde diese Bewegung nur teilweise kompensiert. Insgesamt ist die Zahl der Vollbeschäftigten von 65,5 auf 65,1 % der Gewerkschaftsmitglieder gesunken.

Die neuesten Zahlen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beziehen sich auf den 15. Juli. Nennenswerte Veränderungen traten darnach in der Arbeitslosigkeit während der ersten Julihälfte nicht ein: Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden erhöhte sich nur um 2000. Mit 3 954 000 war also tatsächlich der saisonmäßige Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit in diesem Sommer erreicht. Zur entsprechenden Vorjahrszeit war die Zahl der Arbeitslosen um 75 000 auf 2 716 000 gestiegen. Einen ungewöhnlich starken Rückgang wies dieses Jahr die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung auf: Sie sank um etwa 166 000 auf 1 246 000. Wahrscheinlich ist diese Bewegung zum überwiegenden Teil auf die Notverordnung vom 5. Juli zurückzuführen, nach der ein Teil der Ehefrauen, der Jugendlichen und der Rentenempfänger sowie manche „berufsblicke Arbeitslose“ (Saisonarbeiter) aus der Unterstützung ausgeschieden sind. Die Zahl der Krisenunterstützten ist weiter gestiegen.

### Die Arbeitslosigkeit bei den freien Gewerkschaften

(% der Gewerkschaftsmitglieder)	Arbeitslose <sup>1)</sup>			Kurzarbeiter <sup>2)</sup>			Vollbeschäft. <sup>3)</sup>	
	Konjunkturgruppe	Saisongruppe	Zusammen	Konjunkturgruppe	Saisongruppe	Zusammen	einschl. Saison-gewerb.	ausschl. Saison-gewerb.
<b>1929</b>								
Januar	10,3	58,4	19,4	9,3	3,4	8,2	75,7	85,8
Februar	11,4	68,1	22,3	10,0	2,1	8,5	72,7	84,3
März...	10,6	43,3	16,8	9,1	0,6	7,5	78,3	85,2
April ..	9,2	19,2	11,0	8,0	0,3	6,6	85,1	87,5
Mai ....	8,6	11,0	9,1	7,8	0,2	6,3	86,8	87,8
Juni ...	8,4	9,2	8,6	7,6	0,3	6,2	88,8	88,9
<b>1930</b>								
Januar	14,2	55,5	22,2	12,6	2,2	10,6	73,6	81,1
Februar	15,0	59,5	23,7	15,1	2,0	12,5	71,8	79,5
März...	15,1	50,2	21,9	14,7	1,4	12,1	73,7	79,0
April ..	15,2	42,9	20,5	14,3	1,2	11,7	75,3	78,6
Mai ....	15,4	38,1	19,8	14,1	1,2	11,7	76,2	78,5
Juni ...	16,0	35,9	19,8	14,8	1,5	12,3	75,2	77,5
<b>1931</b>								
Januar	27,8	72,8	34,5	22,6	2,3	18,8	57,1	64,4
Februar	25,8	74,7	34,8	23,1	2,2	19,2	57,4	64,8
März ..	25,6	71,4	34,0	22,4	1,7	18,6	58,9	64,7
April ..	25,2	63,7	32,3	21,5	1,5	17,9	61,2	65,2
Mai ....	24,7	55,5	30,4	20,6	1,6	17,1	63,5	66,1
Juni ...	24,8	54,1	30,2	20,9	1,6	17,4	63,1	65,9

1) Stichtag: letzter Arbeitstag der letzten Woche des Monats. — 2) Letzte Arbeitswoche des Monats. — 3) Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung auf Grund der Gewerkschaftsstatistik. Monatsende.

## Der Geld- und Kapitalmarkt

### Der Geldmarkt außer Funktion

In Deutschland konnte auch in der vergangenen Woche von einem *Geldmarkt* noch keine Rede sein. Hieraus ergeben sich für die Banken zahlreiche Schwierigkeiten. Wie es heißt, hat das hohe Zinsniveau für Bankeinlagen doch die Wirkung gehabt, daß die Einzahlungstätigkeit der Kundschaft zunimmt. Die Verbuchung dieser Gelder erfolgt auf „freiem Konto“, sie können also jederzeit in unbeschränktem Umfang wieder abgehoben werden. In normalen Zeiten wurden solche Beträge in Form von „täglichem Geld“ an andere Banken ausgeliehen. Da aber jetzt der Leihverkehr zwischen den Banken ruht, besteht kaum eine Möglichkeit, die neu eingezahlten Gelder der Kundschaft so anzulegen, daß sie sofort verfügbar sind. Vielfach dürften die Institute daher gezwungen sein, das Geld meist zinslos in ihren Tresors zu lagern und die hierdurch entstehenden Verluste in Kauf zu nehmen.

### Starke Goldabzüge in London

Angesichts der „Zwangswirtschaft“ für *Devisen* geben die jetzt regelmäßig von der Reichsbank veröffentlichten amtlichen Devisen- und Notenkurse kein getreues Bild von der wirklichen Lage. So wird z. B. der Dollar täglich unverändert mit 4,209 G und 4,217 B notiert. Die amtliche New Yorker Marknotiz lautete am 22. Juli 23,50, was eine rechnerische Parität von 4,26 RM. für den Dollar ergibt. Am Beginn dieses Monats notierte die Reichsmark in New York 23,73 (Parität 4,21). Immerhin kommt auch in den Berliner amtlichen Devisenkursen eine *Erholung* der Mark zum Ausdruck; so fiel z. B. der Schweizer Franken seit dem 18. d. M. von 81,97 auf 81,85 und die dänische Krone von 112,49 auf 112,57 RM. Das englische Pfund senkte sich in demselben Zeitraum von 20,48 auf 20,45 RM. In London notierte die Mark in den letzten Tagen unverändert 20½ bis 20¾, was eine kräftige Erholung gegen die Notierungen kurz nach dem Danat-Zusammenbruch bedeutet. Nennenswerte Umsätze dürften jedoch kaum zustande gekommen sein.

Berlin Mittelkurs:	17. 7.	18. 7.	20. 7.	21. 7.	22. 7.	23. 7.
New York .....	4,213	4,213	4,213	4,213	4,213	4,213
London .....	20,48	20,48	20,45	20,45	20,44	20,43

In der Berichtswoche kam es bei der Bank von England zu weiteren großen Goldabzügen. Allein am Mittwoch belief sich der Goldverlust auf über 5 Mill. £, so daß seit dem letzten Wochenausweis des Instituts ungefähr 15 Millionen £ aus England abgeflossen sind. Im ganzen dürfte die Bank von England seit Wiederaufnahme der Goldverschiffungen nach dem Kontinent, also etwa seit dem 13. Juli bis einschließlich 24. Juli, 29,4 Mill. £ Gold verloren haben. Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings, daß die Bank durch die vorher erfolgten deutschen Goldabgaben eine ziemlich starke Position hatte. Dennoch hat sie den *Diskontsatz* am 25. Juli von 2½ auf 3½ % erhöht. Die privaten Diskontsätze waren bereits recht nahe an die offizielle Bankrate herangerückt. Unter diesen Umständen tendierte der Pfundkurs weiter schwach. In Paris notierte das Pfund am Mittwoch 123,65 gegen 123,20 am Donnerstag der vorigen Woche.

Am 22. Juli sah sich die *Österreichische Nationalbank* zu einer Heraufsetzung des Diskonts von 7½ auf 10 % genötigt, da verschiedene ausländische, insbesondere ungarische, Interessenten versuchten, sich in Wien Devisen zu verschaffen. Anscheinend ist das österreichische Noteninstitut zu dieser Diskonterhöhung auch durch die Annahme veranlaßt worden, daß die Reichsbank ihren Diskont doch noch heraufsetzen werde. Auch in Ungarn ist der amtliche Diskontsatz (von 7 auf 9 %) erhöht worden.

## Die Warenmärkte

Die andauernde Einengung der Geldversorgung in Deutschland und die Unklarheit über den Schwebestand, der durch die Notverordnungen geschaffen ist, haben die Schwierigkeiten des Warenhandels weiter vermehrt. Über die Abwicklung der *Terminkontrakte* und über die Rechtslage bei einer Wiedereröffnung der Terminmärkte an den verschiedenen Plätzen hat man noch keine Klarheit gewonnen. Auch die Besprechungen, die im preußischen Handelsministerium zwischen Vertretern der deutschen Waren-Terminbörsen abgehalten wurden, und in deren Vordergrund das handelsrechtliche Lieferungsgeschäft mit Getreide stand, haben kein Ergebnis gezeitigt. Hier wie in Hamburg bei den Beratungen, die unter den Vertretern der am Terminmarkt interessierten Verbände und Firmen stattfanden, war man übereinstimmend der Ansicht, daß man zunächst die weitere Entwicklung abwarten und wenn irgend möglich die Zwangsregulierung laufender Engagements verhindern müsse. Sollte bis zum Ultimo eine Wiederaufnahme der Notierungen auf den Warenmärkten nicht möglich sein, so werde man über die Festsetzung von Liquidationskursen und über eine Prolongation der Engagements beraten müssen. Mindestens ebenso schwierig wie für die Termingeschäfte gestalteten sich die Dinge im *Effektiohandel*, bei dem die Verschärfung der deutschen Finanzkrise in einer bedauerlichen Differenzierung der Preisforderungen nach der Zahlungsweise zutage trat. Auf diese Tatsache und auf den hohen Lombardzinsfuß, der eine große Lagerhaltung verbietet, ist es zurückzuführen, daß sich die Zufuhren verzögern und die Geschäftstätigkeit — milde gesagt — als *stockend* bezeichnet werden muß. — Bei der weitgehenden

### Zurückhaltung der Getreidemärkte

sprach überdies die regnerische Witterung mit, die für das auf dem Felde geschnitten liegende bzw. für das schnittreife Korn vermehrte Befürchtungen wegen der Qualitäten erweckte, so daß die Unternehmungslust noch mehr eingeschränkt wurde. Wie im vorigen Jahre ist der Regen für die Ernte sehr zur Unzeit gekommen. Einige Gebiete des deutschen Ostens haben zwar aus dem Regen Nutzen für die Hackfruchternte gezogen, aber die Einbringung der Halmfrüchte erleidet zum mindesten eine Verzögerung. Das Angebot in allen Getreidearten alter Ernte ist gegenwärtig klein. Es brauchen aber keine Befürchtungen wegen der Versorgung gehegt werden, schon allein in Hinsicht auf die vorhandenen Brotgetreidereserven in öffentlicher Hand. Das Geschäft in *Weizen* ist fast vollständig lahmgelegt, zumal vom Ausland keine Anregungen vorlagen und den leichten amerikanischen Befestigungen sehr bald wieder leichte Abschwächungen folgten. In *Roggen* erfolgten täglich Verkäufe in Regierungsware gegen bar, besonders an Abnehmer in Mitteleuropa. Neuer Roggen wird in den Provinzen schon verschiedentlich vermahlen, und man rechnet bei dem Geldbedarf der Landwirte auf eine baldige Zunahme des Angebots. Für Hafer und Gerste lauteten die Preisforderungen fester, ohne lebhafteres Interesse zu erwecken. *Wintergerste* kommt in besseren Partien nur wenig heraus und wird merklich höher bewertet. Nach den Schätzungen des Deutschen Landwirtschaftsrats ist von dem ersten Schnitt der Wiesen ein *Heuertrag* von rund 19 Mill. t zu erwarten. Wenn der zweite und dritte Schnitt noch einmal die gleiche Menge liefern, so steht eine wesentlich größere Gesamternte an Heu in Aussicht, als in den beiden vorhergegangenen Jahren. — Aus *Rumänien* wird berichtet, daß die Ernteschätzung den Durchschnitt der letzten fünf Jahre übersteigt, aber hinter dem Rekordergebnis des vorigen Jahres zurückbleibt. In *Bulgarien* soll sich die staatliche Preisstützung für Getreide als recht günstig erwiesen haben; die Regierung hat beschlossen, die Aktion auch nach der neuen Ernte fortzusetzen.

### Auf den Metallmärkten

erlangten die Geschäftsabschlüsse bisher keine größere Ausdehnung, obwohl es durchaus nicht an einzelnen

Anregungen fehlte. Maßgebend für die internationalen Metallmärkte bleibt die Entwicklung in Deutschland. Übereinstimmend wird aus London und New York gemeldet, daß sich die deutsche Kreditkrise in einer nahezu völligen Stockung der Umsatzfähigkeit bemerkbar machte. Allgemein wird von den Konsumenten die weitere Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland abgewartet. New York meldet eine leichte Preisbesserung für Standardkupfer und Elektrolytkupfer; Außenseiterangebote zu 5—10 cents unter Kartellpreis fanden keine Beachtung. — In *Deutschland* stellte sich die *Kupferproduktion* nach den Berechnungen des statistischen Büros in Frankfurt a. M. im Juni auf 4682 gegen 4045 t im Mai 1931. Die deutsche Kupferaffinadeproduktion (Raffinade und Elektrolytkupfer) betrug in demselben Zeitraum 11 488 gegen 10 938 t im Mai 1930.

*Zink* war nicht wesentlich verändert, da die Kartellbildung bereits in der letzten Woche zur Geltung gekommen war. *Blei* gab im Preise nach, obwohl verlautete, daß die Produzenten eine weitere fünfprozentige Einschränkung der Förderung beschlossen haben. *Zinn* konnte von dem Rückgang nur wenig einholen. Die Nachrichten über eine Poolbildung wurden nicht bestätigt. *Silber* stand unter dem Druck von Abgaben. Der von amerikanischer Seite gemachte Vorschlag, Deutschland eine größere Silberanleihe zu gewähren, konnte den Preis nicht stützen, zumal das Projekt keinerlei Aussicht auf Verwirklichung hat. — Aus Paris lag eine Meldung vor, die eine Änderung in der Organisation des europäischen *Aluminium-Kartells* ankündigte. Die Erneuerung des seit 1926 bestehenden Verbandes kann als gesichert angesehen werden. Auf den

### Kolonialwarenmärkten

bewegten die Geschäftsabschlüsse sich in den durch die Knappheit an Zahlungsmitteln gezogenen Grenzen. Die Preise ließen keine einheitliche Tendenz erkennen, da schon ein verhältnismäßig geringes Angebot oder eine kleine Nachfrage auf die Notierungen Einfluß ausübten. Auf den *Zuckermärkten* sind die Umsätze auf ein Minimum zurückgegangen. Die Anbaufläche ist nach den Erhebungen des deutschen Landwirtschaftsrats erheblich kleiner als im Vorjahre (im ganzen um etwa 20 %). Über die Ernteaussichten sagt F. O. Licht, daß die Regenfälle den Stand der Rüben gefördert haben, daß aber in den Gebieten, wo die Rüben bisher in der Entwicklung zurückblieben, der Rückstand noch nicht ausgeglichen ist. Auf dem Verbrauchszuckermarkt wickelte sich das verminderte Geschäft ruhig ab. Mit der neuen Freigabe von 4 % sind insgesamt 79 % freigegeben. In New York bewirkten Liquidationen mäßigen Umfangs und Abgaben der Kommissionshäuser im Anschluß an niedrige Londoner Meldungen ein Nachgeben der Preise, zumal die Unsicherheit über die Situation in Deutschland die Unternehmungslust lähmte.

Auf dem *Kaffeemarkt* gaben die Preise weiter nach im Zusammenhang mit ermäßigten Brasillofferten. Das Lokogeschäft ruht noch infolge der nicht geklärten Abwicklungsmöglichkeiten; die Preise blieben nominell unverändert. Der *Kakaomarkt* zeigte unter Schwankungen eine stetige Haltung. Auch für greifbare Ware sind keine nennenswerten Preisänderungen festzustellen. Die Umsätze leiden unter der Schwierigkeit der Devisenbeschaffung. Für *Reis* wurde vom Osten sehr feste Tendenz auf vermehrte Nachfrage Chinas gemeldet. Hier kam es wieder zu einigen Abschlüssen mit dem Ausland, wobei die Forderungen für die Konsumsorten erhöht wurden. — Dem schon durch die

### Schließung der Baumwoll-Terminmärkte

zur Untätigkeit verurteilten Baumwollhandel wurde durch die jüngsten Bankschwierigkeiten in Bremen eine verstärkte Beunruhigung bereitet. Es sind Schritte eingeleitet worden, um durch Erleichterung der Devisenbeschaffung dem Bremer Baumwollhandel die Erfüllung der drin-

gendsten Auslandsverpflichtungen sicherzustellen. Eine Behebung der Schwierigkeiten liegt nicht nur im Interesse des Baumwollhandels, sondern auch im Interesse der Baumwollindustrie und ihrer Rohstoffversorgung.

## Die Effektenmärkte

Die deutschen Effektenmärkte blieben auch während der Berichtswoche geschlossen. Nach den letzten Beschlüssen des Börsenvorstands ist auch nicht damit zu rechnen, daß der Effektenverkehr im Laufe dieses Monats aufgenommen wird. Ebenso ist es noch unsicher, ob in absehbarer Zeit mit einem Terminverkehr zu rechnen ist. Vermutlich wird man sich zunächst auf Kassanotierungen beschränken. Die Frage der Liquidationskurse ist zur Zeit noch ungeklärt.

## Londoner Börse

Nach den Kurseinbrüchen der Vorwoche war die Börsenstimmung im Zusammenhang mit den Lichtblicken, die die politische Entwicklung zu bieten schien, *zunächst zuversichtlicher*. Die Reise des deutschen Kanzlers und des Außenministers nach Paris und London und die scharfen Maßnahmen, die Deutschland traf, um der Krise des Zahlungsverkehrs Herr zu werden, machten einen günstigen Eindruck. Die Wochenendbörse lag ausgesprochen fest. Nicht nur deutsche Papiere konnten von der freundlicheren Beurteilung profitieren, auch brasilianische Bonds und internationale Werte notierten höher. Ebenso zeigten führende Industriepapiere Kursbesserungen, insbesondere Courtaulds, da die erwartete Interimsdividende gezahlt wurde. Neben Rio Tinto konnten südafrikanische Goldminen ebenfalls Kursgewinne buchen.

Obwohl die politische Lage am Montag noch günstig beurteilt wurde — man sprach noch von Milliarden-Krediten an Deutschland — übte die Börse in Erwartung des Ausgangs der Londoner Verhandlungen *Zurückhaltung*. Im Verlauf der Woche nahm diese abwartende Tendenz noch zu. Das Geschäft war an allen Tagen außerordentlich klein, und die Kursänderungen hielten sich in engen Grenzen. Südafrikanische Minen und Rio Tinto lagen weiter fest, auch Ölwerte zogen auf Anregung von New York leicht an. Heimische Eisenbahnen lagen hingegen schwächer, und chilenische Werte wurden durch die Ankündigung des Auslandsmoratoriums stärker gedrückt. Auch *deutsche Anleihen* gaben wieder einige Punkte nach. Am 22. Juli notierte die Dawes-Anleihe 89 %, die Young-Anleihe 62 %. Die Gesamthaltung war unsicher und neigte in den letzten Tagen eher zur *Schwäche*.

Abgesehen von der Ungewißheit über die allgemeine politische Entwicklung und die schwierigen Londoner Verhandlungen wurde die Unsicherheit verstärkt durch die *Schwäche der Sterling-Devise* und die anhaltenden *Goldabzüge* von der Bank von England. Großes Aufsehen rief am Donnerstag der Vorwoche eine durch ein technisches Versehen fälschlich angezeigte Diskonterhöhung auf 4 % hervor, die auch nach Aufklärung des Irrtums noch nachwirkte. Das Pfund lag mehrere Tage erheblich unter dem Goldpunkt und konnte sich bisher trotz größerer Goldexporte kaum erholen. Gold floß nicht nur nach Frankreich, sondern auch nach Belgien, Holland und der Schweiz ab. Die folgende Übersicht zeigt, wie stark die Bank von England durch Goldabzüge in Anspruch genommen wurde, und macht deutlich, daß der Abstrom keineswegs im Abnehmen begriffen ist:

15. Juli Barrengold	865 883 £
Sovereigns zurückgestellt	rund 2 000 000 £
16. Juli Sovereigns zurückgestellt	rund 2 000 000 £
Barrengold	3 140 961 £
17. Juli Barrengold	1 554 393 £
18. Juli Barrengold	1 155 856 £
20. Juli Barrengold	1 984 651 £
21. Juli Barrengold	2 829 499 £
22. Juli Barrengold	rund 3 000 000 £
23. Juli Barrengold	rund 5 000 000 £
24. Juli Barrengold	rund 4 500 000 £

Die City beurteilt diese Kreditkündigungen ziemlich ruhig, ist allerdings indigniert, weil sie politische Gründe

dahinter vermutet und den Run keineswegs als sachlich gerechtfertigt ansieht. Trotzdem bildet die *kurzfristige Verschuldung*, die vom MacMillan Report auf etwa 650 Mill. £ geschätzt wird, ein starkes Gefahrenmoment, zumal schwimmende Fonds in diesem Umfange und mit derartiger politischer Empfindlichkeit in der Vorkriegszeit unbekannt waren und mit normalen bankpolitischen Mitteln schwer zu meistern sind. Da für England die nach neueren Schätzungen etwa 90 Mill. £ betragenden *englischen Engagements in Deutschland* für absehbare Zeiten nicht verfügbar sind, erfährt die Situation eine weitere Erschwerung. Auf Anregung der Bank von England ist inzwischen eine Umfrage veranstaltet worden, um die *französischen Guthaben in England* festzustellen; das Ergebnis wird vorläufig geheim gehalten. Aber die „Financial News“ glaubt Angaben machen zu können, nach denen etwa 75 Mill. £ französische Guthaben bei englischen Banken und Akzepthäusern laufen und etwa eine ebenso große Summe von englischen Pfundwechseln sich in französischem Besitz befindet. Ein beträchtlicher Teil dieser Guthaben und Wechsel soll auf die Bank von Frankreich entfallen. Diese auch für den Londoner Platz beträchtlichen Summen, die jetzt in Bewegung geraten sind, bringen England in eine ähnliche Lage — wenn auch auf einem unvergleichlich anderen Niveau — wie sie Deutschland in den letzten Wochen erlebte. Schon die bisherigen Abzüge haben den Geldmarkt zunehmend versteift und die Diskontraten bereits seit Montag dicht an den offiziellen Satz heranrücken lassen. Am Donnerstag hat sich deshalb die Bank von England zum Schutz ihres Goldbestandes zu einer *Diskonterhöhung um ein volles Prozent* (von 2½ auf 3½ %) entschlossen. Man darf gespannt sein, ob es mit dieser klassischen Maßnahme gelingt, die zum Teil politisch und vertrauensmäßig bedingte Fluktuation der vagabundierenden Fonds für England zum Stillstand zu bringen, oder ob das gesteigerte Mißtrauen auch die Wirkung dieser Bremse aufhebt. Zunächst wird wohl von der Diskontheraufsetzung nur die innerenglische Wirtschaft betroffen werden.

	15. 7.	16. 7.	17. 7.	20. 7.	21. 7.	22. 7.
40% Funding Loan	92¾	93¾	95¼	95	95½	94¾
London Midl & Scot. Ord.	16	16¼	16½	16¼	16¼	16
Central Argentine Ord.	47	48½	48	48½	48	46½
De Beers Cons. Mines Def	36/8	38/4	38/4	38/4	48	35/4
Burmah Oil Co.	29/8	27/16	21/8	28/8	27/16	28/8
Anglo Dutch Plantation	13/3	13/6	13/6	13/6	13/6	13/6
Courtaulds	27/6	28/6	29/4½	28/6	28/6	30/0
Imperial Chemical Industr.	13/6	14/0	14/1½	14/1½	14/9½	14/0
Vickers	6/6	6/6	6/6	6/6	6/6	6/7½
Rio Tinto Ord.	17½	19	19¾	19	19½	18½
Aktienindex 1928=100	60.3	60.8	61.3	61.2	61.1	60.9
Abschlüsse total	4 738	4 604	4 746	4 894	3 398	3 665
Staats- u. Kommunalanl.	1 473	1 474	1 420	1 489	1 073	1 170
Verkehr- u. PublicUtilities	753	758	882	849	651	645
Handel u. Industrie	1 395	1 370	1 421	1 468	992	1 074
Bank, Versicherung	480	850	477	487	375	353
Minenwerte	442	358	381	403	199	289
Ölwerte	118	131	141	128	68	75
Gummi, Tee, Kaffee	77	67	74	70	40	59

## New Yorker Börse

In Wallstreet war die Lage ebenfalls völlig von dem politischen Geschehen in Europa und dem wechselnden Stand der Pariser und Londoner Verhandlungen bestimmt. Nachrichten aus der Wirtschaft waren kaum von Einfluß, zumal anregende Momente nirgends vorlagen. So verlief das Geschäft außerordentlich schleppend, und der

## Bayerische Vereinsbank



Kredit- und

Hypotheken-Bank

Niederlassungen an allen  
größeren Plätzen des rechtsrheinischen Bayern

Wochenschluß brachte den geringsten Aktienumsatz seit fünf Jahren. Zum Beginn der Berichtswoche konnten die Erholung der Pariser Börse und die freundlichere Tendenz Londons eine teilweise Aufholung der Kursverluste der Vorwoche erzielen. Aber die Erholung war keineswegs allgemein, da auf Abgaben des Auslands eine Reihe von Industrie- und Eisenbahnpapieren einige Punkte verloren und das Angebot immer noch die Nachfrage überzog. Deutsche Dollarbonds besserten sich nach dem chaotischen Kurseinbruch der Vorwoche nachhaltiger. Am Beginn der neuen Woche setzte sich nochmals eine freundlichere Auffassung durch, da man sich von dem Vorschlag Hoovers für die Sieben-Mächte-Konferenz eine günstige Wirkung versprach. Jedoch blieb das Geschäft stockend und die Umsatztätigkeit in engsten Grenzen. Die Donnerstagsbörse war matt und brachte Kurseinbußen bis zu 5 \$. Per Saldo dürfte sich das Kursniveau der Woche leicht erhöht haben. Die Bewegung im einzelnen hatte aber keine besondere Note.

Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien	Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien
16. 7. 31	141,99	77,47	20. 7. 31	144,48	79,59
17. 7. 31	142,61	79,15	21. 7. 31	146,70	80,99
18. 7. 31	142,42	79,03	22. 7. 31	142,52	79,85

Die Flüssigkeit des Geldmarkts hielt, gestützt durch die Federal Reserve Bank von New York und den Goldzustrom, an. Der Monat Juni hatte einen Rekordzugang von Gold in Höhe von 65,9 Mill. \$ zu verzeichnen, das hauptsächlich aus Kanada und Südamerika stammte. Goldverschiffungen von England scheinen durch besondere Vereinbarungen zwischen den Federal Reserve Banken und der Bank von England verhindert worden zu sein.

	16. 7.	17. 7.	18. 7.	20. 7.	21. 7.	22. 7.
U. S. Steel Corporat.	947/8	941/2	941/2	955/8	971/4	941/8
American Can Co.	103 5/8	103 1/2	103 5/8	104 1/2	108	101 7/8
Anaconda Copper	25 3/8	25 5/8	27 1/8	27 3/8	27 1/4	25 1/4
General Motors	37 1/4	37 1/4	37 3/8	37 7/8	38 1/8	37 3/8
Chrysler	22	22 1/2	22 1/2	23 3/8	23 1/2	22 3/8
General Electric	407/8	41 1/4	41 5/8	41 7/8	42 3/4	41 1/4
Am. Tel. & Telegr.	175 1/4	176	177	178 3/8	179 1/4	178 1/2
Radio Corporation	17 3/8	17 3/4	18	18 3/8	19	17 7/8
Allied Chemical	118	117 1/2	117 1/4	118 3/4	121 1/4	118
Standard Oil N. J.	37	37 1/2	37 7/8	38 1/2	38 1/4	38 1/4
Woolworth	67 1/2	68	67 3/4	68	68 1/4	67 3/4
Pennsylv.-Railr. Co.	48 3/8	48 3/4	48 1/4	46 3/4	47 5/8	46 1/2
Aktienumsatz	2100	1900	400	700	1100	1000

Reichsbank-Ausweis

(Mill. RM)	15. 7. 1931	7. 7. 1931	15. 6. 1931	15. 7. 1930
<b>Aktiva</b>				
1. Noch nicht begebene Reichsbankanteile	—	—	—	177.212
2. Goldbestand (Barrengold) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund fein zu 1392 RM berechnet	1 366.092	1 421.756	1 765.571	2 618.731
und zwar:				
Goldkassenbestand	1 284.440	1 304.969	1 567.459	2 468.943
Golddepot (unbelastet) bei ausländ. Zentralnotenbanken	81.652	116.787	198.112	149.788
3. Deckungsfähige Devisen	124.367	370.989	104.309	183.851
4. a) Reichsschatzwechsel	76.610	3.420	13.590	—
b) Sonstige Wechsel und Schecks	2 678.829	2 554.992	2 019.061	1 488.029
5. Deutsche Scheidemünzen	78.723	84.354	199.131	162.162
6. Noten anderer Banken	9.221	8.788	17.826	20.168
7. Lombardforderungen	386.007	224.477	154.848	70.237
darunter Darlehen auf Reichsschatzwechsel	0.175	0.001	0.001	0.001
8. Effekten	1) 102.259	1) 102.264	1) 102.729	1) 101.068
9. Sonstige Aktiva	856.886	861.431	573.973	729.431
<b>Passiva</b>				
Grundkapital:				
a) begeben	150.000	150.000	150.000	122.788
b) noch nicht begeben	—	—	—	177.212
2. Reservefonds:				
a) gesetzlicher Reservefonds	57.920	57.920	57.920	58.915
b) Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlung	46.235	46.235	46.235	46.224
c) Sonstige Rücklagen	233.176	233.176	233.176	271.000
3. Betrag der umlaufenden Noten	4 161.809	4 110.418	3 888.610	4 186.916
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	307.114	342.762	323.620	426.712
5. Sonstige Passiva	726.240	691.980	251.480	264.122
Bestand an Rentenbankscheinen	13,2	19,7	38,1	57,6
Umlauf an Rentenbankscheinen	414,5	409,0	390,6	391,1
Deckungsverhältnis %	36,8	43,6	45,4	62,5
Diskontsatz %	2) 10	2) 7	2) 7	2) 4
Lombardsatz %	2) 16	2) 8	2) 8	2) 5

1) Darunter ca. 8 Mill. RM Pflichteinzahlung der Reichsbank auf ihren Kapitalanteil bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. — 2) Seit dem 16. 7. 31. — 3) Seit dem 13. 6. 31. — 4) Seit dem 20. 6. 30.

Ausweise deutscher Privatnotenbanken

(Mill. RM)	Bayerische Noten-B.	Sächsische Bank	Badische Bank	Württ. Noten-B.
<b>7. Juli 1931</b>				
<b>Aktiva</b>				
Gold	28.559	21.032	8.124	8.180
Deckungsfähige Devisen	6.093	10.359	2.791	5.038
Sonstige Wechsel u. Schecks	51.908	47.745	18.743	17.352
Deutsche Scheidemünzen	0.040	0.087	0.010	0.027
Noten anderer Banken	2.228	2.341	1.226	3.293
Lombardforderungen	5.130	10.567	11.988	4.292
Wertpapiere	8.127	10.042	19.502	30.018
Sonstige Aktiva	—	—	—	—
<b>Passiva</b>				
Notenumlauf	69.602	66.817	20.331	24.015
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	3.219	14.168	10.323	7.044
Verbindlichkeiten mit Kündigungsfrist	0.082	5.655	14.586	23.149
Sonstige Passiva	3.092	2.104	1.925	4.681
Weitergegebene Wechsel	6.132	0.000	1.011	1.978
<b>15. Juli 1931</b>				
<b>Aktiva</b>				
Gold	28.559	21.032	8.124	8.180
Deckungsfähige Devisen	6.113	7.224	2.787	5.038
Sonstige Wechsel u. Schecks	52.397	48.632	19.345	17.380
Deutsche Scheidemünzen	0.042	0.077	0.076	0.004
Noten anderer Banken	1.991	6.907	0.689	0.148
Lombardforderungen	2.267	2.458	1.568	3.340
Wertpapiere	5.130	9.412	12.282	4.187
Sonstige Aktiva	8.759	11.581	20.274	33.211
<b>Passiva</b>				
Notenumlauf	69.777	69.069	24.225	26.109
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	3.071	9.811	11.194	7.615
Verbindlichkeiten mit Kündigungsfrist	0.075	5.387	15.639	23.576
Sonstige Passiva	3.205	2.222	1.776	4.282
Weitergegebene Wechsel	5.315	0.000	0.240	0.001

Statistik

Monatsausweis der Deutschen Rentenbank

(Rentenmark)	30. 6. 1931	31. 5. 1931
<b>Aktiva</b>		
Belastung der Landwirtschaft zugunsten der Rentenbank	2 000 000 000	2 000 000 000
Bestand an Rentenbriefen am 31. 5. 1931 Rtm. 600 000 000.— am 30. 4. 1931 Rtm. 600 000 000.—	427 699 737	427 811 452
Darlehen an das Reich	—	7 243 868
Ausstehende Forderung (Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt)	—	—
Kasse, Giro-, Postscheck- und Bankguthaben	5 063 543	21 001 510
Bankgebäude	—	800 000
Sonstige Aktiva	—	6 369 736
<b>Passiva</b>		
Grundkapital	2 000 000 000	2 000 000 000
Umlaufende Rentenbankscheine	427 699 737	432 695 657
Umlaufende Rentenbriefe	29 000	32 000
Gewinnreserve	99 250	22 124 891
Rückstellungen	4 492 199	6 083 298
Sonstige Passiva	1 992	1 407 866

Dem Tilgungsfonds bei der Reichsbank sind gemäß § 7a des Liquid.-Gesetzes aus Zinseinnahmen von den Grundsuldverpflichteten weitere 140 492 Rentenmark zugeführt worden, um die sich das Darlehen an das Reich und der Umlauf an Rentenbankscheinen verringerten.

Seit Inkrafttreten des Liquid.-Gesetzes sind somit getilgt worden:

351 034 866	Rentenmark gemäß § 7a Liquid.-Ges.
315 000 000	7b
108 199 393	7c
880 334 583	11

Zus. 1 652 478 846 Rentenmark



Wochenzahlen zu den Marktberichten

In diese Rubrik werden — ohne Anspruch auf systematische Vollständigkeit — alle wichtigen Wirtschaftszahlen des In- und Auslandes aufgenommen, die uns wöchentlich zugänglich sind; Zahlen, die in Sonderübersichten enthalten sind, werden hier nicht aufgenommen.

Table with columns for Year (1930, 1931) and sub-columns for months (July, May, June) and weeks. Rows include categories like Produktion (Kohle, Petroleum), Arbeitslosigkeit, Umsätze und Geschäftsgang (Güterabgabe, Einnahmen), Preise (Großhandelspreise, Großhandelsindizes), and various commodities (Weizen, Roggen, Kaffee, etc.).

Table with columns for 'Einheit', '1930' (Juli, Mai), and '1931' (Juni, Juli). Rows include 'Großhandelspreise' for commodities like Kupfer, Zinn, Zink, Blei, Silber, and 'Einzelhandelspreise' for food items like Roggenbrot, Schweinefleisch, Butter, Eier, etc.

Geld- und Kapitalmarkt

Table with columns for 'Tägliches Geld', 'Langfristiges Geld', 'Privatdiskont', and 'Rendite'. Rows list various financial indicators and interest rates for different locations and currencies.

Devisenkurse

Table showing exchange rates for various cities (Berlin, London, Amsterdam, Zürich, Paris, Mailand) in different currencies (RM, £, Fr, \$).

Goldbewegung

Table showing gold movement in 1000 RM for Germany, Great Britain, Netherlands, Sweden, Switzerland, France, and USA.

Effektenkurse

Table showing stock market indices for Germany (Aktienindex, Inländische Anleihen) and other countries (Deutsche Anleihen, Ver. Staaten).

Maklerdarlehen

Table showing broker loans in 1000 for various countries (London, Bank clearings, etc.).

- Footnotes 1) through 45) providing detailed explanations for the data points, units, and sources used in the tables.

Verantwortlich für die Redaktion: R. Bernfeld, Berlin W 62. — Für die Inserate: W. Hess. — Verlag: Berlin W 62, Kurfürstenstr. 131. Fernsprecher B 2 Lützow 3693, 3794, 3695. — Druck: Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Straße 29. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion, auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. — Bezugspreis: Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifenband im Inland und in Österreich 13 RM, im übrigen Ausland 14 RM. Postscheck: Berlin Nr. 149 296.

In unserer Schriftenfolge erschien:

*Die Schriften des Magazins der Wirtschaft / 1*

## Deutschlands Reparationslast

Ein Vergleich zwischen Dawes-Plan und Young-Plan

M. J. Bonn: Die Bestimmungen des Neuen Plans

Ministerialrat Dr. Fritz Soltau: Der Wohlstandsindex — die Bedeutung seines Fortfalls  
Annuitäten und Kapitalwert auf Grund des Dawes-Plans und des Young-Plans

Umfang 100 Seiten / Preis kartoniert 3,60 RM

---

*Die Schriften des Magazins der Wirtschaft / 2*

## Ist Arbeitslosigkeit unvermeidlich?

Von Prof. Dr. L. Albert Hahn, Frankfurt a. M.

Umfang 56 Seiten / Preis kartoniert 2,40 RM

---

*Die Schriften des Magazins der Wirtschaft / 3*

## Die Schäden der deutschen Milchwirtschaft

Von Prof. Dr. Karl Brandt,

Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung, Berlin

Umfang 52 Seiten / Preis kartoniert 1,60 RM

---

\*

Magazin der Wirtschaft Verlagsgesellschaft mbH

Berlin W 62 / Kurfürstenstraße 131 / Postscheckkonto: Berlin 149 296



Schutzmarke

**Abteilung A:**

Verdichtete und flüssige Gase

**Abteilung B:**

Autogene Schweiß- u. Schneidegeräte

**Abteilung C:**

Medizinische- und Wiederbelebungs-  
apparate

**Sauerstoff-Fabrik Berlin** G.m.  
b. H.

**Berlin N 65, Tegeler Straße 15**

Gegr. 1889 / Älteste Sauerstoff-Fabrik Deutschlands

**NSU**  
**Vereinigte Fahrzeugwerke**  
Aktiengesellschaft  
**NECKARSULM**

Jahresabchluß für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1930.

Besitzwerte	RM	RM
Grundstücke		64 927,40
Gebäude		3 713 774,—
Maschinen		2 359 739,—
Betriebsanlagen		492 444,—
Geräte und Mobilien		148 116,—
Werkzeuge		1,—
Fuhrpark		1,—
Modelle		1,—
Patente		1,—
Kasse		20 079,03
Wechsel und Schecks		172 535,11
Bank- und Postscheckguthaben		50 482,33
Wertpapiere		22 404,50
Beteiligungen		5 100,—
Außenstände		4 106 148,73
Übergangsposten		66 875,12
Warenvorräte		8 701 275,69
Avale	69 982,41	
Verlust im Jahr 1930	1 073 180,29	
Ab Gewinnvortrag aus 1929	124 989,74	948 190,55
		20 872 095,46

Verbindlichkeiten	RM	RM
Aktienkapital		10 000 000,—
Teilschuldverschreibungen		4 000 000,—
Gesetzliche Reserve		100 000,—
Steuern		201 608,69
Eigenakzpte		997 407,39
Kreditoren		1 764 258,42
Bankverpflichtungen		3 606 726,52
Übergangsposten		197 295,64
Nicht erhobene Dividende		4 798,80
Avale	69 982,41	
		20 872 095,46

Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. Dezember 1930.

Soll	RM	RM
Handlungskosten		2 992 237,11
Steuern und soziale Lasten		933 043,49
Abschreibungen auf Betriebs- anlagen		826 917,76
		4 752 198,6
Haben	RM	RM
Brutto-Überschuß 1930		3 804 007,81
Verlust im Jahre 1930	1 073 180,29	
Ab Gewinn-Vortrag aus 1929	124 989,74	948 190,55
		4 752 198,36

Neckarsulm, den 20. Juli 1931.

Der Vorstand.

**Berlin-Gubener Hutfabrik**  
**Aktiengesellschaft vormals A. Cohn**

Rechnungs-Abschluß am 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	RM
Grundstücke		459 740,75
Gebäude		
Uferstraße	616 000,—	
Abschreibung	14 000,—	602 000,—
Am Winkel	616 000,—	
Abschreibung	14 000,—	602 000,—
Alte Poststraße	176 000,—	
Abschreibung	4 000,—	172 000,—
Maschinen		
Uferstraße	1,—	
Zugang	49 964,74	49 965,74
Am Winkel	1,—	
Zugang	37 241,86	37 242,86
Alte Poststraße		1,—
Geräte		3,—
Fuhrwerk		2,—
Formen		3,—
Beteiligungen		465 000,—
Hypotheken		134 662,43
Wertpapiere		2 212,38
Warenvorräte		1 320 947,75
Kasse		12 363,63
Wechsel		334 630,03
Konto-Korrent		
Schuldner	3 320 955,57	
Banken	2 507 534,93	5 828 490,50
Nicht eingezahltes Aktienkapital		787 500,—
		10 808 765,07
Verbindlichkeiten	RM	RM
Aktienkapital		6 300 000,—
Gesetzliche Rücklage		1 000 000,—
Sonder-Rücklage		500 000,—
Hypotheken		10 000,—
Wohlfahrtsfonds		500 000,—
Dividenden		1 814,40
Konto-Korrent		1 665 196,60
Gewinn und Verlust		
Vortrag aus 1929	85 153,36	
Gewinn 1930	746 600,71	831 754,07
		10 808 765,07

**Gewinn- und Verlust-Konto**

Soll	RM	RM
Abschreibungen		
Gebäude		32 000,—
Reingewinn		831 754,07
		863 754,07
Haben	RM	RM
Gewinn-Vortrag aus 1929		85 153,36
General-Waren		513 349,67
Hausertrag		19 166,29
Zinsen		245 297,35
Verfallene Dividenden		787,50
		863 754,07

Berlin-Gubener Hutfabrik Aktiengesellschaft vormals A. Cohn  
Der Aufsichtsrat Der Vorstand  
Paul Mallington-Herrmann Dr. Alexander Lewin  
Vorstehenden Rechnungsabchluß und das Gewinn- und Verlust-  
Konto haben wir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten  
Büchern der Gesellschaft übereinstimmend gefunden.  
Guben, den 3. Juli 1931.  
gez. Dr. Werner Schulz, gez. Carl Müntz,  
gerichtlich beeidigte Bücherrevisoren.